

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 16. Februar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der weiße Schrecken.

Die Parole der Schreckensherrschaft scheint der Polizei aus Petersburg bereits gegeben worden zu sein, und die Praxis des Polizeischreckens hat im jüdischen Ansiedlungsstrahen begonnen. Das beweist folgender Privatbrief aus Moskau an die Dniepr über solche Greuelthaten der Polizei, vor denen die Risikolose Schrecken fast erblassen.

Sonntag, den 5. Februar. Bei uns in Moskau ist das mittelalterliche Folterssystem wieder eingeführt worden. Nach den Petersburger Ereignissen brauchen hier einige kleine Streiks aus, und Donnerstag am 2. Februar sollte eine Demonstration stattfinden. Sie blieb aber aus, da in allen Höfen Militär versteckt war. In diesem Tage begann die Orgie der Polizeibesatzung. Ohne jedweden Anlaß wurden friedliche Passanten von der Straße her nach der Polizeiwache geschleppt und dort in der barbarischsten Weise zu gerichtet. Die raffiniertesten Methoden wurden erdormen. Kalt und absichtlich wurden den Unglücklichen Arme und Beine gebrochen. Am Freitag und am Sonnabend wurden circa 100 Personen auf diese Weise zu Krüppeln gemacht.

Die Folterprozedur ging folgendermaßen vor sich. Man brachte erst die unglücklichen Opfer zum Polizeileutnant und dort wurden ihre Namen notiert. Dann beugnete ihnen an der Treppe eine Gruppe Polizisten, welche sie bis zur Bewußtlosigkeit schlugen; nachdem man die Opfer halb zu Tode geprügelt hatte, warf man sie die Treppe hinunter, wo sie von einer anderen Gruppe Polizisten empfangen wurden, welche mit blankem Säbel auf sie einhieb. Endlich lieferte man sie den im Hofe postierten Soldaten aus, welche mit ihren Gewehren den Unglücklichen die Augen ausstachen, Arme, Beine und die Finger an der Hand brachen. Ein unbeschreibliches Stöhnen und Schreien war auf der ganzen Straße zu hören. Aber es war unmöglich, ihnen zu helfen. Zwei Ärzte wandten sich an den Polizeimeister, aber derselbe schrie sie mit den Worten an: „Ich kenne Euch, Ihr seid alle Demokraten. Man sollte Euch richtig durchbläuen. Jetzt ist, Gott sei Dank, andere Zeit. Swiatpoll ist nicht mehr Minister!“

Einige junge Mädchen wurden in schimpflichster Weise behandelt, einige wurden fast zu Tode geprügelt. Eine ohne Bewußtsein Daliegende warf man den Hunden vor. Einige Opfer liegen bereits in der Todesagonie. Die übrigen sind alle Krüppel.

In der Stadt herrscht eine unbeschreibliche Panik. Keiner ist seines Lebens sicher. Jeden Augenblick wird man auf der Straße angehalten und die Polizei befiehlt, diese oder jene Straße gar nicht zu betreten.

O, ihr könnt euch nicht vorstellen, wie sich die wilden Polizeibestien über den neuen blutdürstigen Kurs freuen! Als Swiatpoll Minister war, mußten sie gewissermaßen ihre wilden Gelüste zähmen.

Die beschriebenen Greuel werden an ganz unbeteiligten Personen, die jeder Bewegung fern sind und nicht mit „Demokraten“ gemein haben, verübt. Ein alter grauer Jude, Kreinik, mußte Sonnabend in einer persönlichen Angelegenheit nach dem Polizeibureau. Er wurde da ergriffen und so barbarisch geschlagen, daß er in Todesgefahr kam; das Rasenband wurde ihm völlig zersplittert. Einem 14jährigen Jungen wurden beide Arme gebrochen. Dieser Junge hatte das Unglück, am Sonnabend die Straße zu passieren und des Polizeileutnants Aufmerksamkeit auf sich zu fesseln. Man schleppt nach der Folterkammer der Polizeiwache jeden Juden, welchen irgend ein Schutzmännchen anzeigt. Die Schutzleute bekommen dafür eine Extrabelohnung, und darum ist ihr Eifer so groß.

Montag, den 6. Februar: Als ich gestern Abend Dir geschrieben habe, wußte ich noch nicht, was um 6 Uhr auf der Wjetroanajastraße passierte. Zu dieser Zeit fand eine Demonstration statt. Die Demonstranten zerstreuten sich schnell beim Herankommen der Polizei. Dann begann lebhafte einfache Passanten nach der Wache zu schleppen. An der Demonstration haben vorzüglich Christen teilgenommen, nach der Wache wurden aber vorzüglich Juden geschleppt. Und auf der Wache wurden sie in unbeschreiblicher Weise mißhandelt. . . . Ich kann nicht ausführlich schreiben. . . . Ich verliere meinen Verstand! . . . M. Kagan und M. Serschanowitsch (Realschüler) wurden an der Luteranskaja-Gasse ergriffen, zu Boden geworfen und mit den Füßen getreten. . . . Dort griff man auch die Realschüler Lewin und Oksien. Alle wurden sie nach der Wache geschleppt. Dort warf man sie einige Male die Treppe hinunter. Man warf sie hinunter, schleppte sie nach oben und warf sie wiederum hinunter — so einige Male. Dann riß man die Haare aus. Sie liegen jetzt halbtot da. Oksien ist am Kopfe gefährlich verwundet — er liegt im Sterben. Auf der Wjetroanaja-Straße sind noch jetzt Blutlachen zu sehen. Von denjenigen, welche man Donnerstag und Sonnabend mißhandelte, ist schon einer gestorben; die übrigen sind in gefährlichem Zustande. — Man verhaftete auch einige Christen, aber man schlug sie nicht. . . .

Ein anderer uns zur Verfügung gestellter Brief aus Moskau bestätigt diese Zustände. Dort heißt es:

Seit der Verurteilung Trepows und der damit signalisierten Rückkehr zur rohesten Reaktion ist der friedliche Bürger unserer Gouvernementsstadt mit einem Schläge außer Acht der Befehle gestellt worden. Männer aller Stände, die harmlosesten, werden ohne irgend einen Grund und ohne die mindeste Veranlassung und Verantwortlichkeit vom niedrigsten Polizisten öffentlich geschlagen. Ein Besucher mehrerer Häuser, ein gefeierter Mann, der in Erfüllung seiner Pflichten die Treppe des Polizeireviere aufstieg, wurde von einem Gorodowoi (Polizist) ohne weiteres kopfüber geschleudert, so daß er sich eine Hand

gebrochen hat und an den Verletzungen krank danieder liegt. Ein Beamter der Minister Kommerzbank ist auf der Straße von einem Polizeipräsident geprügelt worden, weil er das Trottoir benutzt hat, auf dem sich mehrere Stunden vorher eine Anzahl Arbeiter versammelten, die alle als politisch unzuverlässig galten.

Die Polizei ist immun. Gerichtliche Klagen sind zwecklos; in solchen Fällen wird der Spieß gegen den Kläger gedreht. Am vorigen Sonnabend erwartete man Protestdemonstrationen und die Polizei ging eifrig aus Werk. In Scharen arrestierte sie Arbeiter und Arbeiterinnen, die so vielfach geschlagen wurden, daß man es in den nicht sehr fern gelegenen Häusern vor dem reichhaltigen Häckerufen und Geschöhen der Gemarterten nicht aushalten konnte. Viele Leute, die sich auf der Straße angesammelt haben, standen hilflos da und weinten. Am anderen Tage kam eine Demonstration doch zustande, an der die Jugend der Lehranstalten, des Gymnasiums und der Realschule teilnahmen. Was die Polizei hierbei für Heldentaten verübte, spottet jeder Beschreibung. Ein Realschüler, der nur ein Bein hat, wurde geschlagen und durch die Straße geschleift, weil er nicht schnell genug mit den Polizisten mitlaufen konnte. Ein anderer, den die Polizei selbst keiner Schuld zeugt, wurde mit Säbeln auf den Kopf geschlagen, daß er erst heute aus der Gefahr heraus ist. Ein Arbeiter ist im Krankenhaus am anderen Tage gestorben. Ein junger Mann, der es gewagt hat, den Polizisten zu fragen, wozu er den Krüppel zu quälen braucht, wurde selbst mitgeschleift und liegt jetzt mit geschwellenem Kopfe danieder. Wird einer auf der Straße arrestiert, so kommt er auch gleich um seine ganze Barschaft. Ein Arbeiter, der kurz nach der Demonstration in der Arbeitsschürze nach der Logomühle mit einem Stummchen von 3 Rubeln 75 Kopelen nach Hause zurückkehrte, wurde von einem Polizisten aufgehalten und etwa eine halbe Stunde lang blau geschlagen und mit leeren Taschen entlassen. In allen Fällen wird nichts zu Protokoll aufgenommen, absolut nichts, da ja „nichts Belastendes“ vorliegt.

Die Polizei sieht die ganze Bevölkerung als ihre tatsächlichen Sklaven an und der geringste Polizist vermag im Handumdrehen eine ihm mißfällige Person zugrunde zu richten. Unser Leben, Hab und Gut, unsere Ehre ist in den Händen des Gorodowoi. In der Stadt herrscht eine wahre Panik. Wer aus dem Hause geht, ist nicht sicher, daß er glücklich zurückkehrt.

Was ich Ihnen schreibe, bleibt hinter die Wirklichkeit weit zurück. Es ist Ihre Pflicht als Mensch, die Herren Redakteure der Zeitungen aufzusuchen und sie zu fragen, ob es die Herren nicht als Pflicht der Presse ansehen werden, die qualvollen Zustände, die in der russischen Provinz herrschen, an die weite Öffentlichkeit zu bringen; denn wir haben ja jetzt in Rußland keine Öffentlichkeit, keine freie Presse. Der blutgefärbte Schnee auf den Straßen der Stadt, den die Polizei nicht einmal für nötig hält zu entfernen, mahnt Sie an diese Pflicht. . . .

Die Ausstandsbewegung.

Warschau, 15. Februar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In der Mehrzahl der Fabriken wird wieder gearbeitet. Der Ober-Polizeimeister macht bekannt, die Arbeiter müßten die Verantwortung der Beratungen der Regierung zur Besserung ihrer Lage abwarten, welche dem Monarchen nicht weniger am Herzen liege als die Bedürfnisse anderer Klassen. Andere Forderungen, über welche sich die Arbeiter direkt mit ihren Brotherren verständigen könnten, seien aber nur erfüllbar, wenn die Ruhe wieder hergestellt und die Arbeit wieder aufgenommen sei. Gegen Arbeiter, welche das verhindern wollten, würde mit größter Strenge vorgegangen werden. Der Ausstand in den Druckereien ist beendet, die Druckereibesitzer haben neunstündigen Arbeitstag und Erhöhung des Lohnes um elf Prozent bewilligt.

Die Weichselbahnen lehnen die Verantwortung für Zustellung von Waren, die zur Umladungsstation Koluszki gehen, ab, weil dort Ausstand sei.

Tschita (Transbaikalien), 15. Februar. Die Arbeiter der hiesigen Eisenbahnwerkstätten legten die Arbeit nieder, weil die Eisenbahndirektion ihnen den Lohn nicht ausgezahlt hatte. Der Gouverneur befahl, die Lohnforderungen der Arbeiter zu befriedigen, worauf die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Die Studenten.

Die Studenten der Moskauer Universität haben in einer Versammlung beschlossen, sich den fortschrittlichen Forderungen anzuschließen. In dem Beschluß heißt es weiter, daß die Studentenenschaft, da die Regierung jene Forderungen mit Salvo beantwortet habe und die öffentliche Meinung ignoriere, bis zum September den Vorlesungen fern bleiben werde. Im Zusammenhang mit dem Gange der Ereignisse werde dann ein weiterer Aktionsplan ausgearbeitet werden.

Gorkis Schicksal.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht die Eingabe, die von der Frau Gorkis an das Polizeidepartement gerichtet worden ist:

„Seit dem 12. (25.) Januar sitzt mein Gatte, der Schriftsteller Alexej Maximowitsch Pleschlow, in der Peter-Pauls-Festung gefangen. Man gestattet ihm nicht, seine gewohnte Kleidung zu tragen, man hat ihn gezwungen, Arrestantenwäsche und den Arrestantenkittel anzulegen, man verweigert ihm Papier und Tinte und hindert ihn dadurch in seiner schriftstellerischen Arbeit. Bei seinem geschwächten Gesundheitszustande kann das Tragen der Arrestantenkleidung in einem Räume mit kaltem Pflasterboden einen neuen Anfall seiner Krankheit hervorrufen. Das Verbot zu schreiben, erscheint als eine ganz unerträglich harte

Mahregel. Da nun mein Mann sich in der Lage eines Untersuchungsgefangenen befindet, so halte ich die Anwendung von Maßnahmen, die den Charakter einer Strafe haben, für durchaus ungesetzlich. Daher halte ich mich für berechtigt, zu verlangen, daß man ihm gestatten möge, eigene Wäsche und Kleidung und eigenes Schuhwerk zu tragen sowie Papier, Tinte und Feder für seine schriftstellerische Arbeit zu benutzen.

Katerina Pleschkowa.
Gorkis Schicksal ist das von Tausenden!

Kossuth in der Hofburg.

Aus Wien wird uns vom 13. Februar geschrieben: Gestern hat sich also das für jedes schwarzgelbe Herz niederstimmernde Ereignis vollzogen: Franz Kossuth, der Sohn des einstigen Gouverneurs, der Erbe seiner Gedanken, der Führer der Partei, welche die Zertrümmerung der dualistischen Monarchie anstrebt, ist in der Hofburg erschienen, gerufen vom Kaiser — der das Haupt der größten Partei des Reichstages, den eigentlichen Herrn Ungarns nicht mehr übergehen konnte. Mit allem hat sich Franz Josef abgefunden, was während der zwei Revolutionsjahre gegen ihn unternommen worden ist; mit allem hat er sich veröhnt, die einst gegen ihn Empörung predigten; nur Kossuths Name bleibt verpönt und wie der große Rebelle lieber im Exil starb, als daß er den Friedensschluß des Jahres 1867 mitgemacht hätte, so verließ auch den König die Erinnerung an jenen Tag von Debrezsin nicht, wo er und sein Haus des Thrones von Ungarn für verlustig erklärt worden sind. Der Führer der Unabhängigkeitspartei ist nun Ludwig Kossuths Sohn, und seit jenem 14. April des Jahres 1849 ist viel Zeit der Ewigkeit hinabgefloßen und auf der österreichischen Erde hat sich vieles geändert. Dennoch tönt das schrille Wort jenes auf Antrag Ludwig Kossuths in der großen reformierten Kirche zu Debrezsin gefaßten Beschlusses durch die Zeiten hindurch, und als der ungarische König gestern Franz Kossuth empfing, mag er sich an jenen Beschluß erinnern haben, in dem es hieß: „Da das Haus Habsburg-Lothringen durch seinen Verrat, Treubruch und das Ergreifen der Waffe gegen die ungarische Nation, nicht minder durch das Wagnis, daß es die Zerstückelung von Ungarns territorialer Integrität, die Vörscheidung Siebenbürgens und Kroatiens von Ungarn, die Tötung des selbständigen Staatswesens mit Waffengewalt zu versuchen und zu dem Behuf sogar die bewaffnete Macht eines auswärtigen Staates zu verwenden sich erdrehte, sowohl die pragmatische Sanction, überhaupt jede Bande, die auf Grundlage beiderseitiger Verträge zwischen ihm und Ungarn bestanden, mit eigenen Händen zerrissen hat: so wird hiermit dieses treubruchige Haus Habsburg-Lothringen von der Herrschaft über Ungarn, Siebenbürgen und allen hinzugehörigen Ländern und Provinzen im Namen der Nation auf ewige Zeiten als thronverlustig ausgeschlossen und verbannt erklärt!“ — So hat Ludwig Kossuth gesprochen, dessen Name allein es ist, der dem Sohn Bedeutung gibt, und erfreuende Erinnerungen werden es also nicht gewesen sein, die gestern den König von Ungarn überkamen, als Franz Kossuth vor ihm stand.

Doch Habsburg-Lothringen geht es nicht so gut, als daß es sich den Luxus pietätvoller Erinnerungen verstaten dürfte. Die Suppe, die man sich mutwillig eingebrockt hat, muß jetzt eben ausgelöffelt werden und dazu gehört vor allem, daß man mit den Aspirationen der Unabhängigkeitspartei rechnet und sich mit ihnen, so gut es geht, abzufinden sucht. Seit zwei Jahren ist die Politik der Krone gegenüber Ungarn eine Kette ununterbrochener Fehler und schwerer Irrtümer. An Coloman v. Szell hatte man einen populären und nach der Sachlage auch einen ganz tüchtigen Minister. Für die Hofburg sind die beliebtesten Erinnerungen aber nur dazu da, um von ihnen militärische Bewilligungen erpressen zu können, und so wurde natürlich Szells Ansehen dazu benutzt, um eine namhafte Erhöhung der jährlichen Rekrutenzahl beim Reichstag herauszuschlagen. Der Versuch scheiterte an der Obstruktion; auch die populäre Regierung erwies sich für die Belastungsprobe zu schwach. Statt rechtzeitig einzulenkten und Szell zu dem Verzicht auf die verlangte Erhöhung zu ermächtigen, womit die damals vier Monate dauernde Obstruktion beidwogen und jede größere Krise verhindert worden wäre, ließ man Szell fallen und versuchte es mit Khuen, den in Ungarn abgehauften Panus, dem zum Regieren so ziemlich alles oblag und dessen Ministerkammer nach ein paar Wochen unter dem Fluß der Väterlichkeit zusammenbrach. Was man Szell verweigert hatte, jeden Verzicht auf die neue militärische Forderung, bewies sich bei Khuen, den man mit der „Konzeption“ ausgestattet, als wirkungslos. Die Fabel von den Sybillinischen Büchern ist für die habsburgische Regierungsweisheit umsonst aufbewahrt worden. Auch jetzt noch wäre die Situation leicht zu entwirren gewesen; hätte man damals den bei der Opposition sehr beliebten Grafen Apponyi gerufen, zu jener Zeit noch Mitglied der Regierungspartei, so hätte man sich für ein paar Jahre Ruhe verschafft. Aber der Hof begehrte einen zuverlässigeren Mann und entdeckte ihn in dem jungen Tisza, der sich in Wien empfahl und in Budapest vorstellte als der Mann, der „Ordnung machen werde“. Uebrigens wäre es Tisza noch ziemlich lange gut gegangen, wenn er nicht auf die fixe Idee

Verfallen wäre, das ungarische Parlament mittels einer Geschäftsordnungsreform „retten“ zu müssen, wenn ihn nicht der sonderbare Ehrgeiz gepackt hätte, der Welt zu demonstrieren, wie man mit stürzender Opposition umzugehen hat und fertig werden kann. Der Plan, zu dem sich der effektloschende unweise und jeder Einsicht in die wirklichen Strömungen des Landes bäre Tisza und die Hofburg, für die das Wort „Ordnungsmachen“ noch immer den alten Klang besitzt, verbündet hatten, mißlang so, wie er mißlingen mußte. Er wäre auch nicht gelungen, wenn Tisza in den Wahlen weniger schlecht abgeschnitten hätte, als dies der Fall; denn zur Durchführung seiner auf Gewalt gerichteten Pläne hätte ein bloßer Wahlerfolg nicht ausgereicht, dazu würde ein zu überwältigender Sieg, eine wahre Zerschmetterung der Oppositionspartei nötig gewesen sein. Daß der Unabhängigkeitsgedanke in Ungarn die tiefsten Wurzeln gefaßt hat, die ganze Nation mit glühender Sehnsucht erfüllt, ist freilich nicht erst durch diese Wahlen erwiesen worden. Das ist schon aus dem einjährigen Obstruktionkrieg gegen die „gemeinsame“, richtiger kaiserliche Armee deutlich hervorgetreten. Welche Torheit war es also, diese Gefühle noch herauszufordern, die Ausgleichstreue, die Regierungspartei, mit dem Ratel des Unrechts zu belasten, der Opposition noch die Weihe des Kampfes gegen Unmoral und Hofgewalt zu verleihen? Wenn es Habsburg-Vorfüringen darauf angelegt hätte, daß Ludwig Kossuths Sohn in Ungarn die Herrschaft erlangt, daß Ludwig Kossuths Ideen in dem heutigen Ungarn Macht gewinnen: die Hofburg hätte nicht anders handeln können!

Franz Kossuth ist nun freilich kein Rebell, sondern ein gutmütiger Duhndeparmentarier, der seinen König des Thrones nicht für verlustig erklärt, sondern sehr erfreut war, als ihn die Auszeichnung jener Berufung in die Hofburg erreichte. Soll die Bedeutung der letzten ungarischen Wahlen auf den nüchternsten Ausdruck gebracht werden, so ist folgendes zu sagen: Die Leute fangen endlich an, daran zu glauben, daß der Dualismus nicht haltbar ist und die theoretische Möglichkeit, ihn durch ein anderes Gebilde zu ersetzen, wird zur praktischen Wahrscheinlichkeit. Die Leute in Ungarn — denn trotz ihrer heißen Wünsche erstehen auch den Magyaren die Lösung des Bundes bisher als fernes Ziel, für das man zwar zu wirken habe, was aber noch lange unerreicherbar bleiben würde. Den Leuten in Oesterreich — deren Herzen trotz der unläugbaren Nachteile, die ihnen die Reichsgemeinschaft zufügt, doch immer für die einheitliche Monarchie sind, die ihnen ihr altes Kaiserthum ersetzt, und die der Kraft der seienden Dinge immer mehr vertrauen als den Anzeichen, welche den Umschwung ankündigen. Und nicht minder der Krone — der bisher immer die Ausgleichstreue am dem Deutschen Bunde des Jahres 1867 festhaltende liberale Partei zur Seite stand und die nun zum erstenmal eine antidualistische Mehrheit vor sich sieht und statt einer Regierung, die den Dualismus verteidigt, eine ernennen muß, die den Dualismus liquidieren wird. Daß sich ein wirtschaftliches und staatliches Verhältnis zwischen zwei Reichen, die noch überdies von einem Monarchen regiert werden, nicht von heute auf morgen löst, der Dualismus nicht gelöst werden kann, wie eine protokollierte Handelsfirma, ist selbstverständlich, und die Weisheit ist also billig, daß sich an den Dingen „noch lange“ nichts ändern wird. Im Gegenteil, es ändert sich u n a u s h ö r l i c h — und die Berufung Kossuths ist ein Beweis dafür, wie viel sich schon geändert hat, wie viel man bereits abgegeben. Bisher galt der Hofburg der Dualismus als das Unberührbare und Unberührbare; daß Franz Josef weiter gehen könnte, als zu jener „Zerreißung“ seines ererbten Kaiserreiches, erscheint als ausgeschlossen. Die neue Mehrheit im Budapester Reichstag bedeutet aber eine neue Regierung, bedeutet aber auch ein neues Programm. Doch in Ungarn gibt es keine Programme über politische oder Sozialreformen — für solche Dinge hat der Magyaren-Reichstag spottwenig Interesse —, sondern nur Programme über Dualismus. Und deshalb muß zwischen Franz Josef und Franz Kossuth ein neuer Ausgleich vereinbart werden: ein Ausgleich, bei dem der König wie der Parteiführer auf vieles verzichten werden müssen, was ihnen lieb und wert scheint, der aber doch etwas ganz anderes sein wird, als der Vergleich des Jahres 1867. Alles von der heutigen Realunion wird nicht sofort abgetrennt werden, aber so, wie sie heute ist, wird sie nicht mehr bleiben. Der Unterschied zwischen dem alten Ausgleich und dem, was jetzt ausgehandelt wird, ist der, daß der Dualismus der Krone als die letzte Konzession erscheint, die sie machen muß, der Nation als die größte Eroberung, die sie machen kann. Dieser endgültige Charakter wird ihr nun genommen und die Audienz Kossuths bedeutet nichts weniger, als daß nun der Weg zur Personalunion beschritten wird. Der Weg kann lange währen. Das volle Ziel ist noch zeitlicher Borausicht gar nicht zu erreichen: unzweifelhaft ist, daß der gegenwärtige Dualismus verlassen wird und die Zukunft den Vorkerungs- und Lösungstendenzen gehört. Daß es vor allem der wirtschaftliche Dualismus sein wird — obwohl in ihm ungleich mehr Vernunft steckt, als in dem staatsrechtlichen —, der eine Schwächung erleiden wird, ist selbstverständlich, denn der staatsrechtliche Dualismus beruht auf der pragmatischen Sanction, ist also wohl nicht dem Willen, aber der Kraft der Parlamente unerreichbar, während die wirtschaftliche Gemeinsamkeit ein simpler Vertrag ist, der alle zehn Jahre lang erneuert werden muß, wenn er aufrecht bleiben soll. Die kaiserliche und königliche Armee abzuschaffen, wie die gemeinsame diplomatische Vertretung, dazu ist der Reichstag von Ungarn unermüdend, denn dazu müßte auch die Krone ihre Zustimmung geben — und das ist wohl noch auf lange hinaus ausgeschlossen. Aber in Marsegg Zollschranken aufzurichten, das kann der Reichstag allein — denn die „übri gen“ nur freiwillig konzedierte —, auf keinem Bündnis mehr beruhende Zollgemeinschaft geht Ende 1907 zu Ende und wenn der Reichstag wollte, könnte er aus dem „Zustand“ des selbständigen Zollgebietes, in dem er sich nach dem Szeßschen Gesetz vom Jahre 1899 befindet, sofort in den vollen Gebrauch seiner Selbständigkeit treten — wenn er wollte. Er will natürlich nicht, denn auch die magyarischen Ideale haben das Eigentümliche, daß sie nicht sofort verwirklicht werden können. Eine Etappe wird das Zollbündnis also nicht aushalten. Mit dem vereinbarten autonomen Tarife und den abgeschlossenen Verträgen, wenn es auch nicht unwahrscheinlich ist, daß der Handelsvertrag mit Deutschland nicht von Oesterreich-Ungarn, sondern separat von Oesterreich und von Ungarn abgeschlossen werden wird und sicher ist, daß er keinen Tag länger dauern wird, als sein kürzester Schlußtermin ist. So wird es sein, wenn Franz Kossuth gefällig ist und dem Dualismus solange Schon- und Uebergangszeit gewährt. Aber dann kommt wieder das Nachgeben an die Hofburg, und wenn es also nicht sicher ist, ob noch ein wirtschaftliches Bündnis zwischen Oesterreich und Ungarn zustande kommt, so ist es doch ganz gewiß, daß es das letzte sein wird. Was unlebendigt ist, wird nun von der Entwicklung zerrieben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Februar.

Preussischer Landtag.

Am Mittwoch hielten beide Häuser des Landtages Sitzungen ab.

Im Abgeordnetenhaus kam es bei der weiteren Beratung des Etats des Ministeriums des Innern zu einer Kritik der Art und Weise, wie der Minister das sogenannte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden immer mehr und mehr einzuschränken sucht. Es ist charakteristisch, daß den Herren, die das Vorgehen der Regierung gegen Berlin billigen, allmählich vor ihrer eigenen Haltung bange wird; sie haben nichts dagegen einzuwenden, daß der Minister für die Reichshauptstadt das Selbstverwaltungsrecht ausschaltet; wenn aber der Minister die Konsequenzen zieht und nun auch andere Gemeinden mit dem gleichen Maßstabe mißt, dann schreien die Herren nach Bureaufratifizierung und Reglementierung und verbitten es sich, daß die Regierung überall ihre Nase hineinsteckt. Wir mißbilligen jeden Versuch einer Einschränkung des Selbstverwaltungsrechts auf das allerentschiedenste, aber andererseits dürfen wir doch nicht übersehen, daß die Regierung sich niemals zu derartigen Maßnahmen hätte entschließen können, wenn sie nicht an der reaktionären Landtagsmehrheit eine Stütze gehabt hätte. Wenn nicht alles trügt, sind die Lage des Herrn von Hammerstein gezählt; die „maßgebende“ Partei, das Zentrum, wendet sich demonstrativ von ihm ab, einer ihrer Redner, Abg. de Witt, wiederholte sogar die aus Anlaß der Kirforf-Affäre gegen ihn erhobenen Vorwürfe der „Sclappheit und Rückgratlosigkeit“. Warten wir ab, ob es sich nur um vorübergehende Differenzen zwischen dem Minister und dem Zentrum handelt, oder ob diese Partei wirklich seinen Sturz wünscht.

Schade wäre es, wenn Herr v. Hammerstein gerade jetzt gehen würde, wo er tausenderlei „Reformen“ durchziehen will; will er doch nicht nur das preussische Dreiklassenwahl-Unrecht beseitigen und das Vereinsrecht verschlechtern, sondern auch die gewerbsmäßige Prostitution ausrotten! Mit dem Mittel hierzu ist er leicht bei der Hand. Religion und Polizei, diese Mittel, die in Preußen noch stets als Universalmittel gegolten haben, sollen auch erhalten, um diesen Krebsgeschwür der Gesellschaft zu beseitigen. Daß die Prostitution aufs engste mit den sozialen Verhältnissen zusammenhängt, daß ihre wirksame Bekämpfung nur möglich ist durch eine Besserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterinnen, ja daß sie innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung überhaupt nicht auszurotten ist, weil sie ihre notwendige Begleiterscheinung bildet — das braucht ein preussischer Minister natürlich nicht zu wissen. Daß seine Bestrebungen erfolglos sein werden, kann sich jeder normal denkende, nicht gänzlich ungebildete Mensch von selbst sagen; sie werden ebenso erfolglos sein, wie seine Absicht, dem „männlichen Diensten“ und dem damit verbundenen Expreßertum zu Leibe zu gehen, ohne vor allem den § 175 des Strafgesetzbuches zu beseitigen. Uebertrumpft wurde Herr v. Hammerstein an sozialer Einsicht nur durch den Abg. Wallaske (f.), der noch rabiater zu Werke gehen und alle Prostituierten einfach ins Arbeitshaus stecken will; für die männlichen Befugter der Prostituierten schlug er diese Radikalur nicht vor. — Wird etwas aus den ministeriellen Ankündigungen, so höchstens eine verstärkte polizeiliche Schifanierung der armen Opfer der Prostitution, die durch solche Versemmung und Dransalierung nur immer tiefer in den moralischen Morast gedrängt werden!

Aus der sonstigen Debatte ist bemerkenswert das Verlangen des Abg. Gamp (ff.) nach geschlichem Schutz der „Arbeitswilligen“ und das Eintreten des Abg. Fischbeck (fr. Vp.) für die Einführung des Reichstagswahlrechts für die Wahlen zum preussischen Landtag. Daß dieser Forderung des freisinnigen Redners nicht allzuviel Wert beizumessen ist, ist nicht nur die Ansicht der Sozialdemokraten, sondern auch der Herren von der Rechten. Mit boshafter Ironie wies Abg. Gamp (ff.) auf das Verhalten des Freisinnigen hin, der sich da, wo er dadurch Schaden erleiden würde, nämlich bei den Gemeindevahlen, gegen die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts sträube. In der Tat unterliegt es keinem Zweifel, daß die Freisinnigen nicht aus Gerechtigkeitsgefühl, sondern lediglich aus Parteieresse das allgemeine Wahlrecht für die Landtagswahlen fordern.

Nach Bewilligung des Ministergehalts wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Das Herrenhaus erledigte außer einigen Petitionen die Hibernia-Vorlage. In der Debatte konnten sich einige der „Edelsten und Besten“, die Herren v. Schorlemer und Graf Mirbach nicht eines kleinen Vorstoßes gegen die Vergarbeiter enthalten. Insbesondere Graf Mirbach pugte den Minister Möller wie einen Schulbuben herunter, weil er durch die Ankündigung der Vergarbeitsnovelle im gegenwärtigen Moment nur die Agitation der Sozialdemokratie fördere. Herr Möller wagte dem gewaltigen Herrn nichts zu erwidern, er hat vor diesem geborenen Gesetzgeber scheinbar fast ebensoviel Ehrfurcht wie vor den Grubenbaronen.

Am Donnerstag will das Haus die wasserwirtschaftlichen Vorlagen einer Kommission überweisen, um sich dann wieder bis Mitte März der wohlverdienten Ruhe hinzugeben. Die Herren gönnen sich diese Pause, obwohl sie — wie ausdrücklich festgestellt wurde — „gehört“ hätten, daß „einige Vergessele“ inzwischen dem Landtag zugehen würden.

Die kommende Marinevorlage.

Die Budgetkommission des Reichstages wandte sich am Mittwoch der Beratung des Marine-Etats zu. Der Staatssekretär v. Tirpitz legte dar, daß die Erfahrungen des japanisch-russischen Krieges die Wichtigkeit der den deutschen Marineplänen zugrunde liegenden Prinzipien erhärtet hätten. Die Linienschiff-Geschwader seien der Kern jeder Seemacht. Die Entscheidung in Ostasien sei im Kampfe der Linienschiffe beim Ausfall der russischen Flotte im August gefallen. Die Torpedowaffe habe in diesem Kampfe so gut wie nichts ausgerichtet. So lange die Artilleriewaffe ihre Bedeutung behalte, werde auch das Linienschiff das Hauptstück jeder Flotte bilden müssen, zumal da große Schiffe konstruktive Maßregeln gegen Torpedoverletzungen in sich aufnehmen könnten: doppelte Wände, Schotten zc. Die Mine könne nur auf begrenztem Raume eine Rolle spielen. Selbstverständlich hätten auch alle anderen Hilfsmittel ihre Bedeutung im Seekriege. Abg. Erzberger beantragte, die Darlegungen des Staatssekretärs zu Protokoll zu geben; sie hätten alle Bedenken gegen die Wichtigkeit der deutschen Flottenpolitik zerstreut. Die Frage der Unterseeboote müsse noch genauer erörtert werden. Eine Regelung des Seekriegsrechtes sei nicht zu umgehen. Die provokatorischen Aeußerungen des englischen Seeflords Lee — daß die deutsche Flotte vernichtet werden könne, ehe man noch

in Deutschland die Kriegserklärung gelesen hätte — müßten widerlegt werden, da sie sonst Anlaß zu einer maßlosen Flottenagitation abgeben würden. Staatssekretär v. Tirpitz sagte, daß er die Frage der Unterseeboote aufmerksam, aber vorsichtig und referiert verfolgt habe. Er gab darüber eine Reihe von vertraulichen Aufklärungen. Das Seekriegsrecht sei in der Tat reformbedürftig, aber die Aussicht auf Reform sei sehr gering. Die Auslassungen des Herrn Lee seien wohl nicht so ernsthaft gemeint gewesen. Abg. Bebel bestritt nicht, daß die entscheidenden Seemächte sich für den Ausbau der Linienschiffgeschwader entschieden hätten; wir müßten — bei Aufrechterhaltung unseres prinzipiellen Standpunktes — darauf sehen, daß das viele ausgegebene Geld wenigstens für das Allerbeste aufgewendet werde; es werde behauptet, daß die deutschen Schiffe in Geschwindigkeit, Geschützausrüstung und Panzerung den neuen englischen erheblich nachstünden. Ueber den Beschaf in der Schätzung der Torpedowaffe müsse man noch nähere Auskunft haben. Port Arthur habe nicht nur als Seefeste, sondern auch als Stützpunkt für die Landoperationen der Japaner in der Mandchurie seine Bedeutung. Bebel verlangte Auskunft über einen angeblichen Fall von Verweigerung der Hilfe in Seenot durch deutsche Kriegsschiffe. Der Staatssekretär ging in längeren Ausführungen auf diese Anfragen ein; die Verweigerung von Seehilfe sei nicht vorgekommen; der Schiffer, der das behauptete, habe revoziert. Die mehrfach angezogene Schrift des Kapitänleutnants Ruff könne die Grundlage des Flottenprogramms nicht erschüttern. Die Geschwindigkeit der Schiffe sei nur eine Geldfrage; sie sei bei uns auf einer durchaus normalen Höhe. Die Artillerie mittleren Kalibers werde neuerdings verstärkt werden müssen. Die Techniker würden in der Organisation des Reichs-Marineamts keineswegs benachteiligt. Abg. Dr. Müller-Sagan vernichtete eine Darlegung über die Küstenverteidigung und eine beruhigende Erklärung gegen die Pläne des Flottenvereins. v. Tirpitz legte dar, daß er über eine im nächsten Herbst einzubringende Marinevorlage noch nichts Genaueres erklären könne; die Regierungen hätten noch nichts darüber beraten. Wahrscheinlich werde sich die Forderung im Rahmen der 1900 abgelehnten Kreuzer-Forderung halten, höchstens würde man anstatt der sieben kleinen Kreuzer sieben Torpedoboost-Divisionen fordern. Abgeordneter Dr. Arendt „begrüßte“ die Haltung der Abgg. Müller und Bebel, die er für die Sache der Marineschwärmer zu reklamieren suchte. Die Ausführungen Lees seien doch nicht so leicht zu nehmen. Es sei zu fragen, ob man nicht für Wilhelmshaven einen Ausweg durch einen Kanal zur Elbe schaffen müsse. Das Flottengesetz dürfe uns nicht hindern, zu tun, was nötig sei, also müsse man auch darüber hinausgehen können. Die Agitation des Flottenvereins sei verdienstlich, weil immer wieder auf die Schwäche unserer Seerüstung aufmerksam gemacht würde. Abg. Graf Oriola polemisierte gegen Arendt, indem er begründete, daß der Staatssekretär offen — wenn auch zunächst unverbindlich — gefagt habe, was er plane; es handle sich nur um die früher abgelehnten 6 Panzerkreuzer und 7 kleinen Kreuzer; dadurch würde der Beunruhigung durch übertriebene Flottenpropaganda ein Ende gemacht. Graf Oriola und Abg. Semler wiesen auf die Bedeutung raschfahrender Kreuzer hin, unter Bezugnahme auf die Erfahrungen im neuesten Kriege mit dem russischen Bladimostolgeschwader. Die Kanalverbindung Wilhelmshavens sei, so sagte Semler, unzweifelhaft notwendig und auch sehr billig; die Offensivkraft der Flotte werde dadurch verdoppelt. Der Staatssekretär lehnte ab, in eine Erörterung so weitgehender Projekte einzutreten; die Erfahrungen mit Kanalvorlagen seien ja doch auch nicht gerade verlockend. Gegen Abgeordneten Arendt polemisierte Abg. Müller, indem er sich gegen eine unloyale Auslegung seiner Worte verwahrte und ablehnte, sich als Verteidiger des Flottengesetzes hinstellen zu lassen. Abg. Gröber vernichtete eine Versicherung, daß die angekündigten Forderungen nicht nur eine erste Portion seien; die Pläne des Flottenvereins habe der Staatssekretär nicht desaboniert. Wie man sich zu den Forderungen stellen werde, sei noch nicht zu sagen. Die Vermehrung der Auslandschiffe sei wohl nicht durch den Krieg zu begründen. Unsere Küsten könnten durch Minenperren offenbar mit verhältnismäßig geringen Kosten geschützt werden. Alle Rüstungsfordernngen müßten mit den neuen Steuerplänen in Beziehung gebracht werden; die großen Massen dürften nicht wieder belastet werden. Man solle die Scheu vor den direkten Steuern abtun. Da der Staatssekretär den Flottenverein nicht desaboniere, so trage er die Verantwortung für dessen Agitation; er solle sich nicht hinter formale Ausreden zurückziehen. Der Staatssekretär bestritt die Möglichkeit, in die Art der Agitation des Flottenvereins einzugreifen. Die ganze Flotte solle er übrigens nur als ein Mittel zur Sicherung des Friedens auf Küstenschutz könnte die Flotte nicht überflüssig machen. Die Marine würde sich natürlich freuen, wenn man ihr auch die einstweilen zurückgestellten kleinen Kreuzer bewillige. Abg. Bebel schloß daraus, daß die Forderungen der Regierung doch wieder weitergehen würden, als man zunächst sage. Der Staatssekretär könne allerdings gegen den Flottenverein nicht direkt einschreiten; über diesen Verein müsse im Plenum noch ausführlicher geredet werden. Wolle man die Reichen für die Flottenlasten heranziehen, dann sei nur der Weg der direkten Steuern gangbar. Jetzt schaffe der Flottenenthusiasmus seinen Trägern sehr gute Profite. Nach den Erfahrungen von 1899 mit Regierungserklärungen müsse man sehr skeptisch sein. Eine Forderung ziehe immer die andere nach sich. Die Abgg. v. Nitzhosen und Arendt nahmen den Flottenverein in Schutz, den Herr Arendt gerade so hoch geschätzt wissen möchte wie — den Bund der Landwirte! Abg. Graf Oriola glaubte, daß die Erklärungen des Staatssekretärs beruhigend wirken würden; in manchen Kreisen sei man mit den Forderungen viel weiter gegangen als der Flottenverein. Abg. Erzberger wies darauf hin, daß in Süddeutschland die Mitgliedschaft zum Flottenverein als ein Mittel zum Karriere machen benutzt werde. Die Demonstrationen des Vereins seien vielfach klümmig, würden aber offiziös in alle Welt hinausposaunt.

Der Schatzsekretär v. Stengel erklärte, man solle bedenken, daß er über Steuerpläne gar noch nichts sagen könne, da man die Wirkungen der neuen Handelsverträge abwarten müsse; wann diese in Kraft treten würden, wisse man aber heute noch nicht. Es sei deshalb auch zweifelhaft, ob die zu erwartende Voreinsicht zur Ermäßigung des Defizits von 1905 beitragen werde. Vor dem 1. März 1906 würden die Handelsverträge nicht in Kraft treten können.

Eine längere Debatte entspann sich über die Ausgestaltung des Marinejustizwesens; schon im Vorjahre hat die Verwaltung neue Kriegsgerichts- und Ober-Kriegsgerichtsrate gefordert. Sie werden bewilligt.

Deutsches Reich.

Der Handelsstag gegen den Handel!

Unter zahlreicher Beteiligung von Vertretern sämtlicher deutscher Handelskammern sowie sonstiger kaufmännischer, industrieller und gewerblicher Vereinigungen wurde am Mittwoch im Langenbeckhause die 31. Vollversammlung des deutschen Handelsstages abgehalten. Den Vorsitz führte Geh. Kommerzienrat Frenzel-Berlin. Eine Reihe Regierungsvertreter waren anwesend. Die Mitteilung, daß Handelsminister Müller sich entschuldigen lasse, wurde seitens der Versammlung mit großer Unruhe aufgenommen.

Diese Versammlung von Kommerzienräten und ihren Handelskammervertretern hat ein Zeugnis von der politischen Unzurechnungsfähigkeit der deutschen Handelswelt abgelegt, wie es schmerzlicher nicht möglich ist. Die kommerziellen Kreise jedes anderen fortgeschrittenen Staates müßten in helles Lachen ausbrechen, wenn sie hören, daß die Vertreter der deutschen Industrie und des deutschen Handels sich dafür erklären, daß der Reichstag die Annahme der Verträge beschließen möge, obgleich derselbe Handelsstag die schwersten Schädigungen, die der Industrie und dem Handel aus den Verträgen erwachsen müssen, erkannt und festgestellt hat.

Das Referat über die Handelsverträge hielt Dr. Soetbeer. Er erinnerte an die „überaus traurige Nacht“ vom 13. zum 14. Dezember 1902, in der sich die Reichstags-Majorität „so ungeeignet zur Behandlung größerer Fragen des Wirtschaftslebens gezeigt habe“. Es habe sich erfüllt, daß das neue Vertragswerk vornehmlich zugunsten der Landwirtschaft gearbeitet sei. Kleinen Verbesserungen für die Industrie und den Handel stehen große Erschwerungen des Exports entgegen. Für 130 Millionen des Exports bringen die neuen Verträge nach dem Urteil Dr. Soetbeers Verbesserungen und für 740 Millionen Verschlechterungen. Es müsse daher der Handelsstag, so folgerte der Redner, seine „lebhafteste Unzufriedenheit“ zu den Verträgen äußern. In plötzlicher toller Schwelung aber — wohl um zu zeigen, daß sich der Handelsstag zur Behandlung großer Fragen des Wirtschaftslebens ebenso ungeeignet erweise, als die Reichstagsmajorität vom Dezember 1902 — forderte Soetbeer gleichwohl zur Annahme der Handelsverträge im Reichstage auf und zwar mit dem bekannten Schwadronenwort, das schon aus dem Munde der freisinnigen Herren Dobe und Nominen auf dem Parteitage der freisinnigen Vereinigung gehört wurde, „um noch Schlechteres abzuwenden“. Man müsse mit der Gefahr rechnen, daß eventuell die autonomen Säge des Zolltarifs in Kraft treten und deshalb müsse der Handelsstag, „wenn auch schweren Herzens“, den Verträgen zustimmen.

In der folgenden Diskussion schilderten einige Redner die schwersten Schädigungen, welche verschiedene Industriezweige von den neuen Verträgen zu erwarten haben. Andere Redner wandten sich lebhaft gegen die Zustimmung zu den Verträgen. So erklärte Rechtsanwalt Storz-Heidenheim durchaus mit Recht: Es ist nicht konsequent, wenn wir sagen, die Verträge sind nichts wert und nachher empfehlen wir ihre Annahme! Der Redner wies auch darauf hin, daß die Zustimmung der Liberalen zu den Verträgen die Agrarier der extremen Richtung in die bequeme Lage bringen, gegen die Verträge zu stimmen und zu erklären, daß die Industrie durch die Zustimmung sich mit den Verträgen zufrieden erklärt habe. Die Abstimmung über denjenigen Absatz der vom Ausschuss beantragten Resolution, welcher die Annahme der Handelsverträge empfiehlt, war eine namentliche. Sie ergab die Aufrechterhaltung des Absatzes mit 275 gegen 73 Stimmen. In der Gesamtstimmung wurde dann die Resolution, welche die Verträge für schlecht erklärt, aber die Zustimmung zu ihnen befristet, mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Vorschlag, das zu diesem Charakter fähig ist, verdient keine bessere Behandlung als sie ihm durch die junkerliche Politik der Reichsregierung zuteil wird. Allerdings kann diesen Herrschaften des Handelsstages der mildere Umstand nicht verlagert werden, daß die industriellen und kommerziellen Kapitalisten ihre persönliche Bereicherung auch unter den neuen Verträgen zu betreiben imstande sein werden. Die ganze Last wird man auf die arbeitenden Klassen als Produzenten wie als Konsumenten abwälzen. Von der wirtschaftlichen Bedrückung der Arbeiterklasse war aber auf dem Handelsstag mit keinem Wort die Rede. Die „liberale“ Handels- und Finanzklasse stimmt „schweren Herzens“ für die Wucherpolitik der agrarischen Reaktion!

Der Handelsstag nahm ferner Resolutionen an gegen das staatliche Schlepplimonopol auf den neu zu bauenden Kanälen und gegen die Erhebung von Schiffsabgaben auf Rhein und Elbe.

Aus Sachsen-Weimar wird vom 14. Februar geschrieben: Die Klage vom Reichsfinanzland stimmt heute im Landtage der weimarschen Finanzminister Staatsrat Hunnius an. Die Regierung beantwortete die kürzlich an sie gerichtete Anfrage, wie sie sich zu der fortwährend steigenden Reichsschuld stelle. Die Antwort war eine Verlegenheitsphrase. Der Herr Staatsrat erzählte, daß die weimarsche Regierung im Bundesrat immer ihren Einfluß gegen das weitere Anwachsen der Reichsschuld geltend gemacht habe. Leider sei dies erfolglos gewesen. Der Herr Staatsrat versicherte aber auch, daß die weimarsche Regierung ihre Zustimmung zu neuen Anleihen nur geben werde, wenn die unabweisliche Pflicht dies gebietet. Erfordere die planmäßige Tilgung der Reichsschuld sei leider noch nicht geklärt. Ob durch den neuen Zolltarif Ueberschüsse zur Verbesserung der Reichsfinanzen erzielt würden, das sei auch sehr zweifelhaft. Eine Besserung sei nur durch Erschließen neuer Einnahmequellen zu erhoffen. In dieser Beziehung werde die großherzogliche Staatsregierung alle Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzverhältnisse des Reiches gewissenhaft prüfen. — Neue Einnahmequellen! Also neue Lasten für das Volk! Das ist die ganze Weisheit, welche die Finanzmänner in ihrer Notlosigkeit gegenüber dem Reichsfinanzland zum besten geben können.

Berner Vorleser im hessischen Landtag.

Von unseren Genossen im hessischen Landtag, so wird uns berichtet, ist gelegentlich der diesjährigen Etatsberatung auch die Berner Vorleser-Affäre zur Sprache gebracht und das Verhalten der hessischen Regierung energisch kritisiert worden. Wie vorauszusehen war, ist es gekommen: die Sozialdemokraten standen allein. Alle übrigen Parteien lobten und priesen die Weisheit der Regierung, die Berner Vorleser so feinsinnig entgegenkam und Berner Vorleser das Reden in Offenbach verbot, nachdem die preussische Regierung das gleiche zuvor in Frankfurt getan hatte. Ueber die notorische Wackelhaftigkeit der sogenannten Nationalliberalen verlieren wir kein Wort, dagegen dürfte es angebracht sein, das Verhalten der schwarzen „Vollpartei“, des Zentrums, festzustellen. Für die Partei, die es als himmelschreiendes Unrecht empfindet, daß man ausländische Jesuiten nicht ins Land läßt, die erst vor wenigen Tagen im Reichstage den famosen Toleranzantrag verteidigte, gab der deutsche Volksmann und Advokat von Brentano di Trimezzo diese Erklärung ab:

Von der Berner Vorleser-Affäre Angelegenheit habe er und seine Fraktion folgende Auffassung: W. ist Ausländer, dessen erste Pflicht Höflichkeit ist. Dagegen ist der Mann in der maßlosesten Weise gegen den Reichsminister aufgetreten. Nachdem Berner Vorleser ihm verboten hatte, in Frankfurt zu sprechen, will er das in Offenbach versuchen. Nun wäre es doch eine eigentümliche Weise hundertfacher Gesinnung gewesen, wenn Hesse diesen Heizer aufgenommen hätte. Vielmehr war es Pflicht der Regierung, denselben schleunigst zu entfernen. Heizer haben wir schon genug im Reich und brauchen nicht noch solche aus dem Ausland. Wir billigen also das Verhalten unserer Regierung in dieser Angelegenheit vollständig.

Das ist die ungeschminkte Zentraltoleranz, die freilich ganz anders beschaffen ist wie die schwarze Toleranz, die jüngst im Reichstage wieder gemint worden ist.

Südwesafrika.

Berlin, 15. Februar. Nach Meldung des Generals v. Trotha marschierte Major v. Mühlensfeld mit den vereinigten Abteilungen v. Estorf und von der Heyde am 31. Januar von Epuliro ab und erreichte am 2. Februar nachmittags den Wasserplatz Traugott und Wilhelm Mahareros, 40 Kilometer südöstlich Kaalfontein. Es gelang den Hereros zu entweichen. Nur Zacharias Beraua von Ojofasi ergab sich mit 17 Gewehren und 60 Stück Vieh. Eine am 3. Februar 5 Uhr morgens ausgesandte Verfolgungsabteilung stieß noch auf Nachzügler. Am 4. Februar 5 Uhr morgens hörte sie Gewehrfeuer, ritt darauf los und gewann Verbindung mit der Abteilung des Leutnants Eymael. Dieser hatte gerade mit der Besatzung von Das und einem Zug der 3. Kompanie des Regiments II mehrere Hereroverstren 20 Kilometer nördlich Dabis überfallen, darunter auch die vor Mühlensfeld geflohenen Leute. Vom Feinde fielen etwa 62 Mann, 27 Stück Vieh und mehrere Pferde wurden erbeutet. Der Feind floh nach Osten. Ob Traugott und Wilhelm Mahareros bereits die Grenze überschritten haben, soll festgestellt werden. Major von der Heyde marschierte am 9. Februar von der Wasserstelle 40 Kilometer südöstlich Kaalfontein nach Otatjeru—Dwingi Ranganjera ab, um gemeinschaftlich mit Hauptmann v. Hornhardt (Chef der 3. Kompanie des Regiments 2 in Gobabis) auf Korilas vorzugehen, während Major v. Estorf gleichzeitig weiter nördlich die Grenzgegend säubern soll. Die Abteilung Wilhelm besetzt die Wasserstellen vom Sturmfeld—Dmuramba bis Ojimbunde.

Ein Telegramm aus Windhuk besagt: Gefallen ist im Patrouillengefecht bei Namub am 31. Januar 1906 Sergeant Wilhelm Jeller, geb. am 24. April 1877 zu Dresden. Verwundet sind in den bei Groß-Kabas in den Tagen vom 2. bis 4. Januar stattgehabten Gefechten Gefreiter Richard Höpp, geboren am 12. September 1879 zu Solingen, leicht, Reiter Leonhard Führer, geboren am 19. Juni 1880 zu Dannenberg, leicht, im Besetzt bei Wachas am 5. Januar Unteroffizier Friedrich Gräbner, geboren am 29. Oktober 1878 zu St. Johann, schwer, Schuß durch den linken Arm und Rücken.

Selben gegen ein Weib.

Der Dresdener Hof und die Dresdener Regierung haben seit der Flucht der einstigen Kronprinzessin außerordentliches getan, um die sächsische Dynastie im Urteil auch desjenigen Teils des sächsischen Volkes zu belassen, der überhaupt dynastische Interessen pflegt. Sie sind unübertrefflich bestrebt, diesen unfeindlichen Antimonarchismus der Tölpelhaftigkeit auch unter dem jetzigen König fortzusetzen, der die alte Regierung bei seiner Thronbesteigung mit übernahm. Diese höfischen Ratgeber und diese Regierungsleute fahren fort, die Angelegenheit Montignoso nicht zur Ruhe kommen zu lassen und durch unersparte Maßnahmen immer erneuten Widerwillen gegen die Verfolgungen zu erregen, denen ein wehrloses Weib unterworfen wird.

Selbst diejenigen, welche eine ungünstige Meinung über die Persönlichkeit der früheren Kronprinzessin haben, müssen angesichts der Art, wie man die Verbannte und vom Anblick ihrer Kinder Verbissene mißhandelt, ruhig werden. Keine Frau sonst wird so rabiat bedrängt, wie diese Kronprinzessin, die jetzt Königin wäre, wenn sie in ihrem Liebesleben die Vorsicht gewählt hätte, die sonst an Höfen geübt wird.

Natürlich hat sich die Sensationspresse der neueren Vorgänge in Florenz bemächtigt, — sicherlich nicht zum Frommen der monarchischen Gesinnungen, die sie sonst zur Schau trägt, die jedoch hinter der Erregung der Sensationsliteratur in Vergessenheit geraten. In dieser Presse werden die mannigfaltigsten und einander widersprechenden Mitteilungen über ein angebliches neues Liebesverhältnis, das die Gräfin angeknüpft habe, über den Unwillen des Königs über die dadurch nötig gewordene Abforderung des jüngsten Kindes, das die Gräfin im Exil geboren, verbreitet. Es mag durchaus dahin gestellt bleiben, ob die Gräfin Montignoso irgend welche Handlungen angeführt hat, die an dem seit jeher durch Sittenstrenge in der ganzen Welt berühmten sächsischen Hofe missfallen können, — in keinem Falle sind die hartnäckigen Verfolgungen zu billigen, die sich als eine Fortsetzung der durch die Umgebung des Königs bewirkten scharfen Abweisung der den Anblick ihrer Kinder erschauernden Mutter darstellt.

Es zeigt sich, daß man der Gräfin eine Bombe für das zweijährige Töchterchen von Dresden aus aufgenötigt hat, welche die Rolle eines Spießes besorgt. Und auf Mitteilungen dieses weiblichen Spießes, die durch das Verlangen der Rückkehr in den Dresdener Glanz übergeben erscheinen, lassen sich die höfischen Berater zu dem Versuche drängen, dies einzige Kind, das der Mutter verblieb, ihr entziehen zu wollen. Man hat die Frau in der Gewalt, sie empfängt Geld aus der Kasse des Königs. Also glauben die sächsischen Heiden, dieser Frau jedes Zugeständnis entreißen zu können. Es wird, wie es scheint durchaus zuverlässig, mitgeteilt, daß es sich bei der jetzigen Mission des Justizrates Dr. Körner nach Florenz nicht allein um die Entziehung des Kindes handelt, sondern um eine Reihe anderer Forderungen, die in einem neuen Vertrag niedergelegt sind. Vor allem will man durchsetzen, daß die Frau für alle Zukunft auf das ihr unbestreitbare Recht, Sachsen zu betreten, verzichtet; sie soll für den Fall eines Rückkehrversuches eine hohe konventionale Strafe zahlen. Ferner soll sie überhaupt auf die sächsische Staatsangehörigkeit verzichten, so daß sie nötigenfalls mit Gewalt zum Verlassen des ehrenwerten Landes Sachsen gezwungen werden kann. Auch soll sie sich ehrenwörtlich verpflichten, jeden Versuch mündlichen oder schriftlichen Verkehrs mit dem König zu unterlassen. Um diesen neuen Vertrag zu erreichen, drohen die höfischen Torquemadas mit Entziehung der Existenzmittel und durch die Ablehnung jeder Verhandlung über ein Wiedersehen der Mutter mit ihren Kindern.

Das wäre die ungeheuerlichste Folter des Muttergefühls. Sind jene Meldungen richtig — und nach den früheren Besprechungen erscheinen sie nur allzu wahrscheinlich —, so gebietet das einfachste Gerechtigkeitsgefühl, gegen diese Hege eines Weibes zu protestieren, das, wenn es Fehler beging, sicherlich in der einstigen Residenz August des Starren nicht die schwerste Schuld auf sich lud.

Dresden, 15. Februar. Wie der „Dresdener Anzeiger“ von offizieller Seite erfährt, beruht die heute früh verbreitete Nachricht aus Florenz, daß sich die Gräfin Montignoso zur Herausgabe der Prinzessin Anna Monica Via bereit erklärt habe, auf Unwahrheit, ebenso wird die Nachricht, daß die Auslieferung schon geschehen sei, dementiert. Von einem derartigen Schritt der Gräfin Montignoso ist amtlich überhaupt noch nichts bekannt.

Dem „L.A.“ geht die Nachricht zu, daß die Gräfin Montignoso es zunächst vorgezogen hat, ihr jüngstes Kind zu behalten und dafür die Spießbombe aus dem Hause zu befördern. Justizrat Körner fand das Haus verschlossen und dürfte statt der kostbaren Kindesbente die Bombe in seinem Wagen entführen.

Bettstudien.

Vor einiger Zeit ist in England ein von uns kurz erwähntes, kulturhistorisch nicht uninteressantes Buch über den Berliner Hof erschienen. Die Dame, die dieses Buch aus ihrer langjährigen Erfahrung geschrieben, vertiefte sich sehr gründlich in die intimsten und privatesten Angelegenheiten, die auch dann respektiert werden sollten, wenn sie sich an Kaiserhöfen abspielen. Man hat der Verräterin von Hofgeschichten schwere Vorwürfe darüber gemacht, daß sie solchen Klatsch verbreitet habe. Ueberhaupt ist, wie man weiß, unsere bürgerliche Presse außerordentlich zart besaitet und verschämt jeden Eingriff in private Verhältnisse. Gar von regierenden Fürsten weiß sie nur kostümierete Wunder und Herrlichkeiten zu berichten, sie leugnet, wie jene Engländerin, daß Fürsten überhaupt Weine haben, geschweige nach die Weine.

Wie es aber in Wahrheit mit dieser Scheu vor der Verletzung von Privatverhältnissen bestellt ist, das beweist jetzt in ekelregender Weise der Fall der ehemaligen Kronprinzessin von Sachsen. Familienblätter, die stolz auf ihre Stubeneinheit sind, wie der Sächsisch „Total-Anzeiger“, behandeln diese Frau, die den Mut gehabt hat, eine Königsstube zu verschmähen, wie irgend eine Heldin aus einem Mordprozeß des Scheunenviertels. Mit der täppischen Judringlichkeit von Kalaisenseln wird breit auf offenem Markt über das Privatleben der Dame verhandelt, das doch wahrlich ihre ausschließliche Angelegenheit, die tun und lassen kann, was sie will, und die ebenso wenig jemandem Rechenschaft schuldig ist über ihre Reigungen, wie etwa ein geschiedener Fürst fortan verpflichtet ist, der Frau, von der er sich getrennt, die Treue zu wahren. Es soll ja sogar vorkommen, daß höchst verheiratete Fürstlichkeiten sultanische Sitten pflegen, und wer gar die Geschichte des sächsischen Königshauses einigermaßen kennt, weiß, daß die Taten der Herrscher vielfach sich lediglich in Harem abgespielt haben.

Aber die Gräfin Montignoso ist, da sie mit einem leidenschaftlichen König den Kampf aufgenommen hat, für die bürgerliche Presse vogelfrei. Man berichtet in diesen leuchtigen Familienblättern über alle Einzelheiten ihrer „Affären“, mit einer Gründlichkeit, die einem Lehrbuch der gerichtlichen Medizin Ehre machen würde. In diesen Blättern, die jedem Kind in die Hand gegeben werden, liest man Betrachtungen über Kopfschmerzen mit zwischen Eindrücken und dergleichen sinnige und saubere Untersuchungen mehr.

Allen voran zeichnet sich der „Total-Anzeiger“ des Herrn Scherl aus. Wenn der Minister v. Hammerstein in nicht in Berlin wäre und sich gegenwärtig im Abgeordnetenhause mit der Beseitigung der Prostitution durch Religion und Polizei beschäftigte, so würde man glauben, Herr Scherl habe ihn als seinen Spezialberichterstatter nach Florenz geschickt, als die bedeutendste Autorität auf dem Gebiete von Bettstudien, in denen er sich ja im Falle der russischen Studentin Janina Verson so vortrefflich bewährt hat. Da aber eben Herr v. Hammerstein in Berlin weilt, muß er wohl im Betriebe des August Scherl einen Konkurrenten haben. Im elendesten schwülstigen Stil eines Hintertreppen-Romans beschäftigt sich dieser Hammersteinische Konkurrent des „Total-Anzeigers“ mit den Privatverhältnissen der Gräfin, die, wie das Familienblatt sagt, „die Schuld ihres heissen Blutes in den Rosenrothen des Gartens“ büßt. Uebrigens schwant die prinzipienfeste Redaktion noch zwischen „Morgen-“ und „Abendblatt“, ob sie für oder gegen die Gräfin öffentliche Meinung machen soll.

Es vermehrt die Wibetörigkeit dieser Scherlschen Bettstudien, daß sie der ehemaligen Kronprinzessin von Sachsen selbst in den Mund gelegt werden. Da habe die Gräfin dem Bettholzbod des „Total-Anzeigers“ beteuert: „Ich soll vor meinem Gaste (gemeint ist der italienische Graf) in tief ausgehöhlter Toilette mit aufgelöstem Haar erscheinen sein.“ Justizrat Körner (der Vertreter des sächsischen Königs) verlangte eine genaue Beschreibung des Kleides. Die Gräfin versichert, das Kleid sei nicht tiefer ausgehöhlet gewesen, als es auf Hofballen üblich ist, und diese sensationelle Information wird nach Berlin telegraphiert.

Dann wird das Kammergeschwätz ausführlich wiedergegeben, wie ein Fräulein Math in soundsovielen Januar wieder kommen wollte, daß der verdächtige Graf das Haus der Kronprinzessin abends nichts verlassen habe. Kammerjungen seien vor ihrem Schlafzimmer aufgestellt und auf den Hintertreppen postiert worden. Man habe das Knistern seidener Gewänder gehört, man habe Lachen und Flüstern aus dem Zimmer vernommen, man habe den Freund der Gräfin aus dem Zimmer herauskommen hören usw. Der Spezialberichterstatter des „Total-Anzeigers“ führt noch weitere Einzelheiten an, unterjucht mit wissenschaftlichem Eifer alle Widersprüche und gibt die angebliche Feststellung der Gräfin wieder, daß man durch eine künstlich erweiterte Türspalte das Schlafzimmer auch am hellen Tage nicht sehen könne.

Nachdem der Spezialberichterstatter dergestalt der sittlichen Wibegier der hochanständigen Leser seines Blattes Rechnung getragen, telegraphiert er mit blutendem Herzen weitere Neuigkeiten der Gräfin: „Meine Widerstandskraft ist zu Ende, ich fühle mich wie ein tot gekehrtes Weib, ich bitte Sie, gehen Sie sofort und sagen Sie dem Herrn Justizrat Körner und dem kaiserlichen Konsul, sie sollen das Kind holen, jetzt gleich in einer halben Stunde.“ Großmütig fügt der Sächsische Berichterstatter hinzu: „Ich sah ein paar große schmerzliche Magdalenenaugen, aus denen mühsam verhaltene Tränen brachen, und verabschiedete mich von der unglücklichen Frau und Mutter.“

So erzieht Herr Scherl in Hammersteinischem Sinne das Volk seiner Leser. Seine 200 000 Abonnenten werden nun in den nächsten Tagen eifrig darüber diskutieren dürfen, wie weit es denn in dem Verlebe der Gräfin mit dem aristokratischen Italiener gekommen, ob nur eine Kleinigkeit vorgekommen sei oder mehr und ob man die Möglichkeit habe, in das Schlafzimmer der Gräfin durch eine künstlich erweiterte Türspalte zu sehen. Vielleicht legt Herr August Scherl einen Preis von einigen tausend Mark aus für denjenigen, der die zutreffendste Lösung des bungen Rätsels gibt. Die Magdalenenaugen werden überdies in der „Woche“ schmargerzählt zu sehen sein.

Hätte die Gräfin Montignoso nur ein paar Monate weiter das Joch der Lüge getragen und öffentlichen Skandal vermieden, so wäre sie heute Königin und derselbe „Total-Anzeiger“ hätte dann ebenso brünstig über ihre hehren Tugenden und landesmütterliche Vollkommenheit Spezialberichterstatter, wie jetzt über die Eindrücke ihrer Bettstuden.

Amerika.

Die dritte Seemacht. Die Zeitungen preisen den Bürgern die gegenwärtigen Verhältnisse zur See unter den großen Nationen als sehr günstig für die Vereinigten Staaten an. — ein kleiner Trost für die großen, stetig wachsenden Kosten für die Marine. Sind die im Wan befindlichen Schiffe fertig, so würden die Amerikaner als dritte Seemacht der Welt nach England und Frankreich folgen. Die amerikanische Flotte zählt dann 265 Schiffe, fertig für den Kriegsdienst. Nach den Vereinigten Staaten kommen Deutschland, Italien, Japan, Rußland und Oesterreich an die Reihe. Seit dem Jahre 1883 erst haben die Amerikaner ihrer Kriegsflotte größere Aufmerksamkeit geschenkt, und in den 22 Jahren haben sie, nach der New Yorker „Sun“, beinahe tausend Millionen Dollar, genau 925 028 014, dafür weggenommen. Die „Sun“ meint freilich, dies Kapital sei sehr gut angelegt, indem dadurch Sicherheit und Ansehen der Vereinigten Staaten gestiegen seien; die Monroe-Doktrin verlange ein starkes Amerika zur See den europäischen Mächten gegenüber.

Der Krieg in Ostasien.

Das dritte Geschwader.

Liban, 15. Februar. Heute mittag zwölf Uhr ist das dritte Geschwader in See gegangen. (Wird es bis — Madagaskar gelangen?)

Russische Kavallerie-Operationen.

Tokio, 15. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“). Die Russen haben die Kavallerie-Operationen wieder aufgenommen. Es wird gemeldet, daß gestern Abend neuntausend Reiter mit Ge-

Wahrscheinlich etwa dreißig Meilen westlich von Diaojiang waren. Zweck der Bewegungen scheint die Umgehung des japanischen linken Flügels zu sein.

Tokio, 15. Februar. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Die gemeldete umfassende Bewegung der russischen Kavallerie begann westlich von Tschitaifu. Eine Kavallerie-Abteilung rückte nach Daohunshi vor, gleichzeitig näherte sich eine andere Abteilung Tacha, das dreizehn Meilen südwestlich von Diaojiang gelegen ist. Später rückte die gesamte Streitmacht mit Artillerie eine Meile unterhalb Tacha an den Fluß heran und versuchte um sechs Uhr abends diesen zu überschreiten. Die Errichtung von Verteidigungswerten bei Heilouai scheiterte fort. Die Russen beschloßen noch das Zentrum von Morschall Dhamas Stellung.

Das Verhalten der Siebener-Kommission.

Die beiden Vertreter des Bergarbeiter-Verbandes in der Siebener-Kommission der streikenden Ruhrbergleute, unsere Genossen **Sachse** und **Hansmann**, schreiben uns:

In einigen Parteiblättern werden Artikel ihres Ruhrgebiets-Korrespondenten über den Ausgang des Generalstreiks veröffentlicht, die geeignet sind, nicht nur uns persönlich in den Augen der Parteigenossen herabzusetzen, sondern die auch der Vergleute wenig dienlich sind. Wer nicht mit den Verhältnissen hier vertraut ist, muß durch jene Artikel zu der Ansicht kommen, der Generalstreik sei in totaler Verwirrung zu Ende gegangen und zwar durch die Schuld der Siebener-Kommission. Nebenbei bemerkt der Artikelschreiber auch (in der Magdeburger „Vollstimme“ Nr. 38), wir beide hätten uns unter ultramontanem Einfluß... verfahren lassen, der Stimmung der Masse nicht die geringste Bedeutung zu tragen. Wer so schwere Verdächtigungen gegen Parteigenossen veröffentlicht, muß dafür Beweise bringen.

Zur Aufklärung der Parteigenossen dient vorläufig folgendes: Der betreffende Artikelschreiber hat während des ganzen Streiks mit der Siebener-Kommission keine Beziehungen unterhalten, kann also gar nicht wissen, was vorgegangen ist. Auch an uns beide persönlich ist der Artikelschreiber nicht herangetreten, um sich Informationen zu holen. Trotzdem bedient er die Parteiblätter, als ob er von allem aufs Beste unterrichtet sei.

Wir erklären ausdrücklich, daß in der Siebener-Kommission keinerlei parteipolitische Erwägungen gepflogen worden sind. Alle Mitglieder urteilten vom Standpunkte des Berufsgenossen und es sind niemals Differenzen über prinzipielle oder faktische Fragen entstanden. Wir alle waren bestrebt, für die Arbeiterfrage das Mögliche herauszuschlagen, darum konnten keine Differenzen aufkommen und brauchten wir auch nicht „unter ultramontanem Einfluß“ zu handeln. Man sollte meinen, der Artikelschreiber müßte es als seine Pflicht ansehen, um nach dem Kampfe das erneute Ausbrechen der verderblichen Uneinigkeit im Bergarbeiterlager mit zu verhindern. Durch seine Artikel aber erfüllt er diese Pflicht nicht.

Wir wissen, daß unsere gewerkschaftliche Tätigkeit in diesem großen Kampf die Zustimmung der General-Kommission der Bergarbeiter und der maßgebenden Faktoren in unserer Partei gefunden hat.

Die Siebener-Kommission hat wiederholt mit den Vertrauensleuten aus dem ganzen Revier konferiert und ihre Ratschläge eingeholt. Gerade acht Tage vor dem Abbruch des Streiks ist den Bezirksvertrauensleuten gesagt worden, wir müßten mit dem Abbruch des Streiks in nächster Woche rechnen, da nicht entfernt genügend Geldmittel einfließen und schon zahlreiche Unterstützungsversuche erfüllt werden müßten, um die Belegschaften zu halten. Trotzdem wurden noch Extrabeschlüsse in einigen Orten gefaßt, dahingehend, nicht eher anzufahren, bis alles bewilligt sei. An solchen Orten, wo auf den Abbruch in keiner Weise zugeschnitten wurde (die Resolution der Siebener-Kommission, die auf ein Nachgeben vorbereitet, wurde dort unterdrückt), entstand dann auch bei der Proklamierung des Streikabbruchs heftige Opposition. Wenn wir es nur mit einigen hundert oder tausend Streikenden zu tun hätten, konnte die Zentralleitung überall direkt vorbeugend wirken und auch eine Gesamtabstimmung der Streikenden erst herbeiführen. Zum Beispiel bei dem Streik in Reurode in Schlesien, der nun über zehn Wochen dauert, sind von Verbandsseite schon viele Gesamtabstimmungen der Streikenden vorgenommen worden. Da handelt es sich aber nur um circa 1400 Beteiligte. Hier aber im Ruhrrevier waren es 200000 Streikende, verteilt auf mehr als 250 Orte. Darin lag die Hauptbedeutung der Verständigung, abgesehen von den unaufschieblichen Eigenbedürfnissen in einigen Bezirken. Unsere Organisation war noch nicht ausreichend zur straffen Durchführung eines solchen Riesenkampfes, darum auch unser Bremsen vor dem Streik. Wer die Dinge von außen ansieht, sieht nicht die Nähe gibt, das ganze Gebirge eingehend kennen zu lernen, der nur kommt zu Angriffen, wie sie der Artikelschreiber gegen uns unternimmt.

Nur ein so oberflächlich oder voreingenommen Urteilender kann auch schreiben, der Abbruch des Streiks habe eine „heißlose Verwirrung“ angerichtet, das Ende sei ein trauriges gewesen. Allerdings in nächster Nähe des Artikelschreibers vollzog sich der Rückzug wenig imponierend, die Ursache dieser Undisziplin wird noch genügend bekannt werden. Es war ein bestimmter Landstrich, wo völlige Undisziplin herrschte. Aber auch nur wenige Tage. Schon am Sonnabend, zwei Tage nach der Essener Konferenz, war nach vorliegenden Meldungen in den Hauptbezirken die Parole der Revierkonferenz anerkannt; in Orten, wo noch am Donnerstag die Siebener-Kommission verächtigt worden war, stellte man ihr am Sonnabend Vertrauensvoten aus. Zwei Tage nach der offiziellen Streikaufhebung war ihr fast überall Folge geleistet! Dennoch wurde noch unterm 11. d. Mts. an die auswärtige Parteipresse deponiert: „Die Verwirrung wird immer größer!“ Nimmt man so die Interessen der Arbeiter wahr?

Ohne heftigen Widerspruch eines Teiles der Streikenden wird niemals ein Streik aufgehoben, selbst nicht bei der besten Organisation. Betrachtet man nun die Masse der Streikenden, ihre Verbrennung über ein so großes Gebiet, die noch sehr mangelhafte gewerkschaftliche Schulung der großen Mehrheit, dann muß die Einkehr völliger Ruhe schon am dritten Arbeitstage nach der Streikbeendigung als ein sehr erfreuliches Ereignis bezeichnet werden, das uns zu den besten Zukunftshoffnungen berechtigt. Hatten doch selbst „gefälschte Depeschen und Flugblätter“, die angeblich namens der Siebener-Kommission ergingen, reichlich mitgeholfen, die Opposition zu schüren. Ein Gang zu uns, und der Artikelschreiber hätte erfahren, daß die Siebener-Kommission nicht „verwirrt“ war und auch keine widersprechenden Anordnungen ergehen ließ, sondern die betreffenden Depeschen und Flugblätter Nachwerke von Fälschern und unverantwortlichen Schreibern sind. — Auch das angebliche Telephongespräch unseres Genossen Graf, das in Nr. 37 der „Vorwärtiger Arbeiter-Zeitung“ angeführt ist und zwischen Graf im Auftrage des Verbandsvorstandes mit Genossen Ostamp, der Essener Geschäftsstelle der „Arbeiter-Zeitung“, am Freitag geführt sein soll, ist unrichtig. — Den Gang nach uns unternahm der Artikelschreiber nicht, sondern berichtete eilends an die Parteipresse, als habe die Siebener-Kommission die Bestimmung verloren. Auch dadurch ist dem Ansehen der Bergarbeiter-Bewegung Schaden zugefügt worden, die bürgerliche Presse verbreitet nun die zutafelnden Nachrichten.

So ist nach außen hin noch mehr Jertum durch den Artikelschreiber verbreitet worden, indem er behauptet („Leipziger Volkszeitung“ Nr. 35), Sachse habe Mitglieder seiner Organisation verhaften lassen. Das ist unwar. Ferner meldet der Artikelschreiber, die „Einigkeit der Arbeiter, ja der eigenen Verbandsmitglieder“ sei durch uns „geprengt“, „tausende (!) Verbandsmitglieder“ hätten ihr Verbandsbuch „zerissen“. Will uns der Artikelschreiber nicht diese tausende „zerissenen Verbandsbücher“ zeigen? Er sollte sich doch hüten, solche

„Märchen“ in die Welt zu setzen, denn beweisen kann er sie nicht. Wir konstatieren, daß bisher uns und allen Organisationsleitern von Massenaustritten nichts gemeldet wurde, wohl aber wissen wir, daß mit wenig Ausnahmen in allen Bezirken der Verband starken Zuwachs erzielt und wenn auch die üblichen Jugvögel, wie nach jedem Streik, wieder davon ziehen, doch noch enormen Mitgliederzuwachs hat. Wenn nur nicht die Ueberstülpung fortwähren, den Vergleuten die gewerkschaftliche Organisation zu vereiteln, indem wahrheitswidrig von einer „traurigen Niederlage“ gefabelt wird. Derselbe Artikelschreiber, der schon vor acht Tagen von einem unschätzbaren, in seiner Tragweite unabherrschbaren, gar nicht mehr zu leugnenden Erfolg des Generalstreiks schrieb, schreibt jetzt zur Abwechslung von einer „nicht zu vertuschenden Niederlage“. Soll dadurch die Stimmung der Masse für die Gewerkschaft verbessert werden?

Wer die Ausichten des Streiks bei seinem Beginn berechnete und tiefere Kenntnis der sich messenden Kräfte besaß, der muß befriedigt sein von dem glücklichen Kampfesverlauf, der sehr leicht die Wähler der Staatsstreikler und Scharfmacher in rasche Bewegung setzen konnte. Schon daß diese Massendemonstration so großartig verlief, wie sie verlaufen ist, sichert unserem Streik weitreichenden Erfolg. Die Siebener-Kommission hat so gehandelt, wie sie nach Erwägung aller Möglichkeiten handeln mußte; wir haben unsere Pflicht getan, und die uns vor wenig Tagen noch bekämpften, sind schon jetzt dazu übergegangen, in Massenversammlungen uns Vertrauen auszusprechen. Die Vergleute werden lernen und auch noch den vollen Sieg erringen.

**S. Sachse, Bochum.
H. Hansmann, Eschlinghofen.**

Die Hoffnung der Bergarbeiter.

Das preussische Herrenhaus geht in Ferien. Vor Mitte März wird es nicht wieder zusammentreten; der Präsident hat zwar „gehört“, daß „einige Vergesse“ kommen sollen, aber um solchen Quark wird das preussische Herrenhaus seine Ferien nicht kürzen. „Einige Vergesse“, du lieber Gott, die laufen nicht davon. Ueberdies will ja auch die Regierung nicht gedrängt sein, wie jüngst Herr Müller im Abgeordnetenhaus erklärte. Es wird ein Schanzpiel werden, diese Behandlung des Bergarbeiter-Schutzes im preussischen Landtage.

Nicht eher werden die Arbeiter zu ihrem Rechte kommen, bis sie diese hochmütige Sippschaft aus dem Tempel gejagt haben. Herunter von Euren angemessenen Herrensitzen, fort mit dem Klassenparlament, fort mit der ganzen Klassenherrschaft, so werden wir den Bergarbeitern und der ganzen Arbeiterklasse in die Ohren schreien, jetzt und alle Tage; und die Arbeiter werden es hören und werden lernen, von ihrer Macht den richtigen Gebrauch zu machen. Dann wird den Herren der frohe Hochmut vergehen, den sie jetzt in so aufreizender Weise hervorkehren. Die Auskehr der Junkerrippe wird ein Freudenfest für die deutschen Arbeiter werden. Aber nur selbst können es die Arbeiter sich bereiten.

Disziplinarstrafe für Unterjähung der Vergleute.

In der Budgetkommission des Dreiklassenhauses haben sich die Herren Scharfmacher den Kurator der Universität Bonn, Herrn v. Mottenburg, vorgeknöpft wegen seines Sammelaufrufes für die streikenden Vergleute. Sie äußerten „Bedanken“, ob sich die Sympathie für die Streikenden mit den Pflichten eines Staatsbeamten vertrage. Das wäre an sich nichts Besonderes, da es ganz der Natur der Scharfmacher und der sogenannten preussischen Volksvertretung entspricht. Indessen erklärte dazu Minister Studt, daß die Erwägungen noch nicht abgeschlossen, ob dem Herrn v. Mottenburg wegen des Aufrufs disziplinäre Vorhaltungen zu machen seien. Abgesehen davon, daß der Vorgang für die Stellung der preussischen Universitätslehrer kennzeichnend ist, weist er ein neues Licht auf die Stellung der preussischen Regierung zu dem Streik der Vergleute und läßt die Erwartung der Vergleute auf die Aktionen der Regierung zu ihren Gunsten sehr tief sinken. Wenn sie es schon als Disziplinär vergehen ansieht, daß ein wissenschaftlicher Beamter seinen Sympathien für die Ausgebühten öffentlich Ausdruck gibt, wie kann sie dann verlangen, daß man von ihr Maßregeln zugunsten der Arbeiter erwartet.

Unterstützung der Bergarbeiter.

Der Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder des Stadtverordneten-Kollegiums in Mainz, den Bergarbeitern 5000 M. zu bewilligen, ist vom Finanzausschuß in Uebereinstimmung mit der Bürgermeisterei einstimmig zur Annahme empfohlen worden, so daß die Bewilligung sehr wahrscheinlich ist.

Mainz, 15. Februar. (W. Z. V.) Die heutige Stadtverordneten-Versammlung genehmigte einstimmig für die notleidenden Bergarbeiter im Ruhrrevier unter Ablehnung eines Demonstrationszuges 5000 M.

In **Rhein** beantragte der sozialdemokratische Magistratsrat Schmidt die Bewilligung von 15 000 M. für die Bergarbeiter.

Freisinnige Freunde der Vergleute.

Unsere Parteigenossen im Stadtverordneten-Kollegium in Halle hatten beantragt, für die durch den Streik in Not geratenen Bergarbeiter 1000 Mark zu bewilligen. Der Oberbürgermeister erklärte bei der Verhandlung des Antrages, es handele sich um eine politische und nicht um eine kommunale Angelegenheit, man dürfe deshalb nichts bewilligen. Dagegen sei die Bewilligung von 70 000 Mark zum Kaiserbesuch und von 6000 Mark zum Hochzeitsgeschenk für den Kronprinzen eine kommunale Angelegenheit gewesen. Mit Hälfte der Freisinnigen wurde darauf der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Aus der Frauenbewegung.

Schwangerschaft verboten.

Bei dem Dienstabwärtiger Otto Berner in Berlin, am Schlesienschen Bahnhof, müssen landwirtschaftliche Dienstabwärtiger, wenn sie Stellung erhalten wollen, die schriftliche Versicherung abgeben, daß sie nicht schwanger sind. Ein solcher Schein liegt uns vor.

Es scheint demnach, daß die Landwirtschaft auf eine künstliche Weise der Bevölkerungsvermehrung rechnet, da sich das Verbot der Schwangerschaft sonst mit den Klagen über Rentennot nicht gut vertrüge.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse feiert Sonntag, den 19. Februar, in den Arninshallen, Kommandantenstraße 20, sein sechstes Stiftungsfest. Aus dem Programm heben wir hervor: Festrede: Dr. Georg Bradnauer, Gesang: Frau Gertha Geipelt, Rezitation: Dr. Emil Geizer. Eröffnung 6 Uhr. Gäste willkommen. Billets a 30 Pf. sind zu haben bei Frau Kaulde, Pringensstr. 109; Frau Franke, Gohnowstr. 18; Frau Kühnemann, Bildenwischstr. 12; Frau Steinlopf, Schwedterstr. 34; Frau Kloych, Koppensstr. 81; Frau Fickert, Brigerstr. 23.

Adlershof, Montag, den 19. Februar, hielt der Verein für Frauen und Mädchen zu Adlershof seine Generalversammlung ab. Frau Jeehe hielt einen Vortrag über: „Das kleine Gehirn der Frau“, welcher mit großem Interesse verfolgt wurde. In der Diskussion wurde die „Gleichheit“ sehr empfohlen und daraufhin von vielen Mitgliedern besteht. Bei der Wahl des Vorstandes behielt Frau Ullrecht ihren Posten als Vorsitzende, ebenso Frau Neumann als Kassiererin, als Schriftführerin wurde Frau Schindhelm neu gewählt.

Lichtenberg. Der Bildungsberein für Frauen und Mädchen Lichtenbergs hielt seine erste Versammlung am 18. Februar ab. Den Vortrag hielt Frä. Rosenfeld. Die Referentin führte unter anderem aus, daß jemand, der korrekt deutsch spricht, vielleicht auch noch eine fremde Sprache spricht und über gute Manieren verfügt, im modernen

Stimme noch nicht gebildet genannt werden kann; auch nicht der, der in einem besonderen Berufe gründlich ausgebildet ist; sondern der ist gebildet zu nennen, der sich auf den verschiedenen Gebieten der Wissenschaft Kenntnisse erworben hat, die es ihm ermöglichen, vorurteilsfrei zu denken und zu handeln. Kenntnisse in der Wissenschaft ist der Schlüssel zur Bildung, und „Bildung macht frei“. Wenn es den Frauen auch nicht gestattet ist, in den Vereinen sich mit Politik zu befassen, so steht ihnen doch ein weites Feld offen, aus dem sie Belehrung und Bildung schöpfen können. Die darauf folgende Diskussion war eine sehr rege, an der sich die Mitglieder sowie einige Gäste lebhaft beteiligten.

Dann wurde beschloßen, die Versammlungen am dritten Montag jeden Monats stattfinden zu lassen.

Soziales.

Keine Schußvorschriften für Petroleumarbeiter.

Der Handelsminister teilt in einem Rundschreiben an die Regierungspräsidenten mit, daß vom Erlaß besonderer reichsrechtlicher Schußvorschriften für Petroleumarbeiter abgesehen worden sei. Die Untersuchungen hätten ergeben, daß von den 1380 in Betracht kommenden Arbeitern im Laufe mehrerer Jahre nur 34 an Hautkrankheiten (Alse) und 9 an Petroleumvergiftung erkrankt wären. Dagegen sollen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten den betreffenden Anlagen ihre Aufmerksamkeit zuwenden und die vom kaiserlichen Gesundheitsamte empfohlenen Schußmaßnahmen berücksichtigen.

Den Gastwirten und Händlern kann durch Polizeiverordnung verboten werden, an Personen unter 16 Jahren Schnaps zu verkaufen. Das Kammergericht hat anlässlich des Strafverfahrens gegen einen Schnaps Händler aus Oberschlesien eine derartige Polizeiverordnung für gültig erklärt und ausgeführt, daß sie ihre rechtliche Stütze im § 6 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes finde. Der Angeklagte wurde wegen Verkaufes von Schnaps an einen 15jährigen Lehrling zu einer Geldstrafe verurteilt, indem es ihm als Fahrlässigkeit angerechnet wurde, daß er dem jungen Menschen bei seinem sehr jugendlichen Aussehen geglaubt hatte, daß er schon 16 Jahre alt sei.

Gegen den niederländischen Gesetzentwurf über den Arbeitskontrakt wird auch nachdem der Entwurf seit seinem ersten Erscheinen in einigen Teilen verbessert worden ist, von der organisierten Arbeiterschaft lebhaft agitiert. Am Sonntag hatte das Agitationskomitee, das gebildet worden ist, um sich mit diesem Entwurf wie auch mit dem Entwurf zum Arbeitsgesetz zu befassen, eine allgemeine Versammlung von Vertretern der Arbeiterorganisationen nach dem Volkslande in Utrecht einberufen. Hier wurde mit 31 694 vertretenen Stimmen bei 3178 Stimmenthaltungen eine vom Agitationskomitee vorgeschlagene Resolution angenommen, in der ausgesprochen wird, daß der neue Entwurf zwar einige Verbesserungen enthalte, daß aber diese Verbesserungen den vom Komitee geäußerten Beschwerden gegenüber ganz geringfügig seien. Wenn der Entwurf in seiner jetzigen Form Gesetz werde, so würde die Gewerkschaftsbewegung und damit auch die Arbeiterbewegung Niederlands geschädigt, und darum müsse auch dieser revidierte Entwurf verworfen werden.

Gegen den Alkohol.

Der Magistrat in Hildesheim wollte den städtischen Arbeitern während der Arbeitszeit unentgeltlich Kaffee verabreichen und hatte 400 M. für die erste Einrichtung und 1000 M. für Kaffee in den neuen Haushaltungsplan eingestellt. Oberbürgermeister Dr. Strudmann trat lebhaft für die Neuerung ein; die Stadt müsse den Gewerbetreibenden mit gutem Beispiel vorangehen. Das Bürger-Vorsteherkollegium aber verhielt sich ablehnend; ein Redner meinte, was für Fabriken passe, passe noch längst nicht für die städtischen Arbeiter. Es würde jemand angestellt werden müssen, der das Kochen des Kaffees und das Umhertragen besorge, und das komme zu teuer.

Mögen die Arbeiter lieber Schnaps saufen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Südwestafrika.

Berlin, 15. Februar. (W. Z. V.) Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Meier Hans Trakowial, geboren am 24. Mai 1882 zu Krasnojarsk, früher im Feldartillerie-Regiment Nr. 30, ist am 10. Februar im Lazarett Epuliro an Typhus gestorben.

Hamburg, 15. Februar. (W. Z. V.) Auf dem Postdampfer „Eduard Börmann“ erfolgte heute die Einschiffung eines neuen für Deutsch-Südwestafrika bestimmten Truppentransports von 41 Offizieren, 800 Mann und 200 Pferden. Die offizielle Verabschiedung der Truppen durch den Kommandierenden General v. Borl und Polach erfolgte um 4 Uhr nachmittags, die Abfahrt des Dampfers soll um 10 Uhr abends stattfinden.

Bremen, 15. Februar. (W. Z. V.) Der Antrag des Senats betreffend Aufnahme einer 3/4-prozentigen Kasse im Betrage von 30 Millionen Mark wurde in der heutigen Bürgerstimmgebung ohne Debatte genehmigt.

Köln, 15. Februar. Nach einer Meldung hiesiger Blätter aus Düsseldorf wurde in einer heute nachmittag dort abgehaltenen Sitzung das Gasrohr-Subsidat bis auf weiteres unter Aufrechterhaltung der bisherigen Bestimmungen verlängert.

Budapest, 15. Februar. (W. Z. V.) Die früheren Ministerpräsidenten v. Szell und Bellerie sind vom Kaiser Franz Joseph nach Wien berufen worden und werden morgen von ihm in Audienz empfangen werden.

London, 15. Februar. (W. Z. V.) Unterhaus. Das Haus setzte die Adressen fort. Asquith (liberal) bringt ein Amendement zur Adresse ein, welches verlangt, daß die Fiskalfrage ohne Verzug der Entscheidung des Landes unterbreitet werde. Er fragte, ob der Premierminister Balfour im Prinzip mit den Vorschlägen Chamberlains einverstanden sei und verlange, genaueres über die geplante Kolonialkonferenz zu erfahren. Die unerträgliche Verwirrung, (sloß Asquith, welche gegenwärtig herrsche, könne nur durch schleunige direkte Anrufung des Landes aus der Welt geschafft werden. (Beifall bei den Liberalen.) Schanzler August Chamberlain verweist in Erwiderung auf Asquiths Ausführungen auf die früher von der Regierung über die Fiskalfrage abgegebenen Erklärungen. Er betonte die Wichtigkeit einer innigen Verbindung mit den Kolonien. Weder den britischen Vertretern auf der Kolonialkonferenz, noch den Vertretern der Kolonien sollen die Hände gebunden werden. Es sollten auf derselben aber alle Gegenstände von gemeinschaftlichem Interesse in der Absicht erörtert werden, ein Ergebnis zu erzielen, welches das Beste für die künftige Einigung des Reiches verspreche. Der Opposition warf der Redner vor, daß sie nur eine negative Politik habe. Die Adressenliste dürfte sich nicht noch einige Tage hingziehen.

Der belgische Streik.

Leus, 16. Februar. (W. Z. V.) Auf einer Grube in Leusin herrscht eine gewisse Erregung, die Arbeiter weigern sich, Ueberstunden zu machen.

Auf einer gestern abend abgehaltenen Bergarbeiter-Versammlung führte **Erard**, der Generalsekretär des Bergarbeiter-Syndikats des Pas de Calais, aus, die belgischen und deutschen Bergarbeiter verlangten von ihren französischen Kameraden nicht, daß sie in den Ausstand treten sollten, sie wünschten nur, daß die französischen Arbeiter nicht die Hand zu einer Ueberproduktion böten. Die Arbeiter erklärten sich mit diesen Ausführungen einverstanden.

Abgeordnetenhaus.

140. Sitzung vom Mittwoch, den 15. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertische: Frhr. v. Hammerstein. Zunächst wird auf Antrag der Geschäftsordnungs-Kommission beschlossen, die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des Redakteurs Koepke zu Hamburg wegen Verletzung des Abgeordnetenhausgesetzes nicht zu erteilen.

Sodann wird die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern beim Titel „Minister“ fortgesetzt. Abg. Fischbeck (fr. Sp.): Ich lege den Ausführungen des Frhr. v. Jeditz keine besondere Bedeutung bei, sie eignen sich vielleicht für die „Wahlsache“ (den Tag). Herr v. Jeditz hat die Ausführungen zur Einleitung von reaktionären Vorschlägen gemacht. Er beklagt sich darüber, daß die Gesetzgebungsmaschine zu langsam arbeite und unfruchtbar sei, und er verlangt vom Minister die Abänderung des Vereinsgesetzes im Sinne der früheren I. Rede.

Wir haben jetzt den Bergarbeiterstreik gesehen und wir alle wünschen, daß er zu Ende kommt. Wir hören aber von Reichspolen schon die Klage, der preussische Landtag werde nie seine Zustimmung zu einem Gesetze im Interesse der Arbeiter geben. Da wäre es doch falsch, in einem solchen Augenblicke ein reaktionäres Vereinsgesetz zu machen, durch das das Koalitionsrecht der Arbeiter noch mehr beschränkt wird. (Sehr richtig! links.) Die Arbeiter beklagen sich namentlich über die Bestrafung des Streikpostens, und wir sehen, daß diese vielfach auf Grund von Bestimmungen geschieht, von denen man bei ihrer Entstehung nicht angenommen hat, daß sie in dieser Weise angewendet werden könnten. Wir wünschen die reichsgesetzliche Regelung des Vereinsrechts, wodurch die Hölle des preussischen Vereinsrechts beseitigt werden. Wir haben und bemüht, im Bürgerlichen Gesetzbuch den Frauen eine freiere Stellung zu geben, aber im Vereins- und Versammlungsrecht enthält man ihnen noch immer die ihnen zukommende Stellung vor. Mühte doch auf dem Kongress der Gesellschaft für soziale Reformen der Vorsitzende, Frhr. v. Berlepsch, mitteilen, daß die Polizei der Frau Helene Simon verboten habe, ein Referat zu halten; sie dürfe sich nur in dem für Frauen abgegrenzten Raum aufhalten und müsse sich jeder Weisheit- oder Mißfallsäußerung enthalten. Der Abg. Frhr. v. Jeditz wünscht auch eine Reform des Wahlrechts, in dem er die allzu großen Wahlkreise geteilt haben will. Wir wollen das ganze Dreiklassenwahlrecht beseitigen und verlangen das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht. Wir mühten uns aber bei unserem Antrag, den wir zu dem konservativen Antrag auf Änderung des Wahlrechts gestellt haben, auf Forderungen beschränken, von denen wir annehmen, daß auch die Anhänger des Dreiklassenwahlrechts ihnen beistimmen können.

Auch das jegliche Wahlverfahren hat sehr große Mängel. In solchen Bezirken, wo die Sozialdemokratie Aussicht hat, durchzukommen, ist es oft unmöglich, Pollen zu finden, wo die Wahlmänner untergebracht werden können. Bei der letzten Landtagswahl ist es bei der Abgeordnetenwahl weder mir als Wahlkommissar, noch dem Landrat v. Stubenrauch möglich gewesen, der Unruhe zu steuern, die von den sozialdemokratischen Wahlmännern verursacht wurde. Wir mühten uns erst an die sozialdemokratischen Führer wenden, um zu erreichen, daß der Tumult beschränkt wurde. Eine Abhilfe nach dieser Richtung ist dringend notwendig. (Beifall links.)

Abg. Gamp (N.): Ich bin bereit — und meine Fraktion ist damit einverstanden — mit den freisinnigen einen Vergleich abzuschließen: Wir führen das Reichstags-Wahlrecht für das preussische Parlament ein, wenn Sie dies Wahlrecht zuerst für Berlin einführen und nach zehn Probejahren zu behalten wünschen. (Zurufe links.) Herr Brömel sagte, daß Sie für die Städte lämpften. Die großen Städte können ihre Interessen genügend durch die weitverbreitete Presse vertreten; schon darum wollen wir dem platten Lande seine sehr viel nötigere Vertretung nicht verkleinern. — Nun wandte sich Herr Fischbeck gegen meinen Fraktionskollegen Frhr. v. Jeditz, weil er das Koalitions- und Versammlungsrecht beeinträchtigen wollte. Aber vom Koalitionsrecht hat Frhr. v. Jeditz gar nicht gesprochen. Ich bin, nebenbei bemerkt, durchaus für einen wirksamen Schutz der Arbeitswilligen. Graf v. Pofadowitz glaubte freilich nicht an die Verleistungen der Arbeitswilligen. Aber werfen Sie sich nur in die Seele eines Arbeiters, der Frau und Kinder zu Hause hat und gern arbeiten möchte. Empört sich nicht jedes menschliche Gefühl dagegen, daß ein solcher Mann von der Arbeit durch Drohungen und Gewalttaten abgehalten wird, wie das jetzt tausendfach im Ruhrgebiet geschieht ist. (Sehr richtig! rechts.) Was aber nun das Vereinsrecht anlangt, so ist es doch unerträglich, daß unreife Jüngens (Unruhe links), die noch nicht einmal ihre eigenen Angelegenheiten nach dem Gesetz selbst zu besorgen im Stande sind, in die Versammlungen laufen und dort die große Ausbreitung der Streiks verschulden; denn die älteren verheirateten Arbeiter machen ja nur gezwungen mit. Herr Fischbeck schlug weiter eine Verfassungsänderung der Art vor, daß das Parlament sich über die Minister verständige. Wenn Sie etwas haben wollen, so müssen Sie sich auf den parlamentarischen Standpunkt stellen. Aber ich glaube, daß, wenn die Minister heute vom Parlament ernannt würden, sie noch konservativer und zentrumsfreundlicher ausfallen würden. Das wünschen wir allerdings auch, daß die Minister ein festes Programm haben und, wenn die höchste Stelle ihre Ansicht ändert, ihren Platz verlassen. Ich bin nicht mit Herrn Dr. Friedberg überzeugt, daß das Kollegialsystem den Mangel an Initiative in der Regierung vermindere. In Wahrheit hat doch der Premierminister einen überragenden Einfluß. Freilich, augenblicklich herrschen durch die vielen Minister ohne Vorkenntnisse in Preußen sehr unerfreuliche Zustände. Ich fordere den Minister auf, ein wenig von der Zeit, die er am grünen Tisch zubringt, auch dem Automobilmotoren zuzuwenden. Ich würde als Richter einen Automobilmotoren, der in Berlin mit 40—50 Kilometer Geschwindigkeit fährt, mindestens zu zwei Jahren Gefängnis verurteilen. (Große Heiterkeit.)

Minister Frhr. v. Hammerstein: Nach einer mir vorliegenden Statistik verurteilten in Berlin unter 54 tödlichen Unfällen die Kraftfahrzeuge nur 4, unter 487 schweren Verletzungen nur 12, unter 1027 leichten Verletzungen nur 51. Wir werden natürlich bemüht sein, diese Zahl noch weiter herabzubringen. Im allgemeinen glaube ich, daß die Unfälle im Berliner Verkehrsleben zum größten Teil daher kommen, daß der Verkehr mehr reißt als er tut.

Der Vortrager hat wohl nie einer Sitzung des Staatsministeriums beigewohnt. Sonst wüßte er mit welcher Gründlichkeit dort alle allgemeinen Fragen verhandelt und Vorschläge eines Ministers in wesentlichen Punkten abgeändert werden. Wir stehen in unserer Stellung zur Krone auf dem Boden der Verfassung und wünschen allesamt nicht, daß die Krone irgendwie abgeschwächt werde. (Bravo! rechts.)

Abg. Cassel (fr. Sp.): Von den Abg. Gamp und Stroffer haben wir Klagen über Gefahren des Berliner Verkehrs für die Fußgänger gehört. Angriffe gegen die Stadtverwaltung lassen sich aber daraus nicht herleiten, da wir ja in Berlin eine königliche Polizeiverwaltung haben. Wenn der Minister bei dieser Gelegenheit auf die Reingung der Berliner Bevölkerung hingewiesen hat, auf polizeiliche Anordnungen zu achten, so hat er damit wohl die Berliner Bevölkerung nicht richtig charakterisiert, sie zeichnet sich vor allem durch Arbeitsamkeit und Fleiß aus. Wenn die Verkehrs-polizei der Stadt Berlin überwiegen werden würde, so würde diese auch etwas für die Schnelligkeit und Sicherheit des Verkehrs zu leisten imstande sein. Ich erkenne an, daß in den letzten Jahren seitens der Polizeiverwaltung sehr viel nach der Richtung geschieht ist, daß die Schnelligkeit angehalten worden sind, den Verkehr nach Möglichkeit zu dämmen.

Die Unfälle im Berliner Verkehr sind vielfach auf die Nachlässigkeit des Publikums zurückzuführen, namentlich kann man häufig beobachten, wie trotz der Warnungen der Straßenbahn-Schaffner die Fahrgäste während der Fahrt absteigen. Wenn darauf hingewiesen ist, daß der Verkehr auf dem Potsdamer Platz und den anderen Punkten ein sehr lebhafter ist, so möchte ich den Minister bitten, die Pläne, welche die Stadt Berlin in Bezug auf die Anlegung von Untergrundbahnen hat, beim Minister der öffentlichen Arbeiten zu fördern. Wenn wir auf der Linken eine ähnliche Reue gemacht hätten wie der Abg. Frhr. v. Jeditz, so hätte man uns vorgeworfen, wir hätten einen Eingriff in die Rechte der Krone unternommen. (Sehr richtig! links.) Abg. Gamp meinte, Herr v. Jeditz habe der Regierung mit Recht einen Vorwurf gemacht, daß sie noch keine Robelle zum Vereinsrecht eingebracht habe. Ich glaube, daß unser mit so vielen Mängeln behaftetes Vereinsgesetz die richtige Grenze getroffen hat, wenn es für die Teilnahme an Vereinen und Versammlungen das vollendete 17. Lebensjahr festsetzt. (Sehr richtig! links.) Der Abg. Gamp meinte, es müsse eine gewisse Gleichmäßigkeit zwischen der privaten Geschäftsfähigkeit und dem Recht, an Vereinen und Versammlungen teilzunehmen, vorhanden sein, deshalb müßte für dieses Recht das 21. Lebensjahr maßgebend sein. Dann hätte er aber auch die Konsequenz ziehen sollen, eine Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus und zum Reichstag auf das 21. Lebensjahr zu verlangen. (Sehr richtig! links.) Man kann keineswegs wünschen, daß in politischen Versammlungen die Jugend ausschlaggebend sein soll, aber es wäre doch nicht richtig, wenn man die heranwachsende Jugend von allen politischen Versammlungen ausschließen wollte; man muß in ihrem Interesse wünschen, daß sie Gelegenheit hat, an solchen Versammlungen teilzunehmen, und es würde für die Entwicklung unseres Staatswesens wenig erfreulich sein, wenn nur Leute über 21 Jahren an politischen Versammlungen teilnehmen dürften. (Sehr richtig! links.) In den Vereinen und Organisationen sollen die Einzelnen an Disziplin und Ordnung gewöhnt werden, und wenn die jüngeren Elemente von diesen Vereinen und Versammlungen ferngehalten werden, so ist zu befürchten, daß sie in Konventikel gehen, die keine günstige Wirkung auf sie ausüben. (Sehr richtig! links.) Wenn man bedenkt, daß in dem großen Bergarbeiterstreik Leben und Gesundheit nicht gefährdet worden ist, daß keine größeren Exzesse stattgefunden haben, dann muß man doch anerkennen, daß das ein Verdienst der Organisationen der Arbeiter ist. (Lebhafte Zustimmung links.) Hätte man die jüngeren Elemente aus den Organisationen ausgeschlossen, so wäre ein Einschreiten der Behörden gegen Exzesse sicherlich in erheblichem Grade notwendig geworden. Wir müssen uns also unter allen Umständen gegen eine Verschlechterung der Vereinsgesetze, wie es Frhr. v. Jeditz plant, erklären. (Sehr richtig! links.) Der Abg. Gamp meinte, wenn wir für den Landtag das allgemeine gleiche Wahlrecht verlangen, so sollten wir es erst in der Berliner Stadtgemeinde einführen. Unser Programm verlangt für die Gemeindebewohner nur die Beseitigung der Klassenwahl und der öffentlichen Abstammung. Ich mache aber kein Hehl daraus, daß wir in Berlin für ein gleiches, allgemeines, an eine Steuerleistung und einen gewissen Aufenthalt in der Gemeinde gebundenes Wahlrecht uns erklärt haben. Im übrigen sind wir, wie Herr Gamp weiß, nicht in der Lage, ein anderes Wahlsystem einzuführen. Er möge seinen Appell an den Minister und den Landtag richten. Wir würden uns sicherlich einer Abänderung im Sinne der Annäherung an das gleiche und allgemeine Wahlrecht nicht widersetzen. (Sehr richtig! links.) Herr Gamp hat kein Recht, aus unserer Haltung zu schließen, daß wir unsere Grundzüge verleugern werden, weil wir vielleicht durch gesetzgeberische Maßnahmen Wahlsitze verlieren. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir würden auch das allgemeine, gleiche Wahlrecht für die Landtagswahlen mit Freuden begrüßen, auch wenn wir Wahlsitze verlieren. Bei einer gerechten Verteilung der Wahlsitze würde dies aber nicht der Fall sein, denn bei dieser müßte Berlin 80 Abgeordnete hier haben, wenn man die Steuerleistung Berlins in Betracht zieht. Der Minister hat dann gemeint, Berlin habe den Zeitpunkt zur Eingemeindung von Vororten verpaßt. Das tritt nicht zu. Allerdings hat die Stadt nicht gleich zugegriffen, als Minister Herrfurth einen Eingemeindungsplan vorlegte. Sie hat aber 1895 selbst ein Projekt aufgestellt. Seit dem Jahre 1895 hat aber die königliche Staatsregierung der Gemeinde Berlin auf Eingaben nach dieser Richtung hin nicht geantwortet, aus dem einfachen Grunde, weil nach dem Wechsel des Ministeriums Herrfurth die nachfolgenden Minister der Frage der Eingemeindung nicht mit gleicher Sympathie gegenüberstanden. Aus der Eingemeindung ist also nichts geworden, weil die Staatsregierung die von ihr ergriffene Initiative nicht weiter verfolgt hat. Die Vororte um Berlin haben sämtlich Sait und Kraft nicht erlangt durch die Verbindung mit den Landgemeinden, sondern eben aus dem Umfande, daß sie Vororte Berlins waren. (Sehr richtig! links.) Da diese Gemeinden in ihrer Entwicklung von der Blüte Berlins abhängen, ist es ungerechtfertigt, sie immer bei den Kreisverbänden festzuhalten. Wenn der Minister mit Vertretern der verschiedenen Vorortsgemeinden konferiert, darf er nicht unterlassen, Vertreter unserer Stadt heranzuziehen. Eine solche Kommission wird über die beste Regelung dieser Verhältnisse beraten. Wenn die Zeitungsberichte zutreffen, so hat der Minister in der Kommission gesagt: Im Gegensatz zu London geht man bei der Stadtverwaltung von Berlin hauptsächlich von parteipolitischen Voraussetzungen aus. Ich kann dem Minister versichern, daß er im Irrtum ist. (Sehr wahr! links.) Wir machen gar kein Hehl daraus, daß wir uns in den Fragen, wo der Verschiedenheit der politischen Grundanschauung gemäß in der Verwaltung ein verschiedener Standpunkt zu den einzelnen Fragen eingenommen werden muß, wir uns von der politischen Grundanschauung leiten lassen. Dagegen haben wir niemals in der Verwaltung selbst das getrieben, was man Parteipolitik nennt. (Sehr wahr! links.)

Abg. Frisch (nat.) will die Verkehrsverhältnisse Berlins erörtern, insbesondere die Notwendigkeit nachweisen, bei Neubauten am Potsdamerplatz die Flusslinien weit zurückzurücken, wird aber vom Präsidenten v. A. v. S. wiederholt zur Sache gemahnt. Abg. Brömel (fr. Sp.): Der Minister hat meine Ausführungen als „unter der Kritik stehend“ bezeichnet. Damit hat er den Boden sachlicher Verhandlung verlassen und sich auf das persönliche Gebiet begeben. Daß nicht auf diese Weise die sachliche Verhandlung unmöglich gemacht wird, liegt im Interesse des ganzen Hauses. (Sehr richtig! links.) Als Mitglied des Hauses und auf Grund der Verfassung gewählter Vertreter des preussischen Volkes lege ich gegen diese Art der Polemik Verwahrung ein. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Ballast (L.) weist auf die schweren Gesellschaftsschäden hin, die der Nordprozeß Berger aufgedeckt hat. Es mühe nicht, nur über die Mittel zu flagen, man müsse auch für Abhilfe sorgen. Ein Mittel sei die Kasernierung der Unzucht. Dagegen mache sich allerdings ein starker Widerstand geltend, weil in der Kasernierung eine halb staatliche Anstaltung der Unzucht liege. Ein radikales Mittel würde es sein, wenn man die Frauen, die sich der gewerblichen Unzucht schuldig machen, ins Arbeitshaus schickte. Das seye allerdings eine Aenderung der Gesetzgebung voraus. Sehr beklagenswert sei die Zunahme des männlichen Dimentums. Bekämpft müsse werden die fortwährende Kupreißung Schamloser Bücher. (Beifall rechts.)

Minister Frhr. v. Hammerstein: Ich habe mich vorgestern gegen die persönlichen Angriffe des Abg. Brömel gewendet, und ich lasse es dahingestellt, wie weit seine heutigen Ausführungen sachlich waren. Schließlich mich mit den Herren Abgeordneten zu unterhalten, bin ich sehr gern bereit. Der Abg. Ballast hat auf eine Wunde an unserem Volkstörper hingewiesen, die zu solchen bisher nicht ge-

lungen ist, und auch und wird dies mizhlingen. Wir müssen aber mit Eifer daran arbeiten, die Unzucht einzuschränken, und wir können ihr entgegenwirken durch Religion, Erziehung und Maßnahmen der Polizei. Die Unzucht ist nur unter Strafe gestellt, so weit sie gegen das Gesetz verstößt, und es wird nötig sein, sie in größerem Umfang zu kasernieren. Es ist für anständige Damen in Berlin umstands nicht möglich, gewisse Straßen allein zu betreten; das ist ein Zustand, dem die Polizei ein Ende machen muß. Vor allem muß dem äußeren Abschau der Unzucht, dem Inhälerium, entgegen-gewirkt werden. Gegen die Wirkfamkeit des männlichen Dimentums haben wir kein Mittel, die Mittel der Staatsregierung versagen. Ich kann nur wünschen, daß dagegen ein Mittel gefunden werde, damit wir der Ausbreitung auf diesem Gebiete gründlich Herr werden. (Beifall.)

Abg. Dr. Wigerst (Pole) befaßt sich über Zurückführung der Polen durch die Anstaltungs-Kommission und über die Rückwärts-lofigkeit, die bei der Ueberweisung polnischer Kinder an die Fürsorge- Erziehung geübt werde. Jetzt ländige man ein neues Vereinsgesetz an, nach dem der Gebrauch einer anderen als der deutschen Sprache in Versammlungen verboten werden solle. Wie könne man eine solche Maßregel noch als eine gerechte bezeichnen? Sie würde un-gerecht, unpraktisch und unburchführbar sein. Minister Frhr. v. Hammerstein: In einem Falle der Fürsorge-Erziehung hat der Anstaltsvorsteher einem Lehrling geschrieben, er solle die Lehre bei seinem Meister verlassen und zu einem anderen gehen, weil sein Meister agitatorisch tätig war. Der Brief ist nicht in die Hände des Lehrlings gelangt, aber der Vortrager kennt ihn. Die Angelegenheit ist Gegenstand der gerichtlichen Untersuchung. Wir wollen, daß die Ostmarken deutsch bleiben. (Beifall rechts.)

Abg. Münsterberg (fr. Sp.) führt aus, daß man mit der Kasernierung und mit Polizeimaßregeln die Prostitution nicht wirksam bekämpfen könne. Vor allem müsse man befechtigt sein, das jegliche Wohnungsbauwesen zu befestigen. Wenn in zahlreichen Familien die Menschen eng zusammengedrängt lebten, so könne man sich nicht wundern, wenn das Gefühl für Sittlichkeit und Anstand verloren gehe. (Sehr richtig! links.) Dann sei es notwendig, auf die Schaffung neuer Verufe für Mädchen bedacht zu sein, damit die un- verheirateten Frauen mehr als bisher vor der Gefahr bewahrt bleiben, sich der Prostitution zu ergeben. Die Behandlung der Prostituierten durch die Polizei sei eine völlig verkehrte. Wenn jetzt ein solches Mädchen zu einem rechtschaffenen Verufe übergehen wolle und den Ort verlasse, so teile die Polizei sofort nach dem neuen Wohnort mit, daß das Mädchen unter Kontrolle gestanden habe. In dieser Beziehung müsse entschieden eine Aenderung ein-treten. (Beifall links.)

Abg. Herold (Z.) wendet sich gegen den Bureaokratismus in der Verwaltung und gegen die Eingriffe in die Selbstverwaltung. Wenn der Wunsch des Abgeordneten Frhr. v. Jeditz, daß die Minderjährigen vom Vereinsleben ausgeschlossen werden sollen, der Vorkläufer einer gesetzlichen Bestimmung sein sollte, so würde seine Partei dafür nicht zu haben sein. (Beifall im Zentrum.) Ebenso werde sie dem Verbot des Gebrauches einer fremden Sprache in Versammlungen entgegengetreten. Für eine Wahlkreis-Einteilung kann nicht die Bevölkerungszahl allein maßgebend sein; Berlin könne zum Beispiel niemals ein solches Gewicht aus-üben, wie eine Provinz. Nebher fährt dann fort: Wir stehen auf dem Standpunkt, daß das Dreiklassen-Wahlstystem verteidigt ist. Wenn aber jetzt von der Linken die Ersetzung der Drittelung der Steuersummen in den Urwahlbezirken durch die Zwölftelung erstrebt wird, so würde dadurch der plutokratische Charakter nur noch ver-schärft werden. Es wäre eine Statistik erwünscht, wieviele von den höheren Beamten Korpsstudenten sind. Wenn das Duell bei dem Korps als gutes Erziehungsmittel bezeichnet wird, so wird eine Geistesverleugung als gutes Erziehungsmittel bezeichnet. (Beifall im Zentrum.)

Minister Frhr. v. Hammerstein erwidert, daß er keinen Beamten frage, ob er Korpsstudent gewesen sei oder nicht, es entscheide ledig-lich die Leistungsfähigkeit des Beamten. Ein Schlußantrag wird angenommen. Rummehr verlegt das Haus die Weiterberatung auf Donners- tag 11 Uhr. Schluß 5 Uhr.

Herrenhaus.

30. Sitzung vom 15. Februar, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Hibernia-Vorlage. Die Kommission beantragt unveränderte Annahme der Vorlage und schlägt eine Resolution vor, in welcher die Staatsregierung er-sucht wird, das Mehrerträgnis aus den Dividenden der vom Staat erworbenen Aktien der „Hibernia“ zur verstärkten Schuldentilgung zu verwenden.

In der Generaldiskussion nimmt das Wort Professor Schmolzer: Wenn so große Kapitalmächte sich bilden, wie es gegenwärtig im Kohlenbergbau der Fall ist, da ist es wünschens-wert, daß in den Händen der Regierung ein erheblicher Kohlenbesitz sei, damit sie einen erheblichen Einfluß auf Produktion und Preise ausüben kann. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenjndikat hat in den Jahren von 1895 bis 1900 richtig operiert. Es ist nicht nur auf eine Steigerung der Gewinne bedacht gewesen, sondern hat auch Rücksicht auf das allgemeine Wohl genommen. Aus der Kartell-enquete, die ich mitgemacht habe, hat sich ergeben, daß Herr Ribbrock-Gelsenkirchens nicht nur ein Geschäftsmann von großem kauf-männischen Genie ist, sondern sich auch von großen politischen und staatsmännischen Gesichtspunkten hat leiten lassen. Aber es zeigt sich, daß derartige Persönlichkeiten sehr leicht überstimmt werden von der Majorität der gewöhnlichen Geschäfts-leute. Der gewöhnliche Geschäftsmann sagt: Geschäft ist Geschäft. Der Trosttrakt wollte die Erwerbung durch den Staat verhindern. Die ganze Aktion gegen die Verstaatlichung war etwas kurzichtig. Wegen die Uebermacht des Syndikats würde z. B. ein Syndikats- und Trustgesetz wirksam sein. Aber es ist sehr schwer, ein solches zu schaffen. Deswegen halten wir den in der Vorlage eingeschlagenen Weg für richtig. Wir bitten nur den Minister, auch hier nochmals auszusprechen, daß die Staatsregierung an eine allgemeine Ver- staatlichung des Kohlenbergbaues nicht denkt. (Beifall.)

Handelsminister Müller: Der Vortrager hat mich provoziert, eine Erklärung abzugeben, daß ich eine allgemeine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues nicht in die Wege leiten wolle. Wir sind voll-ständig überzeugt, daß es im höchsten Grade fehlerhaft sein würde, wenn wir daran denken wollten, den gesamten Kohlenbergbau zu verstaatlichen. Die Privatinitiative hat auf diesem Gebiet unendlich Großes für unser Vaterland geschaffen, und es würde falsch sein, wenn wir diese Privatinitiative ausschalten würden. Wir können nicht die Verantwortung für die Preisbildung der Kohle, des Brotes der Industrie, übernehmen. Darüber muß man sich klar sein: Die Preisbildung der Kohle in Rheinland-Westfalen ist nicht nur be-stimmend für unser Vaterland, sondern auch für den gesamten europäischen Kontinent. Eine solche Verantwortung würde die Re-gierung nicht tragen können. Wir wünschen, daß die Weiterentwicklung der Industrie durch private Tätigkeit erfolge. Ein dritter Grund für uns ist der, daß wir dadurch, daß wir den gesamten Steinlohlenbergbau verstaatlichen würden, der Arbeiterschaft gegenüber in eine Situation kommen würden, die im höchsten Grade verantwortungsvoll für uns wäre. Das gesamte Staatsministerium ist einstimmig der Meinung ge-wesen, daß es sich bei der Verstaatlichung der „Hibernia“ lediglich darum handelt, um denjenigen Einfluß zu gewinnen, den Herr Schmolzer gekennzeichnet hat.

Dr. v. Schorlemer: Durch die Vorlage soll der Regierung die Möglichkeit gewährt werden, einen schwachen Anfang mit dem Versuch zu machen, auf die Kohlenförderung und die Kohlenpreisbildung maßgebenden Einfluss zu gewinnen. Ein derartiger Einfluss des Staates kann nicht mehr erbeten werden. Nach dem Ergebnis der Untersuchungen über den Streik kann man nicht sagen, daß Missstände vorgelegen haben, die einen allgemeinen Ausstand gerechtfertigt hätten. (Sehr richtig!) Bei diesem Ausstande sind die gewerblichen Gewerkschaften in Arm mit den Sozialdemokraten gegangen. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer können zu diesem Hause das volle Vertrauen haben, daß wir die Bestrebungen der Staatsregierung zur Besserung der Lage der Vergewerkschaften unterstützen werden. Auf der anderen Seite werden wir aber ungerechtfertigten Ansprüchen entgegenzutreten. Ich möchte mit aller Entschiedenheit mich gegen eine Verstaatlichung des Bergbaues aussprechen, namentlich deshalb, weil ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch das Kohlen Syndikat sich mehr wie bisher dessen bewußt sein wird, daß die Privat- und Sonderinteressen denen der Allgemeinheit sich unterzuordnen haben. Deshalb wünsche ich, daß der Staat einen solchen Anteil an dem Betriebe hat, daß er einigermaßen bestimmend auch bei der Preisfestsetzung mitwirken kann.

Graf von Mirbach: Eine glückliche Hand hat über der Erwerbung der Hibernia nicht geschwebt. Bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses sowohl als des Herrenhauses war die Gefahr der Ablehnung von vornherein gleich Null. Wir stehen einer bedeutenden finanziellen Gefahr gegenüber, die geradezu zu einer privaten Diktatur zu führen geeignet ist. Bei der gegenwärtigen Situation ist es unbedingt notwendig, daß der Staat in der Lage ist, für den Betrieb seiner eigenen Bahnen die Kohlen selbst zu beschaffen. Die Vorgänge der letzten Zeit im Ruhrgebiet lehren in ernster Weise, daß die Aufsichtsbüros rechtzeitig einschreiten müssen, ja, ich muß sagen, sie haben ihre Pflicht verletzt, wenn die Angaben der Vergleute zutreffen. Nach meiner Überzeugung liegt die Sache aber so, daß der Kontraktbruch von Hunderttausenden nur durch die Agitation der Sozialdemokratie zustande gekommen ist. Wenn die königliche Staatsregierung nun mit dem Vergesse Remedur schaffen will, so liegt darin die Gefahr, daß dadurch die Agitation der Sozialdemokratie gefördert wird. Damit ist die Generaldebatte beendet.

In der Einzelberatung wird das Gesetz debattiert mit der Resolution angenommen.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Petitionskommission über die Petition von H. Cramer zu Steele um staatlichen Ankauf und Betrieb kleinerer Zechen im Ruhrkohlengebiet.

Die Regierung hat in der Kommission erklärt, daß eine Novelle zum Vergesse vorbereitet werde, die auch eine Abänderung des § 65 des Vergesetzes bringen werde, um gegen das Stilllegen von Zechen Vorkehrung zu treffen. Die Kommission schlägt mit Rücksicht darauf vor, die Petition der Regierung als Material zu überweisen. Das Haus beschließt so.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr: Wasserwirtschaftliche Vorlagen.

Der Präsident teilt mit, daß das Herrenhaus voraussichtlich morgen wieder in die Ferien gehen und vor Mitte März nicht wieder zusammenzutreten werde, auch wenn, wie er höre, „einige Vergesetze noch kommen sollten“. Von Mitte März ab werde das Herrenhaus dann aber längere Zeit zusammenbleiben.

Schluß 3¹/₂ Uhr.

Parlamentarisches.

Handelsvertrags-Kommission.

Dienstag abend sofort nach Schluß der Plenar-Sitzung konstituierte sich die Handelsvertrags-Kommission. Spahn (Z.) und Kettich (L.) sind die Vorsitzenden. Abg. Spahn legte dann einen Verhandlungsplan vor, nach dem täglich von 10 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags beraten werden soll. Die Durchberatung der Verträge soll beginnen mit dem Vertrage von Oesterreich-Ungarn nebst dem mit diesem Reiche abgeschlossenen Viehseuchen-Übereinkommen, woran sich alsdann die Beratung der Verträge mit Rußland, Belgien, Italien, der Schweiz, Rumänien und Serbien in der angegebenen Reihenfolge anschließt; das Protokoll hat nur Anträge für Resolutionen und Abstimmungen wiederzugeben; es findet nur eine einmalige Lesung ohne Generaldebatte statt.

Die Berichterstattung an den Reichstag erfolgt mündlich durch verschiedene Berichterstatter.

1. Sitzung. Mittwoch, den 15. Februar, vormittags 10 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wünscht Abg. Sped (Z.), daß in das Protokoll über die Sitzungen der Kommission, neben den Anträgen und Resolutionen, auch Wünsche der Abgeordneten aufgenommen werden. Der Vorsitzende Spahn sagt das zu, vorausgesetzt, daß die Erklärungen schriftlich eingeht.

Es wird in die Tagesordnung eingetretet.

Die Beratung beginnt mit dem Zusatzvertrag zu dem Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn.

Abg. Sped erbittet sich zunächst von der Regierung Auskunft darüber, ob überhaupt die Sicherheit besteht, daß Oesterreich-Ungarn den Vertrag annehmen werde. Der Vertrag sei aus Grund des österreichischen Zolltarif-Entwurfs geschlossen, es sei also erst dieser Entwurf noch zu genehmigen und dann der Handelsvertrag, ob das aber gelinge, sei bei der politischen Situation in Oesterreich-Ungarn sehr unsicher. Staatssekretär v. Nischkoffen kann auch nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß es gelingen möge, im übrigen sei Oesterreich an die jetzigen Abmachungen gebunden.

Abg. Gothein hält die politischen Verhältnisse in Oesterreich für so verfahren, daß er den Optimismus des Staatssekretärs nicht teilen kann.

Abg. Singer: Ich habe geglaubt, die Verhandlungen würden eingeleitet durch Mitteilungen, die im Plenum nicht gut gemacht werden können. Was die angeregte Frage anlangt, so haben wir gewiß ein lebhaftes Interesse daran, genau zu erfahren, wie die Sachlage Oesterreich gegenüber jetzt ist. Man hätte erwarten sollen, daß nach den veränderten Verhältnissen in Oesterreich die Regierung dort angefragt hätte, welche Sicherheit gegeben sei, daß sich Oesterreich-Ungarn an die Abmachungen gebunden halte.

Die Diskussion über diese Frage wird zwischen den Abgeordneten Sped und Gothein einerseits und dem Staatssekretär v. Nischkoffen andererseits noch weiter geführt ohne daß mehr herauskommt, als die „Hoffnung“ des Regierungsvertreters, es möge alles gut gehen.

Der Vorsitzende Dr. Spahn, der sichtlich das Bestreben hat, die Verträge im schnellsten Tempo durchzuweisen, bittet, dieser Frage nicht soviel Wert beizulegen und die Kommission geht dann auch ohne weitere Auskunft erhalten zu haben darüber hinweg.

Abg. Gothein fragt an, was werden soll, wenn der Reichstag die Handelsverträge ablehnt, ob dann die alten Verträge fortbestehen bleiben oder ob etwa der autonome Zolltarif in Kraft gesetzt werden soll.

Staatssekretär v. Nischkoffen: Sollte ein Vertrag die Genehmigung des Reichstags nicht erhalten, müßte sich die Regierung dann alle weiteren Schritte vorbehalten.

Die Vorbemerkungen sind hiermit erledigt.

Artikel 1 des Zusatzvertrages sieht eine andere Fassung des Artikel 3 des alten Handelsvertrages vor; es ist in der neuen Fassung von Boden- und Gewerbeserzeugnissen die Rede, während in der alten ausschließlich von Waren gesprochen wurde.

Abg. Sped sieht in der neuen Fassung eine große Gefahr für die deutschen Agrarier; Staaten, die mit uns nicht im Handelsvertrags- oder Meißbegünstigungsverhältnis ständen, könnten ihr Getreide nach Oesterreich einführen, dort würde es gemahlen und ginge um als Gewerbeserzeugnis zu dem Vertragszolltarif über die deutsche Grenze. Abg. Hehl zu Herrnsheim schlägt diesen Vedenen an und verweist auf das Quebrachholz, von dem man nun den Extrakt aus Oesterreich oder Italien bezieht

und so den Zollschutz umgeht. Ministerialdirektor v. Körner meint, die Aenderung sei notwendig gewesen. Die Abgeordneten Gothein und Raempff verteidigen die neue Fassung, während Sped und Hehl ihren Standpunkt lebhaft vertreten. Abg. Singer: Es wäre besser gewesen, das Prinzip der Meißbegünstigung erst zu diskutieren; bevor man diese Frage nicht erledigt hat, ist auf solche Einzelheiten schwer einzugehen. Ich möchte hier die Erklärung abgeben, daß wir, unbeschadet unserer ablehnenden Haltung gegen diese Handelsverträge, bemüht sein werden, Verschlechterungen fernzuhalten. Und von diesem Gesichtspunkte aus erklären wir uns für die neue Fassung. Die Bemerkung eines Regierungsvertreters hat mich allerdings bedenklich gemacht; der Ministerialdirektor Vermuth hat dem Begriffe Gewerbeserzeugnis, der im Schlußprotokoll definiert ist, eine Deutung gegeben, die darauf schließen läßt, daß man in der Regierung geneigt ist, den Agrariern nachzugeben. Das ist für die Handhabung der Verträge von großer Bedeutung. Wir müssen wünschen, daß man nicht anders verfährt, als es die Absicht der Verträge zuläßt.

Vorsitzender Spahn erklärt sich gegen eine Diskussion der Meißbegünstigung im gegenwärtigen Augenblick und Sped schließt sich ihm an.

Die Diskussion über den Veredelungsverkehr und seine von dem agrarischen Flügel versuchte Beschränkung geht nun in großer Breite weiter; es beteiligen sich daran die Abgg. Gothein, Heim, Sped, Hehl zu Herrnsheim und eine Reihe Regierungsvertreter. Ohne Beschlußfassung geht die Kommission über die Sache weg.

Zu Artikel 2 des Zusatzvertrages, der von der Einrichtung eines Zollschiedsgerichts handelt, fragt Abg. Sped an, ob dieses Schiedsgericht auch in Angelegenheiten der Viehseuchen-Konvention zu entscheiden habe. Abg. 3 lasse eine solche Vermutung zu. Staatssekretär Posadowsky erklärt es für völlig ausgeschlossen, daß Fragen der Viehseuchen-Konvention durch dieses Schiedsgericht zur Entscheidung kommen.

Zu Artikel 3 fragt Sped an, ob unter den zollfrei eingehenden Freizeitbeeren nur Beeren im Naturzustand zu gelten haben oder auch solche im eingedickten Zustand. Diese Zollnerfrage wird beiseite gelassen, daß nur rohe Beeren zollfrei sind.

Eine sehr umfangreiche und lebhaft entwickelte Debatte entwickelt sich bei Artikel 5, Nr. IV, Ziffer 1; dieselbe hat folgenden Wortlaut: „Bei der Ausfuhr von Gerste oder von Gerstenmalz aus dem freien Verkehr des deutschen Zollgebietes werden Einfuhrschätze nur mit der Maßgabe erlitten werden, daß der Festsetzung ihres Zollwertes der niedrigste derjenigen Zollsätze zugrunde gelegt wird, welche jeweils für einzelne Arten der Verwendungszwecke von Gerste bestehen.“

Abg. Sped sieht darin eine große Benachteiligung der deutschen Gerstenbauern, es fehle die Gegenseitigkeit Oesterreichs. Ministerialdirektor v. Körner meint, die Besorgnis sei unbegründet, daß von Oesterreich Gefahren drohen, man müsse der Loyalität Oesterreichs vertrauen. Die Abgeordneten Heim, Sieg, Gothein, Hehl zu Herrnsheim, Fuhnel u. a. treten Sped bei und verweisen darauf, daß die deutsche Gerstenausfuhr (die nur 5 Proz. der Einfuhr beträgt!) unterbunden werden könne, wodurch diese Ausfuhrgerichte dann auch den einheimischen Gerstenpreis drücke. Abg. Singer: Ich habe die Empfindung, als sollten die Einfuhrschätze verächtliche Gegenstände sein. Ich kann mir ja nicht vorstellen, daß die Kollegen von Süddeutschland recht haben. Aber das beweist nur, daß es ein Blinder war, als man die Differenzierung zwischen Futter- und Malzgerste traf. Wir haben das bei der Beratung des Zolltarifs nachdrücklich betont, aber ohne Gehör zu finden. Mit der angegriffenen Bestimmung sind wir sehr zufrieden, denn die Herabsetzung des gesamten Gerstenzolles auf 1,30 M. — den nach dem russischen Handelsvertrag geltenden Satz — ist für die Brauindustrie zweifellos von Vorteil und kommt damit auch dem Bier, einem Genußmittel des Volkes zu gute. Jedenfalls beweist der Vorgang, daß die Regierung einmal früher aufgefunden ist, als die Agrarier. Staatssekretär v. Posadowsky erklärt, daß wenn Oesterreich gegen die deutsche Gerstenzufuhr vorgehen sollte, man dann mit Repressalien vorgehen würde. Es sprachen noch Heim, der sich nicht auf die Loyalität von Regierungen verlassen will, und eine Anzahl Regierungsvertreter. Abg. Sped verweist sich dem Abg. Singer gegenüber dagegen, daß sie die blamierten Europäer seien.

Abg. Wollensbührer wundert sich, wie Staatssekretär v. Posadowsky dazu kommt mit Repressalien zu drohen, andere Staaten haben ja auch keine Repressalien ergriffen, als in Deutschland der Identitätsnachweis aufgehoben wurde. Die Debatte ist infolgedessen sehr interessant, als heute von den Agrariern und der Regierung Argumente geltend gemacht werden, die wir hier vor zwei Jahren bei Beratung des Zolltarifs ins Feld führten. Die Debatte zeigt, daß wir damals recht hatten und daß die Regierung unseren Einwänden Rechnung tragen mußten.

Nach einer weiteren unerheblichen Debatte geht man ohne Beschlußfassung zum nächsten Punkt über. Der Vorsitzende Spahn mahnt wieder eindringlich zur Kürze.

Abg. Sped wünscht eine Einschränkung der Erleichterungen, welche durch den zollfreien Grenzverkehr von kleinen Quantitäten von Fleisch und Brot zc. gewährt sind. Die Regierungsvertreter geben folgende Antwort.

Zu Artikel 6, welcher die vertraglich bestehenden Staaten verpflichtet, in freundschaftlichem Einvernehmen dafür zu sorgen, daß die Arbeiter beider Staaten hinsichtlich des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung gleich behandelt werden, möchte Abg. Sped gewisse Minimalsätze in den Arbeitsbedingungen festsetzen wissen. Staatssekretär v. Posadowsky erklärt, daß die Bestimmung von dem Gesichtspunkte ausgehe, daß die autonome Gesetzgebung in Punkt 6 Arbeiterchutz möglichst auf eine gleiche Stellung der Arbeiter hinzuwirken habe.

Abg. Gothein hat nicht viel Vertrauen zu dieser Zusage. Man soll die Lebenslage der Arbeiter nicht herabdrücken, dann werden sich die Arbeiter schon selbst helfen.

Abg. Wollensbührer: Die Bestimmung hat ja gewiß ein arbeiterschützendes Gesicht, aber es wäre wertvoller gewesen zu erfahren, wie weit solche Vereinbarungen schon gediehen sind. Wenn man nur von solchen Vereinbarungen Gebrauch machen wollte, Gelegenheit ist schon lange dazu; wir haben im Invaliden- und Unfallversicherungs-Gesetz Bestimmungen die Handhaben bieten. Speds Ausführungen liegen ja ein schöner Gedanke zugrunde, aber was ist denn bisher geschehen? Ist nicht die Arbeiterschutz-Konferenz von 1898 resultatlos verlaufen? Ein solcher Schatz vor Frauen- und Kinderarbeit ist sehr notwendig, man soll aber dabei sich die vorgeschrittenen Staaten, wie z. B. England, zum Muster nehmen. Ein Beschluß wird nicht gefaßt.

Es tritt nunmehr die Mittagspause ein.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit der „Durchberatung“ des deutschen und des österreichischen Vertragszolls. Aber es war keine Durchberatung, sondern eine Durcheinanderung, die, wenn es möglich wäre, die Komödie der Zolltarifberatung noch in Schatten stellen könnte. Der Vorsitzende Dr. Spahn erwies sich der Herren Kettich und Kardorff aus der Zolltarifkommission ebenbürtig. Das ist keine Beratung, das ist eine Farce, die da aufgeführt wurde. Es wurde keine Nummer aufgerufen und wenn ein Interessent gerade zu einer Position sich meldete, erhielt er das Wort und kaum konnte der Vorsitzende erwarten bis der Redner ausgesprochen, da ging es schon weiter über Hunderte von wichtigen Positionen weg — nur fertig werden, der Regierung die Verträge fertig präsentieren; wie das Volk dabei fährt, davon will man nichts hören. Ueber 1000 Positionen waren auf diese Weise im Fluge erledigt. Daß die Kommissionsmitglieder schon physisch außer Stande gewesen sind, in einer Nacht das ganze riesige Tarifwerk zu bearbeiten und, wie es nötig ist, auch noch anderes statistisches Material zu Rate zu ziehen, ja, daß bis zu Beginn überhaupt niemand im Besitze der autonomen Tarife der Vertragsländer war, daß selbst jetzt noch vollendeter „Veratung“ des Vertrages mit Oesterreich-Ungarn fünf Sechstel der Kommissionsmitglieder noch nicht im Besitze des österreichischen autonomen Tarifes sind, das kümmerte den Vorsitzenden nicht — um so schneller ließ sich fertig werden!

Die Debatte über den Tarif setzt wieder bei der Gerste an. Es war der alte Streit, der schon vormittags tobte: die Differenzierung zwischen Futter- und Malzgerste, die von den Agrariern gemißtät wurde und vor der ihnen nun selbst bangt. Staatssekretär Posadowsky sprach wiederholt und gab auch eine vertrauliche Erklärung ab, ohne viel damit auszurichten. Das Meer der Mäie — zirla 30 waren anwesend — machte erst recht keinen Eindruck auf die geärgerten Agrarier. Die agrarische Debatte schloß ab mit der Einbringung der folgenden Zentrums-Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß mit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge in den Prädiktarien der deutschen Eisenbahnen Malz und Mehl höher tarifiert werden als das Getreide.

Die Diskussion und Beschlußfassung hierüber findet zum Schlusse der Beratung statt. Vom deutschen Tarif wurden noch, meist vom Abg. Gothein, angegriffen die Zölle auf Holz, Obst, Wappen und Holzstoff zc. zc. Zu Beginn der Behandlung des österreichischen Vertragszolls verlangte Abg. Gothein eine Nachweisung darüber, in welchem Maße sich unsere Abfahrverhältnisse gegenüber Oesterreich durch die Vertragsätze verschlechtern oder verbessern. Ministerialdirektor v. Körner erklärte es für unmöglich, eine solche Nachweisung zu geben. Man möge nur den autonomen Zolltarif Oesterreichs zur Hand nehmen. Abg. Singer konstatierte, daß dieser Tarif niemand zugänglich sei, es müsse verlangt werden, daß den Abgeordneten das Material übergeben werde und Abg. Gothein trat dem bei. Vors. Spahn mußte zugeben, daß vom dem österreichischen Tarif nur 5 Exemplare vorhanden seien; wer sie hat, weiß er auch nicht.

Ueber die Schädigung der Gärtnerei durch den österreichischen Vertragszoll sprachen dann die Abgg. Singer und Gothein. Ein Regierungsvertreter suchte das zu bestritten, wurde aber vom Abg. Bernstein darauf hingewiesen, daß man mit seiner Methode nichts beweist.

Ueber den Hopfenzoll sprachen die Abgg. Gothein und Sped, über Mineralwässer Schüller, über den Fischzoll Gothein und Wollensbührer, über Zoll auf Quebrachholz-Extrakt und Baumwollenzölle, Webwaren, Spitzen zc. auch Gothein. Die Regierungsvertreter waren immer mit der Handelsstatistik bei der Hand, um zu beweisen, daß die Klagen ungerechtfertigt seien, oder sie versicherten, daß sie wie die Löwen gelämpft hätten, um mehr zu erreichen, aber das Erreichte sei das äußerste gewesen, was zu holen war.

Die zweite Hälfte des österreichischen Tarifes wurde überschlagen, da augenblicklich kein Redner vorgemeldet war.

Um 5 Uhr begann der agrarische Tanz um die Viehseuchen-Konvention mit Oesterreich.

Abg. Gamp eröffnete den Reigen mit den Klagen, die er schon im Plenum vorgebracht; ihm schloßten die Abgg. Graf Reventlow und Heim. In wiederholten Reden schilderten Regierungsrat Kautz und Graf Posadowsky nun die Viehseuchen-Konvention und ihre Bedeutung und in der beabsichtigten Handhabung so, daß diese Schilderungen dem

Abg. Singer den sehr berechtigten Anlaß zu folgenden Ausführungen gaben: Es sei erklärlich, daß die Agrarier der Viehseuchen-Konvention unfreundlich gegenüberstehen, denn in der Viehseuche hätten sie ein Äquivalent für die Herabsetzung der Viehzölle im Vertragszolltarif erblickt. Aber ihre pessimistische Stimmung werde sich nach den Erklärungen der Regierungsvertreter in eine optimistische umwandeln, denn die Darlegungen über die Bedeutung der Konvention und die Absichten, die man von dort gehört habe, bedeuten die Viehseuche in Permanenz. Uns, die wir schon den berechtigten Verdacht hegten, daß die Viehseuchen-Konvention bestimmt sei, den Agrariern zu helfen, ist durch die Regierungserklärungen der Verdacht zur Gewißheit geworden. Die Fleisch- und Viehzölle wirken ebenso verheerend wie die Getreidezölle, und diese unheilvolle Schädigung des Volkes wird verschärft durch ein Gesetz wie diese Viehseuchen-Konvention. Wir bedauern aufs tiefste, daß die Regierung sich einseitig in den Dienst einer Klasse stellt, die einer Hilfe nicht bedarf. Eins nur gefaßt mir, daß das hier alles mit so großer Offenheit zugegeben wird.

Staatssekretär v. Posadowsky suchte seine Ausführungen etwas abzumildern und Abg. Gamp, der mit der Regierung noch nicht zufrieden war, verwahrte sich gegen Singer, daß er mit einem Worte angedeutet habe, die Viehseuche solle auf die Viehpresse wirken. (Singer ruft: Sie werden sich hüten, das zu sagen!)

Den Schluß bildete eine Auseinandersetzung zwischen den Abgeordneten Bernstein und Graf Kanitz über die Vieh- und Fleischzufuhr in England.

Schluß 6 Uhr. Morgen 10 Uhr Fortsetzung.

Wahlprüfungs-Kommission. Im Wahlkreis Alsfeld-Lanterbach (Hessen) ist nach einem antisemitischen Wahlprotest bei der Wahl amliche Wahlbeeinflussung zugunsten des Abgeordneten Kreisrat Dr. Wallau betrieben worden. Bei der Hauptwahl erhielt Wallau (nationalliberal) 5642, Bindewald (Antisemit) 5472, der Sozialdemokrat 1084, Zentrum 501 Stimmen; bei der Stichwahl Wallau 8121, Bindewald 7039. Der Kreisinspektor des Kreises Lanterbach veranlaßte die Lehrer des Kreises und forderte sie auf, für Wallau zu stimmen; der Kreisamtmann Berner drohte einem Kriegerverein mit Zurückhaltung einer vom Kaiser verliehenen Fahnenfahne, wenn die Mitglieder des Vereins nicht für Wallau stimmen würden; der Kreisrat für den Kreis Schotten agitierte öffentlich für Wallau in allen Versammlungen, die Wallau in diesem Kreise abhielt; außerdem haben eine Reihe Bürgermeister, Weigendörfer usw. einen Wahlausruf für Wallau unterzeichnet, unter Verfüzung ihres Amtsmittels. Der letztere Fall wurde zunächst von nationalliberaler Seite in seiner Erheblichkeit bestritten; die heftigen Bürgermeister seien von den Gemeindevorständen gewählt und befähigt keine politischen Befugnisse, ergo sei die von ihnen betriebene Wahlbeeinflussung als keine amtliche anzusehen. Von sozialdemokratischer Seite wurde dagegen geltend gemacht, daß, wenn durch eine solche Beurteilung des Falles den heftigen Bürgermeistern Wahlbeeinflussungen freigegeben würden, für sie geradezu ein Ausnahmezustand gegenüber den Bürgermeistern anderer Staaten geschaffen werde. Die Mehrheit entschied jedoch, daß dieser Fall unerheblich sei, weil den Bürgermeistern politische Befugnisse nicht zuständen. Aus herbeigeholten Befehlen wurde jedoch nachgewiesen, daß die Bürgermeister Hessens doch bestimmte politische Befugnisse besäßen. Darauf erhielten die Referenten den Auftrag, dies zweifelsfrei bis zur nächsten Sitzung festzustellen. Bis dahin wurde die Entscheidung vertagt. Bekannt ist, daß die Wahl des Abg. Blumenthal, Wahlkreis Straßburg-Land, wegen gleicher Verhältnisse sofort für ungültig erklärt wurde. Die übrigen, oben bezeichneten Fälle wurden außerdem für erheblich erklärt.

Partei-Nachrichten.

Der Verein für Volksbildung in Dresden bezieht am 18. d. M. den 25. Jahrestag seines Bestehens. Der Verein blüht auf eine reiche und erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Arbeiterbewegung auf; insbesondere unter dem Sozialistengesetz war er die Stütze der verfolgten Partei, aber auch in neuerer Zeit hat er sich durch Veranstaltung von Unterrichtskursen und wissenschaftlichen Vorlesungen dauernd einen ehrenvollen Platz in der Dresdener Arbeiterschaft bewahrt. Am Abend des Jubiläumstages findet im Vereinslokal ein Kommerz statt.

Als Parteisekretär für Niederschlesien ist in der am Sonntag abgehaltenen Bezirkskonferenz in Görlitz Genosse Stolpe-Altwasser gewählt worden. Als Stv. des Sekretariats ist Görlitz bestimmt worden. Am 1. April dieses Jahres soll der neue Parteisekretär f. u. Amt antreten. Die Bezirkskonferenz beschloß, zur Aufbringung der nötigen Mittel die Organisation zu verpflichten, 10 Proz. der ordentlichen Einnahmen an die Agitationskommission für den Bezirk abzuliefern.

Aus Industrie und Handel.

Der Kaufung des Kohlenyndikats wird mit Eile vorbereitet. Der Vergarbeiterstreik wurde von den Grubenbaronen plannmäßig mit den schamlosesten Mitteln provoziert, um nach dem erfolgreichen Beispiel von 1889 eine Steigerung der Kohlenpreise durchzuführen. Vergeblich versuchte während des Kampfes das Syndikat diese Tatsache abzuleugnen. Vielleicht nur bei der preussischen Regierung fanden die Syndikatsbetreuer Glauben. Jetzt machen die Zeichen dieser keine Anstrengungen mehr, um ihre Absichten zu verdeutlichen. Mehrere rheinische Blätter melden, daß das Kohlenyndikat beabsichtigt, bei Neu-Abschlüssen für das Geschäftsjahr 1905/06 hinfort höhere Preise in Anrechnung zu bringen, und zwar je nach der Sorte, um 0,50 bis 1 M. die Tonne. Begründet wird diese Erhöhung durch den Hinweis auf die großen Gewinnausfälle, die den Gruben durch den Ausfall erwachsen sind, und auf die bedeutenden Aufwendungen für Ausbesserungsarbeiten, die jetzt notwendig werden. Auch auf den Verlust der von der englischen und belgischen Kohle infolge des Ausfalls zurückverkauften Absatzgebiete wird hingewiesen. Das Kohlenyndikat werde schon in den nächsten Tagen über die Frage der Kohlenpreiserhöhung eingehend beraten.

Das „Berliner Tageblatt“ bringt nun eine Bestätigung dieser Meldung in folgender Mitteilung „aus den Kreisen des Kohlenyndikats“:

„Bei einzelnen Zeichenbesitzern, deren Grubenbesitz unter den Folgen des Streiks in technischer Hinsicht besonders stark gelitten hat, mag der Wunsch nach einer Preiserhöhung vorhanden sein. Doch dürfte dieser Wunsch bei der Mehrheit der im Kohlenyndikat vereinigten Zeichen auf Widerstand stoßen. Die Preise für die Zeit vom 1. April 1905 bis zum 31. März 1906 sind Ende vorigen Jahres festgelegt worden, eine Abänderung dieser Preisfestsetzungen könnte nur durch die Majorität der Zeichenbesitzer herbeigeführt werden.“

Die Posten vom dem Widerstand der Mehrheit der Zeichenbesitzer gegen eine Erhöhung der Kohlenpreise wird bald ausgespielt sein. In der demnächst stattfindenden Konferenz des Syndikats wird sich die Mehrheit von der „Notwendigkeit“ einer Preiserhöhung überzeugen lassen. Das gemeingefährliche Spiel der Kohlenmagnaten ist auf Kosten einer Viertelmillion Vergarbeiter gegliedert.

Nach der Aufhebung des russischen Einfuhrzolles auf deutsche Kohle für die Dauer von vorläufig vierzehn Tagen ist die Ausfuhr ober-schlesischer Kohlen um das Doppelte gestiegen. Nach der „Schlesischen Zeitung“ werden aus Oberschlesien etwa 300 Waggons Kohlen pro Fördertag nach Ausland verladen. Die frühere Ausfuhr überschritt selten 100 bis 150 Waggons pro Tag. Der Kohlenvorrat in Oberschlesien kann noch auf etwa 8 Millionen Zentner geschätzt werden. Dieser Vorrat dürfte angesichts des Fortschritts der Verladungen nach Ausland wohl in 14 Tagen erschöpft sein.

Zu einem regelrechten Krieg zwischen der Standard Oil Company und dem Staat Kansas haben die amerikanischen Gesetze gegen die Trusts geführt. In Ausführung der Gesetze haben die Staatsbehörden der Standard Oil Company gewisse Beschränkungen ihrer Tätigkeit im Staat Kansas auferlegt. Die Standard Oil Company antwortete darauf mit der völligen Einstellung des Verkaufs ihres Petroleum in Kansas für die Dauer der Gültigkeit der Beschränkungen. Die Staatslegislatur hat infolgedessen einen Antrag angenommen, der 20 000 Dollar für den Bau einer Staats-Raffinerie bewilligt, um rohes Petroleum zu bearbeiten. Der Gouverneur hat das Gesetz noch nicht unterzeichnet, aber er wird es zweifellos sofort tun. Es wird beabsichtigt, den durch seine Angriffe gegen die Standard Oil Company bekannten Finanzmann Lawson aus Boston einzuladen, nach Kansas zu kommen, um den Kampf gegen die Standard Oil Company zu leiten. Auf eine Anfrage hat Lawson bereits telegraphisch, er sei „gern bereit, jederzeit nach Kansas zu kommen, um gegen den Feind zu kämpfen“.

Gewerkschaftliches.

Das Gewissen des Kammergerichts.

Das Berliner Landgericht II hatte den Arbeiter Z. auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, weil es für festgesetzt erachtete, daß Z. zur Zeit, als er streikte, einem Arbeitswilligen zugerufen habe: „Streikbrecher, Schuft, Lump, Du bist nicht einmal wert, daß man Dich schlägt“. — Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob dies Urteil auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück, indem es ausführte: Die Feststellungen des Landgerichts gingen dahin, daß Angeklagter den Arbeitswilligen habe zur Teilnahme am Streik bewegen wollen und daß er sich dabei ehrverletzender Worte und Drohungen bedient habe. Das sei das Vergehen des § 240 des Strafgesetzbuchs (Nötigung). Zu Unrecht habe das Landgericht diese Strafvorschrift nicht beachtet. Sie sei nicht milder, denn das Maximum sei ein härteres; andererseits aber lasse sie im Gegensatz zu § 153 der Gewerbe-Ordnung Geldstrafe zu. Schon wegen Nichtbeachtung des § 240 des Strafgesetzbuchs müsse Zurückverweisung an die Vorinstanz erfolgen, in dessen auch noch aus einem anderen Grunde. Die Feststellungen des Landgerichts seien ungenügend. Es sage, hier ständen sich gegenüber ein Streikender und ein Arbeitswilliger, also wäre ohne weiteres zu schließen, daß Angeklagter durch seine Äußerungen den Arbeitswilligen habe zum Mitstreifen veranlassen wollen. Eine solche Schlussfolgerung sei aber keine genügende Feststellung. Es sei sehr wohl denkbar, daß ein Streikender einen Arbeitswilligen aus blohem Uebermut beschimpfe. Dann käme natürlich weder § 153 der Gewerbe-Ordnung noch § 240 des Strafgesetzbuchs zur Anwendung. Das Landgericht hätte sich darüber aussprechen müssen, wie so denn die inkriminierten Äußerungen des Angeklagten den Arbeitswilligen beeinflussen sollten, sich dem Streik anzuschließen. Darüber habe sich aber das Landgericht mit keiner Silbe ausgelassen. Auch in dieser Richtung müsse eine Nachprüfung erfolgen.

Wir sind nicht im Zweifel, daß das entwicklungs-fähige Kammergericht, wenn nur die Vorinstanzen mit genügender Ueberzeugungstreue daran festhalten, ebenfalls bald zu der Ueberzeugung kommen wird, daß ein Streikender ohne weiteres Arbeitswillige durch unvorsichtige Worte zum Mitstreifen veranlassen will. Wo ist die Zeit, in welcher das Kammergericht Streitposten gegenüber tatsächliche Feststellungen über Handlungen verlangte, die geeignet wären, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu gefährden? Heute genügt es, wenn ein Schumann annimmt, daß ein Streikposten ohne weiteres geeignet sei, die Ruhe und Ordnung zu gefährden. Dann hat sich kein Gericht der Welt — auch das Kammergericht nicht — den Kopf darüber zu zerbrechen, wie so denn ein Streikposten die Ordnung gefährde.

Berlin und Umgegend.

Als Vertreter der christlichen Arbeit

Bezeichnete gestern in Moabit der Staatsanwalt den berühmten Herrn Meinecke aus der Alexanderstraße, dessen Tätigkeit zum Teil darin bestand, Arbeiter über den Streik zu schlagen, die ihre Kollegen vor dem Streikbruch bewahren wollten. Wegen einer ähnlichen christlichen Arbeit, die er unvorsichtigerweise nicht an Streikposten beging, wurde Herr Meinecke schon einmal zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Gericht rubrizierte die eifrige Arbeit damals unter die schweren

Körperverletzungen. Diesmal kam Herr Meinecke im Rückfall viel billiger davon. Seine eifrige Arbeit mit einem Knüttel an dem Schädel eines Streikpostens tagierte der Herr Staatsanwalt auf 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tage Gefängnis; das Gericht erkannte auf 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage.

Wagung, Bauschüler! Im weitere Mißverständnis zu vermeiden, findet am Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I, eine Vertrauensmänner-Versammlung der Bauschüler statt. Es ist Ehrenpflicht, daß zu dieser Versammlung eine jede Werkstatt einen Vertrauensmann entsendet, um endlich über den von der Kommission ausgearbeiteten Tarif Klarheit zu schaffen. Karl Reiche, Obmann.

Die Differenzen in der Wagensefabrik von Röhre, Entleyp 6, sind beigelegt. Die Vertrauensleute sind wieder eingestellt. Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Schmiede.

Deutsches Reich.

Die Bewegung der Schuhmacher in Weichenfels zur Erreichung eines Lohnvertrages hat nun zum Ausbruch geführt. Die Vermählungen des Einigungsamtes zur Beilegung des Konfliktes sind gescheitert, da die Fabrikanten sich zwar zu Verhandlungen bereit erklärten, aber nicht auf der Basis des vorgelegten Lohn-tarifs. Anerkannt ist der Lohnsatz bisher von zehn Fabrikanten. In den übrigen Betrieben ist der Streik proklamiert, so daß bis Ende dieser Woche circa 3000 Personen ausständig sein werden.

Die Schneider in Köln haben beschlossen, den mit ihren Arbeitgebern geschlossenen Tarif zum 1. April zu kündigen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein neuer Tarif ohne Kampf zu Stande kommt.

Ausland.

Zehn Lohnkonflikte kamen in der Schweiz im Januar vor und zwar je drei Streiks und Lohnbewegungen, eine Aussperrung und drei Sperrten. Es wurden Arbeitszeitverkürzung und Lohn-erhöhungen erzielt.

Streik der Gelbmetall-Arbeiter in Paris.

Ein Telegramm meldet aus Paris: Fast sämtliche Gelbmetall- des Seine-Departements, etwa 3000 an der Zahl, sind infolge Verweigerung einer geforderten Lohnerhöhung in den Ausstand getreten.

Ein allgemeiner Schiedsgerichts- und Tarifvertrag für die mechanische Werkstattindustrie Schwabens

wird bekanntlich schon seit längerer Zeit vorbereitet. Das Verhandlungskomitee, das aus Vertretern der Schwabischen Werkstattvereinigung und aus Vertretern des Eisen- und Metallarbeiter-Verbandes, des Gießerei-Verbandes, des Holzarbeiter- und des Grob- und Fabrikarbeiter-Verbandes zusammengesetzt ist, hat seine Arbeiten jetzt soweit vollendet, daß das Uebereinkommen über die Behandlung von Anträgen und Arbeits-streitigkeiten fertig vorliegt und am Sonnabend von sämtlichen Mitgliedern des Komitees, sowie von Hermann Lindquist, dem Vorsitzenden der Landesorganisation der Gewerkschaften und Direktor Bernström, dem Vorsitzenden der Werkstattvereinigung unterzeichnet wurde. Es wird nun den Mitgliedern der betreffenden Organisationen zu endgültiger Annahme unterbreitet werden. Ein Entwurf des Uebereinkommens ist, wie wir seinerzeit mitteilten, schon im März vorigen Jahres fertig geworden. Er ist im wesentlichen unverändert geblieben. Der Schlußsatz, der den Zweck des ganzen Uebereinkommens kennzeichnet, hat folgenden Wortlaut erhalten:

„Schwedens Werkstattvereinigung und die betreffenden Fachverbände, die sich beiderseits darüber einig sind, daß das Vereinigungsrecht in jeder Hinsicht unverletzt sein soll, sowohl für die Arbeitgeber und Arbeiter wie für ihre Organisationen, verpflichten sich durch Unterzeichnung des vorstehenden Uebereinkommens, gemeinsam dafür zu wirken, daß ruhige und stabile Arbeitsverhältnisse innerhalb der mechanischen Werkstattindustrie bestehen bleiben sowie dafür, daß die den erwähnten Organisationen angehörenden Mitglieder und Unterabteilungen dem Uebereinkommen und den damit getroffenen Abmachungen und Beschlüssen genau nachkommen, so daß störende Unterbrechungen durch Arbeits-einstellungen, welcher Art sie auch sein mögen, in Zukunft so viel wie möglich vermieden werden.“

Daß ein derartiges Uebereinkommen der Industrie zu großem Vorteil gereichen muß, ist selbstverständlich. Unsere Berliner Metallindustriellen könnten sich daran ein Beispiel nehmen. Die Anerkennung des Uebereinkommens durch die Organisationen wird noch vor Ablauf dieses Monats erwartet. Sodann wird das Verhandlungskomitee von neuem zusammentreten, um über die Festsetzung von Minimallohnen und die Ordnung der Lehrlingsverhältnisse zu beraten. Mit der Ausarbeitung von Vorschlägen dazu ist ein kleines Subkomitee betraut, das aus je einem Vertreter der Parteien und einem Unparteiischen besteht.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Zimmerer (Zahlstelle Berlin) hielt am Sonntag im Gewerkschaftshaus seine Generalversammlung ab. Den Vorstand und Geschäftsberichte für das verflossene Jahr, der bereits im „Vorwärts“ besprochen wurde, erstattete der Vorsitzende Witt. Nachdem die Geschäftsführung des Vorstandes einstimmig gutgeheißen worden war, erfolgten die Wahlen mit nachfolgendem Ergebnis: 1. Vorsitzender Witt, 2. Vorsitzender Reimann, 1. Kassierer Wellow, 2. Kassierer Rube, 1. Schriftführer Vergemann, 2. Schriftführer Heinrich Schulz, Revisoren Kirchhoff, Engelhard und Büttner, Kontrolleur Salewski und Mucha, stellvertretendes Mitglied der Schlichter-Kommission Fritz Schulze. Hierauf wurde in die Beratung des Regulatoriums eingetreten. Dazu lag ein Antrag aus dem 9. Bezirk vor, die jetzige Zusammensetzung der beschließenden Zahlstellenversammlung dahin abzuändern, daß an Stelle der vierteljährlichen Delegierten-Versammlungen wieder allgemeine Mitglieder-Versammlungen eingeführt würden. Dieser Antrag, der schon vorher in allen Bezirken mit Annahme des zehnten abgelehnt worden war, wurde auch hier mit allen gegen 16 Stimmen verworfen, weil, wie betont wurde, die Zusammensetzung der beschließenden Versammlung durch Delegierte als ein bedeutender Fortschritt gegenüber dem früheren System zu bezeichnen ist und bisher außerordentlich günstig auf die Entwicklung und Stärkung der Organisation eingewirkt habe. Sodann wurde folgender Beschluß gefaßt: „Wird bei Streiks und Aussperrungen in anderen Bezirken die Zahlstelle Berlin von den betreffenden Organisationen um Unterstützung angegangen, so ist der Vorstand berechtigt, Unterstützung in der Höhe von 25 Pf. pro Kopf der Ausständigen zu bewilligen. Die zu gewöhnliche Summe darf jedoch den Betrag von 3000 M. nicht übersteigen. Eine weitergehende Unterstützung kann nur von der Zahlstellen-Versammlung beschlossen werden.“ Zum Schluß gab der Vorsitzende noch bekannt, daß für Winterdorf ein neuer Bezirk gegründet worden ist und sich die Zahlstelle jetzt aus 23 Bezirken zusammensetzt.

Der Verband der Fabrik-, Land- und Hülsenarbeiter hielt am Sonntag im „Englischen Garten“ eine gut besuchte Generalversammlung ab. In seinem Vorstandsbericht wies der Bevollmächtigte Bruns besonders auf die erfreulichen Fortschritte der Zahlstelle hin, die jetzt 1566 männliche und 82 weibliche Mitglieder mit voll entrichteten Beiträgen zählt. Gegenwärtig nimmt der Vorstand eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Berliner Gummiarbeiter auf. Den Kassierenbericht pro 4. Quartal 1904 gab Röhre. Vereinnahmt wurden 5535,98 M., veranlagt 1905,82 M. An die Hauptkasse wurden abgeführt 292,58 M., so daß ein Vorbestand von 577,93 M. verblieb. Die örtliche Arbeitslosen-Unterstützungskasse wies eine Einnahme von 5785,70 M. und eine Ausgabe von 365,95 M. auf; mithin verblieb ihr ein Bestand von 5419,75 M. — Eine rege Debatte entspann sich sodann über

einen Antrag der Ortsverwaltung auf Einführung eines Lokalaufschlages zu Beiträgen in der Höhe von 5 Pf. pro Woche. Der Antrag wurde schließlich mit Mehrheit angenommen. Die hierauf folgenden Wahlen hatten nachstehendes Ergebnis: 1. Bevollmächtigter Bruns, 2. Bevollm. Röhre, 3. Bevollm. Wenthin; Revisoren Weihe, Raufschmid und Sebekow; Gewerkschaftskommissions-Delegierte Bruns und Funk; als Mitglieder der Leitung Funk, Weihe, Müller, Päßchel und Schellhammer.

Der Deutsche Buchbinder-Verband (Zahlstelle Berlin) setzte die neulich vertagte Generalversammlung am 1. Februar im großen Saal von Duggenhagen (Morgelpfad) fort. Dytomski erstattete den Kassierenbericht für das 4. Quartal 1904. Die Zentral-kasse rechnete mit einer Gesamteinnahme von 31 814,16 M. und mit einer Gesamtausgabe von 28 264,59 M. Am Orte blieben 3554,57 M. Die Lokalkasse verfügte am Schluß des dritten Quartals über einen Bestand von 7581,95 M. Dazu kamen als Einnahme im 4. Quartal 4598,82 M., was 12 180,27 M. ergibt. Ausgegeben wurden 5431,10 M., so daß ein Bestand von 6749,17 M. am Jahresschluß verblieb. Der Extrarand umfaßte beim Beginn des vierten Quartals 19 365,44 M., einschließlich dieses Bestandes betrug die Einnahme 21 240,74 M. Da aber große Ausgaben für Streiks, namentlich für den Durgapapierarbeiter-Streik, gemacht werden mußten, so verblieb am 1. Januar nur ein Bestand von 12 568,39 M., also um 7000 M. weniger als Ende des dritten Quartals. Die Arbeitslosigkeit ist im Januar folsal gewachsen. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden im ganzen vierten Quartal 4220 M. und in dem einen Monat Januar allein auch 4173,50 M. ausgegeben, darunter allerdings 700 Mark Lokalaufschlag. Auch die an die weiblichen Mitglieder gezahlte Krankenunterstützung ist in der Höhe gegangen. Der Redner schlägt vor, daß in den Werkstuden soviel wie möglich für die Unterbringung Arbeitsloser geforgt werden möge. Angesichts der großen Anforderungen an die Kasse ermahnte er die Mitglieder aufs ernsthafteste, in jeder Beziehung ihre statutarischen Verpflichtungen zu erfüllen. Nur dann seien ihre Rechte gesichert.

In der folgenden Debatte wurden von verschiedenen Rednern für die nächste Zukunft Anträge auf Erhöhung des Beitrages zum Lokalaufschlag angekündigt. — Konrad regte an, der großen Arbeitslosigkeit dadurch entgegen zu wirken, daß die Vertrauensleute in den Werkstätten auf eine Verkürzung der Arbeitsdauer um eine Stunde hinwirkten. — Die Revisoren beantragten Decharge und nahmen zugleich Anlaß, einigen unter der Hand verbreiteten frivolen Verdächtigungen der Kassenerführung energisch entgegen zu treten. — Dem Kassierer wurde einstimmig Decharge erteilt, ebenso der Bibliothekskommission, deren Bericht im gedruckten Jahresbericht enthalten ist. Der Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission liegt ebenfalls gedruckt vor. Dytomski machte auch diesmal hierzu wieder mehrere Firmen namhaft, welche Kräfte zu nichttarifmäßigen Löhnen verlangten, herunter bis zu 18 Mark pro Woche. Sogar die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft wollte einen Zuschlag für diesen miserablen Wodensohn, und zwar will sie dafür einen normalen Menschen, seinen von der Natur stiefmütterlich bedachten. Die genannten Firmen wurden von den Versammelten mit Pfiffrufen bedacht.

Es folgten die Neuwahlen zur Ortsverwaltung. Der Vorsitzende Bräuner, den die Vertrauensmännerversammlung wieder zum 1. Bevollmächtigten vorschlug, lehnte die Wiederwahl ab. Gewählt wird zum 1. Bevollmächtigten Schade. Die Wahl des 2. Bevollmächtigten führte zu einer sehr umfangreichen und zeitweise sehr erregten Debatte über die Person des jetzigen zweiten Bevollmächtigten Hanke. Seine Wiederwahl wurde von seinen Freunden lebhaft propagiert, während von anderen Seiten, auch aus dem Kreise der bisherigen Ortsverwaltung und von Mitgliedern des Zentralvorstandes, der jetzt seinen Sitz in Berlin hat, eine Reihe von Bedenken dagegen geltend gemacht wurden. Das Resultat war die Wahl Bruns zum zweiten Bevollmächtigten. (Stimmenverhältnis: 217 zu 190.) Ferner wurden gewählt zum ersten Schriftführer Röhre, zum zweiten Schriftführer Lopp, zu Revisoren die Kolleginnen Lorber und Koppchel sowie die Kollegen Frische, Herzog und Wah. In die Bibliothekskommission wurden wieder Paul Hoffmann und Schmidt und die Kollegin Oppenowki gewählt. Gegen 1/2 Uhr wurde die Generalversammlung abends vertagt, da noch wichtige Punkte der Tagesordnung zu erledigen sind. Das Resultat der per Stimmzettel vorgenommenen Revisorenwahl war beim Schluß der Versammlung noch nicht festgestellt.

Zentralverband der Zivilmüller. Die Ortsverwaltung Berlin hielt am 24. Januar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Nachdem der Kassierer Gartzmann den Kassierenbericht vom 4. Quartal vorgelesen hatte, erstattete der erste Vorsitzende Tich den Jahresbericht des Vorstandes von 1904. Hervorzuheben aus demselben ist, daß 19 Versammlungen stattfanden. Der Vorstand hielt 43 Sitzungen ab. Eingetreten sind 100 Mitglieder, ausgetreten 22, gestrichen wegen rückständiger Beiträge 79 Mitglieder, ein Mitglied ist gestorben. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme inklusive Bestand aus dem Jahre 1903 von 1277,71 M., eine Ausgabe von 1043,84 M. Der Bestand betrug Ende 1904 233,87 M. — Die Unterstützungs-kasse vereinnahmte 286,43 M., verausgabte 115,00 M., der Bestand ist ultimo 1904 171,43 M. — Die Sterbe-Unterstützungskasse hatte eine Einnahme von 463,25 M., eine Ausgabe von 215,00 M., der Bestand ist 248,25 M. Außerdem befindet sich ein Antikaischen bei 500 M. am Berliner Gewerkschaftshaus in Händen des Kassierers. — 154 Schriftsätze, ungetragene Offerten ufm., sind eingegangen. Abgesandt sind 68 Schriftsätze wichtigen Inhalts, 3100 Ladungen zu Versammlungen und Vorstandssitzungen. — Der Arbeitsnachweis vermittelte 199 Geschäfte, bei welchen 893 Personen beschäftigt waren, die eine Einnahme von 7326,30 M. erzielten. — Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: erster Vorsitzender: Rud. Tich, zweiter Vorsitzender: Paul Hanschke, erster Schriftführer: Fr. Kiffel, zweiter Schriftführer: Karl Kober, Kassierer: Gust. Gartzmann, Revisor: Hermann Jergang. Zum Arbeitsvermittler wurde Rob. Müller gewählt. Sämtliche Personen sind wiedergewählt. — Die Wahlen der übrigen Verwaltungs-personen erfolgen in der nächsten Versammlung. — Hierauf verlas der erste Vorsitzende den Kassierenbericht 1904. Nach demselben wurden von der Ortsverwaltung Berlin 34 Geschäfte ausgeführt, wobei 384 Personen beschäftigt waren. Die Einnahme war 3504,50 M. Durch die Kontrolle wurden außerdem 5 Geschäfte ermittelt, bei welchen 99 Personen beschäftigt waren, die eine Einnahme von 934,50 M. erzielten. 23 Geschäfte wurden zu tarif-mäßigen Preisen ausgeführt, 10 erzielten Uebertarif.

Hohen-Schönhausen. Seit Jahren die erste Rollversammlung. Am Sonntag waren aus den umliegenden Orten die Landarbeiter, zum Teil mit ihren Frauen, in dem bisher gesperrten Lokale von Schulz in Hohen-Schönhausen versammelt, um den Vorsitzender Schmidt-Sonnenburg zu hören. In schlichten Worten stellte der Redner die Notwendigkeit und die unmenliche Lage des ländlichen Gefolkes, der Lohnarbeiter und der Saisonarbeiter an der Hand eigener Erfahrung und Anschauung dar. Die Versammelten folgten dem Redner mit sichtlichem Interesse und beendeten ihm durch gegenläufige Zwischenrufe und lebhaften Beifall am Schluß seiner Rede ihre Zustimmung. Eine kurze Diskussion folgte dem Vortrage. — Possentlich wird nun das in der Berlinerstraße belegene Lokal auf die Dauer zur Verfügung stehen!

Zentralverband der Handlungsgeschäften und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin. Donnerstag abends 9 Uhr: Sitzung in den Armindaalen, Kommandantenstr. 20. Gäste sind willkommen.

Die Ortsverwaltung. Die Ortsverwaltung Berlin. Heute, Donnerstag abends 8 1/2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Lokalkasseverwaltung und Anträge. 2. Bericht des Revisors zur Gewerkschaftskommission. 3. Verschiedenes. Erscheinen aller erwartet. Die Lohnvermittlung. Berliner Naturheilverein II. Freitag abends 8 1/2 Uhr im Bahnhofs-Brauhaus, Landberger Allee 11/12: Vortrag des Herrn Gerling über: Die Naturheilmittel eine neue Weltanschauung. Diskussion. Gäste willkommen.

1/1 Fl. (3/4 Lt.)
im Einzelverkauf 30 Pf.
1/2 Fl. (3/8 Lt.)
20 Pf.

Pro Flasche
10 Pf. Pfand extra.
In allen einschlägigen
Geschäften zu haben, da
überall Wiederverkaufs-
stellen eingerichtet worden.

„Alfosa“ Orangen - Mousseux!

Aus dem Saft frischer Orangen hergestellt.

Gesetzl. gesch.

Unvergleichlich wohlschmeckendes Erfrischungsgetränk

für Alkoholgegner und -Liebhaber, ausserordentlich bekömmlich, jahrelang haltbar.

Sollte auf keiner Tafel, in keinem Haushalte fehlen. Bitte, probieren und urteilen Sie selbst.

Berlin O. 27, Schillingstr. 14.
Teleph. Amt 7 a No. 6299.

Nahrungs- und Genussmittel Industrie G. m. b. H.

10/1 Fl. (3/4 Lt.)
M. 2.80
10/2 Fl. (3/8 Lt.)
M. 1.70

Pro Flasche
10 Pf. Pfand extra.

Für Berlin u. nächste Um-
gebung frei Haus.
Für Auswärtige frei Dfl.
Berlin.
Händler Rabatt.

Ueberraschend

wirkt bei Husten, Heiserkeit,
Galg-, Brust- u. Lungenleiden,
Verstimmung, Asthma etc.

Knötterich-Brusttee

Echt nur mit Marke „Eremit“
in Paketen a 1., 3 Pakete 2,75
hier frei Haus. Bei 6 Paketen franco
überall hin. Die Wirkung wird noch
erhöht durch den gleichzeitig Gebrauch
von Reichels 21162*

Bonhon-Pectoral.

1 Glas 1,20 M., 1/2 Glas 60 Pf.
Zeit Nahrung erfolgreich bewährt.
Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstr. 4.

Masken - Garderobe

von 16712*

Carl Ernst,

Rüchenerstr. 126, 1 Tr.
Grösste Auswahl!
Billigste Preise!
Vorseiger dieser Annonce
erhält 10% Preisermäßigung.

H. Möbis, Uhren, Koppenstr. 82.*

Gesundheit ist Reichtum!

Regelmässiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im:

Bad Frankfurt

Gr. Frankfurterstrasse 136.



SOOL-
KLEI-, SCHWEL-,
FICHTENABEL-
BÄDER.

Ritter-Bad

Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstrasse.

Medizinische Bäder aller Art

in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen
für Damen und Herren.

2 Wannen-Bäder mit je 2 Handtüchern

0,75 Mk. (40 Minuten Badezeit.)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

Moabiter Gesellschaftshaus

Wielestr. 24.

Emdenerstr. 41.

Eigentümer G. S. Peters.

Jeden Mittwoch: **Spezialitäten-Vorstellung.**

Jeden Donnerstag: **Norddeutsche Sänger.**

Herren Tetzl, Fernando, Oracholz, Zimmermann,
Jung, Broden, Paetz.

Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Reserviert 50 Pf.

Rach der Soiree: **TANZKRÄNZCHEN.**

Um gütigen Zuspruch bitten

Die Norddeutschen Sänger.

Andreasgarten.

Andreasstr. 26. Andreasstr. 26.

Allen Freunden und Bekannten
empfehle meine Räumlichkeiten zu
Besammlungen und Festlichkeiten.
Anerkannt gute Speisen u. Getränke.
Regelbahn. Fremdenlogis. Mittags-
Mahl von 60 Pf. an mit Bier.
20462* **Fr. Merkwski.**

Dr. Simmel, Prinzen-

Str. 41, 72/7
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Sportshaus in Ziegenhals bei Zenthen

(Vorort- und Stadtbahn-Verkehr)
am Crossin-See, mit großem Saal und schattigen Garten, bis
1500 Personen fassend. 10 Morgen Spielplätze in herrlichem Hochwald, zwei
neuerbaute verdeckte Regelhäuser, Ausspannung für Fuhrwerke, Dampfer-
steig, Ruderboote, Sommerwohnungen und Logierzimmer, Rasenfläche etc.
Halle mit Vereinen, Fabriken, Gesellschaften zu Ausflügen ganz
besonders empfohlen. Höhere Kunst über mein Lokal
und Bekellungen hierfür nimmt auch Herr Gastwirt Schmidt,
Stralauerbrücke 1, Fernsprecher: Amt VII Nr. 550, entgegen.
Nachrichtungsblatt **M. Mörchel,** Königs-Wusterhausen 75.
Telephon: Amt 20682*

Deutsche Spirituosen-Ausstellung BERLIN 1905

vom 1. Februar bis 28. Februar 1905
geöffnet von 10 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags
in **Berlin, Palast-Theater** Burgstrasse 22.
Eingang Wolfgangstrasse. Eintrittspreis 50 Pf.

Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Gr. u. kl. Festfale mit und ohne Theaterbesuche, auch an Sonn-
abenden und Sonntagen noch frei.
An den Osterfeiertagen ist der große Saal mit Bühne
zur Kaimise zu vergeben. Ferner empf. wir unsere 8 Vereinsräume.

MAGGI'S Bouillon-Kapseln

Man achte genau auf den Namen „MAGGI“.

1 Tasse vorzüglicher **Fleischbrühe** zu **5 Pf.**
1 Tasse vorzüglicher **Kraftbrühe** zu **7 1/2 Pf.**
je 2 Portionen in Kapseln zu 10 und 15 Pf.

Kleine Anzeigen.

Jedes **5 Pfennig.**
Wort: **5** Das erste
letztgedruckte
Wort 10 Pf. Worte mit mehr
als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden
in den Anzeigestellen für Berlin
bis 1 Uhr, für die Vororte bis 2 Uhr,
in der Hauptexpedition Linden-
strasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.
Spottbillige Betten, Inlette ver-
kauft Wandleiche Weidenweg neuzuein.
Pfanleiche Weidenweg neuzuein
verkauft spottbillig Gardinen, Bälge,
Steppdecken, Tischdecken, Teppiche
nur Pfandleiche Weidenweg neuzuein.
Garderoben, Taschenuhren, Band-
uhren spottbillig Pfandleiche Weiden-
weg neuzuein. 145*

**Spottbillige Damenhemden, Hand-
tücher, Damentaschen, Koffer, Weiden-
weg neuzuein. 145***

**Pfandleiche Küstnerplatz 7 ver-
kauft spottbillig Gardinen, Tischdecken,
Teppiche, Bälge, Steppdecken, Betten,
Banduhren, Taschenuhren, Ketten etc.**

**Herrnanzüge, Socken spottbillig
Pfandleiche Küstnerplatz 7. 3078***

**Becken, Teppiche, Gardinen, Stepp-
decken, Vorhänge, Tischdecken, Regula-
toren, Remontuhrwerke, Silber,
Uhrenteile, Spiegel, Möbel, spottbillig
Weidenweg 113 und Alexander-
strasse 6. Teilzahlungen gestattet.**

**Becken, Stand 11, spottbillig
16 Karl, Gubenstrasse 3, Pfandleiche.**

**Gardinenhaus Große Frankfurter-
strasse 9, parterre. 137***

**Hochbornsche Herrenhosen aus
feinsten Wollstoffen 9-12 Karl.
Verkauf Sonnabend und Sonntag.
Verkaufshaus Germania, Unter den
Eichen 21. Keine Filialen. 2438***

**Herrlicher, Herrenanzüge, wenig
getragene Monatsgarderobe von
6 Karl an, große Auswahl für jede
Figur, auch neue zurückgelehrt, laufen
man am billigsten direkt nur beim
Schneidermeister Fickelgertel, Rosen-
felderstrasse 15, III. 81/15***

**Anzugreste 8,00 verkauft Hester-
handlung Lichtbergstrasse 9. An-
heitslohn 15,00 mit Futter. 77/6***

**Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Reste
spottbillig Charlottenburg, Goethe-
strasse 76. Kein Laden. 21165***

**Reichhaltige Portieren, Filzstuh-
4,85, Vellfächer 5,25, Tisch 8,85,
ganze Dekoration. Inventar-
Käufungspreis. Teppichhaus Emil
Feldore, Drantienstrasse 158. 2902***

**Große Divandeden 4,35, Kara-
mani doppelt 7,50, Pa. Tisch
20,00, Inventar-Preise Teppich-
haus Feldore, Drantienstrasse 158.**

**Adventur, Extrakte spottbillig
Kübel gratis, Teppichhaus Emil
Feldore, Drantienstrasse 158. 2928***

**Teppiche! (selbstgebastet) in allen
Größen für die Hälfte des Wertes
im Teppichlager Brunn, Fiedlerstr.
Karl 4, Bahnhof Böse. 142/12***

**Steppdecken, Wunderschön wegen
Anzug, Jabel, Weinstraße 20. 1197***

**Ringelstücken, Bobbin, Schnell-
näher, ohne Anzahlung, Woche 1,00,
gebrauchte 12,00. Postkarte genügt.
Röppnerstrasse 60/61. Große Frank-
furterstrasse 43. Fernsprecherstrasse 59/60.**

**Steppdecken billig Jabel Große
Frankfurterstrasse 9, parterre. 137***

**Reparatur wegen Todesfall für
Inventarpreis sofort veräußert. Osten,
Simon-Dachstrasse 16. 141***

**Reparatur, reelles Geschäft,
elektrisches Piano, veräußert Char-
lottenburg, Dannebergstrasse 45. ***

**Defillation, Restauration verkauft
Köpfe, Kitzdorf, Hermannstrasse 27.**

**Landparzellen (Baustellen) Bahn-
hofstraße 18. 2155***

**Landliebe! Neue Kolonie, ge-
nehmigter Bauplan, Quadrat-
meter fünfzig, Blumengarten, verkauft
Schulz, Altdorf, Zenastrasse 12/13.**

**Federbetten, Stand 20 Karl,
5 Zimmer Möbel Kaufgehälber billig
Dresdenerstrasse 38, vorn II. links. ***

**Möbelverkauf in meiner Möbel-
fabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittel-
markt. Infolge des großen Umzugs
bestehen sich am Lager viele zurück-
gelehrt und werden zu gewöhnlichen
Preisen, wie neu sind, Kleiderständer,
Bettlöcher 27,00, Ausziehtisch 16, Tisch-
bestecke mit Federmatratze und
Kleiderschrank, Taschenuhren 30, Par-
tisch 70, Tischstühle 20, Kleider-
ständer 25, ganze Einrichtungen billig,
Transport frei. 77/9***

**Nähmaschinendepot Biener-
strasse 6, Wiederstrasse 113 liefert sofort
sämtliche Systeme ohne Anzahlung,
Woche 1,00 Karl. Fünfjährige Gar-
antie, gebrauchte Maschinen spott-
billig. 2178***

**Selten wiederkehrender Gelegen-
heitskauf! Raumangenehmes elegantes
Taschenuhren 42,00, Vellfächer 3,00,
Salongarnitur 75,00, großer Leuchte
33,00, Salonstisch 13,00, Kleiderständer
spottbillig, echt feuerfeste Tisch-
stühle 40,00, komplette neue
Möbelbestecke 34,00, Veräußerung
jedem Preise. Perlebergstrasse 14,
Restaurant. 2174***

**Kanarienvogel, Selbstgekauft, einige
sehr gute Weibchen billig. Kanarie,
Görlitzerstrasse 82, vorn II. Hausstr. ***

**Kanarienvogel, Selbstgekauft,
süße Sänger, fröhliche Jungvögelchen
zur Selbstkauf zu verkaufen. Gans-
sch, Fiedrichshagen, Fiedrichshagen
Str. 26, I. 2176***

**Kanarienvogel, bunte 75,
Kam, Wilhelmshagenstrasse 70.**

**Beit, hebräisch, Tisch, Dres-
denerstrasse 38. 2175***

**Kochgeschloß sofort billig ver-
äußert Behrenburgerstrasse 67. 2176***

**Nußbaum Kleiderständer, Berlin,
Säulenträume, schönes Nähloft,
billig, Königsbergerstrasse 11, erstes
Duergebäude I. Händler verbieten. 145**

**Reparatur, Jabel im Hause,
14 Jahre bestehend, verkauft Jabel,
Kitzdorf, Bienenstrasse 58. 1129***

**Gebrauchter Garderobenschrank,
Kleiderständer, Berlin, Sofa, Bett-
stellen, Tische, Stühle, Küchenstühle
billig (Möbelspeicher) Hermannstrasse
258 (Hermannsplatz), Hof parterre.**

**Möbelschloß verkauft Reinberg,
Görlitzerstrasse 30, vorn IV. 145**

**Nähmaschinen ohne Anzahlung,
Woche 1,00 Karl. Bis 10,00 Ver-
gütung bei Kauf oder Nachweis.
Thieme, Franzstrasse 11. 145**

**Schreibmaschine, Buchführung,
Stenographie, Sprachen. Salomon,
Karlstrasse 26. 2128***

**Patentanwalt Dommann, Oranien-
strasse 57, Woytshof. Rat in Patent-
sachen. 2154***

**Wäscherei! Empfehle den Herr-
schaften meine Wäscherei auf den
billigsten Preisen. Karl Dittus,
Köpenick, Oranienstrasse 27. 2126***

**Kaufleistung! Sofa 5,00, Matratze
4,00, auch außerhand. Bachmann,
Blumenstrasse 30 b. 2022***

**Pfandleiche, Prinzenstrasse 63,
täglich 8-8, Sonntags bis 2. 3014***

**Platinabfälle laßt Linden-
strasse 103. 2124***

**Lexika und alle anderen Bücher
kauft, beilicht Antiquariat, Koch-
strasse 26 I. Ami I 8831.**

**Vereinszimmer 23, 40, Saal
150 Personen, Piano, zwei Reg-
elhäuser, vergüt Ladung, Alte Jakob-
strasse 83. 2478***

**Teishaberin gesucht von junger
Frau, älteres Fräulein. Geschäfts-
einlage 600. Offerte Postamt 17
K. 160. 1127**

**Wer leih einen Handwerker 100
Karl gegen gute Sicherheit und
Jahres auf ein halbes Jahr? Post-
lagernd K. D. Postamt 47. 2126**

**Vereinslokal zu Mieten und
Lohn, auch Sonntag, frei. Invaliden-
strasse 146. 1108***

**Achtung, Gewerkschaften, Vereine!
Meinen 1000 Personen fassenden
Garten mit Spezialtischbühne nicht
großen, neu renoviertem Festsaal
empfehle ich bedingungslos zu Herbst-
festen und Sommerfestlichkeiten
zur gefälligen Benutzung. J. Bernau,
Schwedterstrasse 23. 2128***

**Maurern, Zimmerern wird Zeichen-
unterricht erteilt Lichtbergstr. 7 H.**

**Vereinszimmer mit Piano,
60 Personen, zu vergeben. Simle,
Waldstrasse 66. 1141***

**Wäsche wird sauber gewaschen, im
Freien getrocknet, Latex, Leibwäsche
0,40, Abholung Sonnabends. Emil
Vankath, Köpenick, Müggelheimer-
strasse 40. 2175**

Wohnungen.
Schreinerstrasse 19 vermietet
Stube, Küche, 18,00. 1650*

**Wohnungen nahe Bahnhof, Ger-
mannstrasse, Ecke Barthelstrasse, 1, 2
und 1 Stube mit vielen Neben-
sachen sowie Kabinen mit Wohnung, zu
jedem Geschäfte passend, sofort preis-
wert. Näheres Altdorf, Woytshof-
strasse 4, I. 1905***

**Müllerstrasse 129, Stube, Küche,
zwei Stuben, Küche billig zu ver-
mieten. 2160***

Zimmer.
Leeres Zimmer sofort oder 1. 3.,
Herren oder ältere Dame, Hellwig,
Baugenerstrasse 4, I. 6-8 Uhr abends.

Schlafstellen.
Teilnehmer zur möblierten
Schlafstelle sucht Jacob, Altdorf-
strasse 26.

**Schlafstelle, Mädchen, Welterburg,
Görlitzerstrasse 23. 1497**

Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Gudrich, Humorist, Fennstrasse 1a. *

Stellenangebote.
Gesangsverein sucht für Freitag
tächtigen Dirigenten. Persönliche
Vorstellung im Restaurant Jabel,
Kitzdorf, Reuterstrasse 54. 2195*

Knickerbocker verlangt Nachtrage
und Übersetzung (Gef). 1115

Tüchtige Tischler auf gute Schlaf-
zimmer können sich an einer längeren
Jahre bestehenden Genossenschaft be-
teiligen. Zu erfragen bei Bengels,
Frankfurterstrasse 133. 145

Wamsells auf Paletots im Hause,
Berghamerstr. verlangt Vest, Schön-
leinstrasse 7, Hof IV. 1120

Frauen finden durch Teilungs-
anfragen dauernde und lohnende
Beschäftigung. Wohnungen Potsdamer-
strasse 35, Eingang Köpenickerstrasse
13. 75/13*

Rahmenmacher!
Die Firma Gost u. Co., Kurfürsten-
strasse 146, ist für Rahmenmacher,
Tischler, Polierer, Glaser, Bezogler
und Buchbinder wegen Differenzen
geplant.
77/14 Die Ortsverwaltung.

**Musikinstrumenten-Arbeiter,
Tischler u. Polierer!**
In der Pianofabrik von Bösemer
bestehen sich die Kollegen noch im
Streit. Der Betrieb ist für sämtliche
Arbeiter geplant.
Die Schlichtungskommission.

Stockarbeiter!
Die Arbeiter der Firma Julius
und Hermann Gembeck,
Friedrichstr. 16 u. Zinkenstr. 102,
bestehen sich im Streit. 15/16*

Zugzug ist fernzuhalten!
Die Ortsverwaltung.

Zentralverb. d. Glaser.
Achtung Glaser!
Achtung Bauhandwerker!
Bei der Firma v. Ottowicz,
Kasselerstrasse 3 (Bauten):
Siemens u. Schuler-Werke am
Rennweg; Krimmingerstr.
Taschenuhren; Kaserne in Leipziger-
hof; Paul, Monumentenstrasse;
Heine, Köpenickerstrasse 16;
Bärenhaus, Rennweg; Frank-
furter Allee und bei der Firma
Schäfer u. Co. (Daniel Glaser),
Friedrichstr. 73 und Zinken-
strasse 4, befinden sich die
Glaser im Streit.
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bodenleger!
Die Kollegen der Firma Heine aus
Breslau, Vertreter Schneider,
Gubenstrasse, befinden sich im
Streit. Geplant sind folgende Bauten:
Kochgängerstr. 39, 40, 41 u. 42, Anli-
roderstrasse 116, 118a und 118b, Ber-
lenerstrasse 2, Zinkenstrasse 2, Ober-
lötterstrasse, Kaiser Friedrichstrasse 25,
Königsplatz 10, Woytshagenstr. 70.
Die Ortsverwaltung.

**Achtung! Kistenmacher und
Holzarbeiter!**
In der Kistenfabrik von Müller,
Charlottenburg, Helmstrasse, sind
Differenzen ausgebrochen. 80/6*

Zugzug ist fernzuhalten!
Der Holzarbeiterverband,
Verein der Kistenmacher.

Für die ausständigen Bergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

Liste 4817, d. Eickel 10,50. Berk. d. Stadt. Arbeiter, Sekt. II, a. 2. (dar. Liste 2073, Verein Chem. Berik 12.-) 69,95. Sekt. VIII, Kohlenpläze, Liste 2210 11,00. Sekt. V, Straßenreiniq., a. 2. 97,95. Sekt. XVII, Heilst. Wäntenberg, Liste 2269 21,80. Desgl., Weibl. Person. Arrenant. Dera-berge, Liste 2257 15,70. Desgl., Person. Wärgarten, Liste 2259 14,25. Sekt. XV, Gärtner u. Parkarb., Liste 2252 18,50. Desgl., Liste 2254 5,20. Desgl., Liste 2256 12,85. Sekt. XV, a. b. Gärtner im Friedriehshain, Liste 2253 23,02. Desgl., Arch. d. Hdtl. Steinpläze, Liste 2255 10,55. Bürger-sonne Kasse, Peter I u. II 12.-. Hausdruckerei d. Anilinfabr. Treptow, 2. Rate 5,15. Liste 2644, Pianofabr. Lochow u. Zimmermann, Strauberg, 2. Rate 24,55. Tischl. d. Schmoller u. Jablan, Strauberg, 2. Rate 10,05. Liste 2646, Tischl. D. Rindg., Strauberg, 2. Rate 4,40. Tischlerei Lochow u. Zimmermann, Strauberg, 3. Rate 20,75. Liste 2647 Tischlerei Piesogung, Straubg., 2. Rate 8,15. Liste 2648 Tischlerei Fiescher u. Gubden, Straubg., 2. Rate 9,60. Liste 7429 Tischlerei Fiermannsberg 5,80. Liste 5746 Weberfabr. Saloman, Nixdorf 14,50. Liste 2650 Möbelfabr. Lewins Bwe., 2. Rate 9,15. Liste 5332 Bildhauer-Atelier F. u. R. 10,25. Liste 9447, Automobilfabrik Voos u. Co. 13.-. Techn. Hülfspersonal d. F. Wöbeln, 4. Rate 45,10. Liste 9203, Personal d. Fr. Schirmerchen Buchdr., 4. Rate 19,65. 5028 7.-. Liste 8529 Buchdr.-At. II Firm. Kalsch 13,90. Liste 8221 Geh. d. Golsanopl. 8,20. Spat- u. Kreditverein „Eiche“ 5.-. Buchdr. d. Ad. Niesentahl 2,50. Liste 8894 Handl. „Räberzahl“ u. Fr. Turanereis „Hoffnung“ Maschinen 15,25. Liste 8895 R. u. G., Saal 117 Schraubendr., 4. Rate 31,75. Liste 4651 Tischl. d. Partel 5,30. Liste 4653 12,10. Liste 4654 (verloren) 1,50. Uhr-Rep. d. Timus 9,30. Liste 8550 Buchdr. b. Schenl. Kochl., P. R. Weber 13,10. Bauhilfsl. d. Bell, Friedenan 6,40. 8.-. Liste 8587 Lithographie W. Dargelsberg 17,65. Liste 6971 Tischl. u. Schlosser b. Almann, Friedenan 48.-. Liste 7984 Brauereiarb.-Fabr. Kline u. Co. 14,10. Liste 8561 Tischl. b. Schulz u. Co. 4,85. Liste 8536 Stochfabrik Gebr. Goldmann, 4. Rate 10,95. Liste 7191 (verloren) Deutsche Telefon-W. vorm. Eick, Saal 20 12,60. Buchdruckerei B. Staniewicz, 4. Rate 12.-. Tischl. Bau Frohmann, Heindendorferstr. 8,50. Bauhilfsl. C. Richter, Woland- u. Hennigsdorferstr. 17,40. Wöbelpol. d. Möbelfabr. Stern, 4. Rate 8.-. Liste 8681 11,75. Tischl. b. H. Kraft, 4. Rate 6,80. Liste 8554, Dreherei I. Spirallöhre, Köpenickerstr., 3. Rate 12,05. Buchdr. Siegf. Scholem, 4. Rate 33,35. Naler Bau Kunststendamm 199 u. Sächsischer-straße 75, 3. Rate 12.-. Niesentahl, Ed. Adol., Baumelburg, 4. Rate 13,55. Liste 8641, Wechun. D. Kaitmann 25,70. Liste 5217, Sportbörse Schneider 7,90. Liste 8643, Knopffabr. Damann Schlosser Delle, 4. Rate 12,70. Liste 4097, Bau Holzgerichte, 21,20. Liste 7863, Bergmann, Wst. Listerfeld u. Franke, 3. Rate 28,50. Arb. v. F. Pilsch, 4. Rate auf Listen 8862, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74 171,35. Listen 2771, 72, b. Pilsch 24,20. Liste 8893, d. Mager 38,95. Stoffl. d. Darmst. Zeitweiser, 4.-. Einige Spanbauw. Arb. 4,50. B. C. Hopfenblüte 5.-. Liste 7476, Tischl. d. Wm. Eichel 7.-. Liste 8886, Pianomech. Fabr. Köhler, Dohrer-Saal, 4. Rate 11,45. Listen 8883, 84, desgl., oberer Saal, 4. Rate 25,15. Liste 9208, Buchstaben Tischl. C. Schall 6,90. Liste 5652, Malersch. bei H. Ehrich, Straligerstraße 7,90. Arbeiter der Siemens-Schuckert, Charlitz, Liste 1957, Wst. 84 38.-. Liste 1993, Wst. Arnold 20,15. Liste 5620, Wst. 1 9.-. Liste 5620, Wst. 28 13,30. Liste 5631, Wst. 54b 16,65. Liste 5634, Wst. 19 30,50. Liste 5637, Wst. 10 8,50. Liste 5638, Wst. 64 9,20. Liste 5642, Wst. 12 30.-. Liste 5653, Wst. 85 33,75. Liste 5654, Wst. 77b 7,75. Liste 5657, Wst. 69, 3. Rate 14,50. Liste 5662, Wst. 78 17,75. Liste 5667, Wst. 11 16,80. Liste 5673, Wst. 12 29,05. Liste 5675, Wst. 85, 4. Rate 29,10. Liste 8749, 50 Buchdr. b. Kammerer, Kochstr., 4. Rate 24,35. Liste 5885, Pfeifen-leger Firma Schmidt 9,50. Drucker der Berl. Musikalien-Druckerei d. Jacobson 5,55. Liste 7119, Rabelkasten R. W. D. 11,50. Liste 7127, Goldbau 4,75. Liste 7128, Werkzeugbau R. W. G. 9.-. Liste 7138, Telefonlaborant R. W. D. 20,25. Liste 7143, Drahtzug Berkenhoff R. W. D. 25,75. Liste 7144, Stangenzug Berkenhoff R. W. D. 7,10. Liste 7145, Wst. Berkenhoff R. W. D. 19,75. Liste 8024, Rumpfmalerer R. W. D. 22,90. Liste 8011, Weingießer R. W. D. 16,55. Liste 8012, Weingießer R. W. D. 16,10. Liste 8021, 26,60. Liste 8022, Reparatur R. W. R. D. 16,30. Liste 8023, Reparatur Schlosser R. W. R. D. 18,55. Liste 8030, Werkzeugbau R. W. D. 16,25. Liste 8031, Segmentkneiderer R. W. D. 9,40. Liste 8032, Schmittau R. W. R. D. 12,10. Liste 8042, Reparatur Auto R. W. G. 8,50. Liste 8045, Revolver Auto R. W. G. 12.-. Liste 8046, Dreher Auto R. W. G. 13.-. Liste 8066, Akkumulatoren-Werk Präger 8,25. Geburtsst. d. Schol. Ober-Schönebeide 4.-. Liste 4242, Bodenleger von Plegemann 16.-. Liste 4253, d. Berger, Neffau, 7,25. D. S., 3. Rate 1000.-. Fabrikarb.-Verband Jahn, Witten, 4. Rate 90,10. Arb.-Verdigungsverein Kartensdorf 14,75. G. Lambrecht, Bädermeister, Witten a. d. Weier 10.-. Rentr.-Verb. d. Brauereiarb. Jahn, Rumbach 60.-. Wöbelhilfsl. b. Ebdite, Pantom 25.-. C. E. R. 20,05. Gelanger, d. Zimmerer, 2. Rate 10.-. Arb. d. H. E. G., Schlegelstraße 12,35. Rauchh. Heidenhof, Reichelt II, R. d. H. E. G. 7,70. Bauhilfsl. Gring, Wstl. u. Co. 12,20. Zentral-Verband der Tischl. Jüliche Neuenhagen, 3. Rate 15.-. Liste 7899, Wstl. Wiesenhal 20,25. „Solidarität“ Minister in Westfalen 2.-. Karl Brumlow, Birkenstr. 11 6.-. Schafkoppl. Weisensee Rühle 3.-. Gasarbeiter aus der Kaiserstraße 2,10. Liste 2463 d. Weinst. Ober-Schönebeide 9,45. Listen 6994, 95, gel. l. d. F. Kumbel 22,85. Liste 6996, R. W. D. Weidgummi d. Derges 18,45. Liste 6997, R. W. D. Verband d. Derges 10,40. Liste 6998, R. W. D. Weplerstraße d. Derges 26,60. Geburtstagsfeier b. Dierner d. Schol. 3,60. Liste 1207, Gießerei Gebauer 18,40. Liste 1208 b. Böttner 15.-. Liste 1218, Schlosserwerk Philipp u. Junf 9,50. Liste 1220, Gießereier Senker 3,15. Liste 1225, Gießereier Schmemann 28,75. Liste 1227, Gießereier Doring, Brenzlauer Allee 19,10. Liste 5512, H. E. G. d. Schulz 8,10. Liste 5504, Stahlgießerei Krichmedes 14,55. Liste 5505, Gießereier Schöning 21.-. Liste 5509, Gießereier Krieb 32,10. Liste 1230, Gießereier Siemens, Pantom 27,55. Verb. d. Schneider, Jil. Berlin, Jonto a. 2. 150.-. Arb. der deutschen Wäsen- und Wäschstofffabrik, 4. Rate, Liste 1885, Wstl. Nachmann 26,20. Liste 7266, Wstl. Böttner, Schleierel 14.-. Liste 7281, Wstl. Gode 11,50. Liste 7282, Wstl. Werkzeugbau 13,10. Liste 7283, Wstl. Hölzer 8,60. Liste 8022, Wstl. Darg 13,75. Liste 8023, Wstl. Werkzeugbau 23,30. Liste 8024, desgl. 38,30. Liste 8026, Wstl. Heusch 11,75. Liste 8031, Wstl. Werkzeugbau 44,05. Liste 8033, Wstl. Linber 3,40. Liste 1883, G. Weßel, Turmstraße 10,20. Hausdiener u. Kausch d. Handl. verleiht-Anstalt Leop. Wagner, 2. Rate 20.-. Desgleichen, 3. Rate 20.-. Zentralverband d. Tischl. Deutschl., Jil. Berlin, auf Liste 1611 4,50. 1629 2,50. 1644 19,20. 1647 5,15. 1650 11.-. 1651 4,25. Zentralverband der Tischl. Deutschl., Jil. Berlin 1500.-. Liste 2026, Tischl. Hölzer u. Schmidt, dar. Heilshaus 3,95 18,60. Liste 5351 d. Sorg 9,75. Liste 2049, Werkst. Geister, Weisensee 30,55. Liste 2059, F. Ebert, Weisensee 22.-. Liste 2048 b. Rofke 14,40. Verband der Wöbelmacher, a. Jonto auf Listen 100.-. Bauhilfsl. d. Rahn, Quaken-Weier, 4. Rate 26.-. Liste 5438 10,50. Summa 5808,72 M. Bereits quittiert 118 196,00 M. Im ganzen 124 004,72 M.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Weier 15, vorm. 9-1 und nachm. 4-8 Uhr.

Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen, an A. Körsten, Engel-Weier 15, zu richten.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Neuenhagen. Sonntag nachmittags 4 Uhr findet in Kogels Lokal (Prügmühle) eine Volksversammlung statt, welche sich mit der „Revolution in Russland“ beschäftigen wird.

Friedrichshagen. Sonnabend abends 9 Uhr findet bei Weid, Friedriehstr. 114, die Mitglieder-Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt, in welcher Genosse Paul John über das Thema „Die Junter kommen!“ sprechen wird.

Nieder-Schönhausen. Der Wahlverein feiert am Sonnabend in Benzels Lindengarten, Lindenstr. 43, sein erstes Winterfest.

Rudow. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr ist bei Reime die Versammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag über das Parteiprogramm.

Potsdam. Ueber die Revolution in Russland spricht Genosse Jubel heute Donnerstag abends 9 1/2 Uhr in der im Viktoria-Garten, Alte Luisenstr. 82, stattfindenden Volksversammlung.

Lokales.

Aus dem städtischen Obdach

hatten wir vor einiger Zeit gemeldet, daß der Plan, die bisher nur an Wochentagen geübte Sitte der Heberweisung der zu oft wiederkehrenden Asylisten an die Polizei künftig auch an den Sonntagmorgen auszudehnen, sofort nach dem hierüber gefassten Beschlusse zur Ausführung gekommen sei. Die Sonntagüberweisungen hatten am letzten Sonntag des November mit einem Massenschub begonnen und wurden dann in Dezember fortgesetzt. Ueber die Dezemberfrequenz des Obdach liegen jetzt amtliche Nachweise vor, und man kann sich nunmehr aus ihnen ein Bild davon machen, wie rasch diese auf Hinausgraulung der Stammgäste abzielende „Reform“ gewirkt hat.

In unserer letzten Betrachtung über dieses Thema hatten wir gezeigt, daß bisher die Abteilung für nächtlich obdachlose Männer in den Nächten vor den Sonntagen gewöhnlich 300-500 Mann mehr als in den Wochentagsnächten zu beherbergen gehabt hatte. Auch am letzten Novembersonntag war es noch so gewesen. Dagegen wies bereits der erste Sonntag des Dezember eine nur um 87 Mann höhere Frequenz auf als der Durchschnitt der sechs vorhergehenden Wochentage. Offenbar hatte es sich in den Kreisen der Obdachlosen rasch herumgesprochen, daß fortan auch am „Tag des Herrn“, am Sonntag, „verschoben“ wird, und so hatten viele, die schon zu oft im Obdach genächtigt hatten, aber gern noch die Freinacht benutzt hätten, es vorgezogen, dem Obdach fernzubleiben. Neugierig stellte sich am nächsten Sonntag der Frequenzunterschied gegenüber dem Durchschnitt der abgelaufenen Woche auf 60 Mann. Die Frequenz des dritten Sonntags aber fiel so gering aus, daß sie sogar um 76 Mann hinter dem Durchschnitt der Woche zurückblieb. Konnte man einen rascheren Effekt wünschen?

Mehr ließ sich durch das neue Hinausgraulungsmittel im Dezember zunächst nicht erreichen. Der vierte Sonntag war nämlich erster Weihnachtsfeiertag. Da scheint sich aber in die maßgebenden Schädel doch das Empfinden hineingeschlichen zu haben, daß es ein wilder Hohn auf alle Menschlichkeit wäre, wenn man am Heiligabend den durch die übliche Weihnachtsfeier in das Obdach hineingelockten Obdachlosen unterem Lichterbaum vom „Frieden auf Erden“ erzählten und hinterher am Weihnachtsmorgen die unerbittlich obdachlosen Stammgäste kaltherzig der Polizei überliefern wollte. Ob auch die Obdachlosen selber herausgeföhlt haben, daß man bis zu solcher Schmach nicht hinabsteigen würde, oder ob es ihnen schon vorher angekündigt worden war, daß zu Weihnachten die alten Freinachte wieder hergestellt worden, das entzieht sich unserer Kenntnis. Genug, am Heiligabend und am Abend des ersten Feiertages fanden sich wieder je 500 Gäste mehr ein als an den vorhergehenden Wochentagen. Und am ersten und zweiten Feiertag wurde dann wirklich niemand „verschoben“.

Ueber das Ergebnis dieses ersten Monats nach der Freinachtbeseitigung las man im Januar in der bürgerlichen Presse eine aus dem Rathaus stammende Notiz. Bei den Sozialdemokraten entrißte man sich über Einführung der Sonntagskontrolle. „Wie notwendig diese ist, ergibt die Nachweisung, daß täglich, mit Ausnahme der Weihnachtsfeiertage, im vergangenen Monat 25-30 Personen zur Polizei geführt werden mußten, darunter solche, die seit längerer Zeit gesucht wurden, entflohen oder der polizeilichen Aufsicht unterstellt waren und sich dieser entzogen hatten. Im ganzen wurden nicht weniger als 775 solcher Personen polizeilich fixiert, weil sie was auf dem Kerbholz hatten.“ Weil sie was auf dem Kerbholz hatten! Der satte Bürgermann wird aus diesem klug gewählten Ausdruck den Schluß gezogen haben, daß alle 775 sich eine mehr oder weniger schwere Gefesbesverletzung hatten zuschulden kommen lassen, während sie in Wirklichkeit nur deshalb der Polizei überliefert wurden, weil sie schon zu oft im Obdach genächtigt hatten. Gewiß wird mancher auch noch aus anderen Gründen die Polizei zu fürchten gehabt haben, die meisten aber hatten sicherlich nichts anderes „auf dem Kerbholz“ als ihre Obdachlosigkeit.

Den Persönlichkeiten, die über das städtische Obdach zu entscheiden haben, ist durchaus damit gedient, wenn der satte Bürgermann in der Ansicht bestärkt wird, daß da draußen in der Fräbelstraße eigentlich nur einer Rotte arbeitscheuer und verbrecherischer Elemente ein erwünschter Unterschlupf bereitet ist. Die bürgerliche Klasse leidet solcher Stimmungsmache auch willig das Ohr. Zwar steckt unter den ehrfamen Handwerksmeistern des freisinnigen „Bürgerturns“ und des konservativen „Mittelstandes“ mancher, der in jüngeren Jahren auch mal als Arbeitsloser betteln ging und im Obdach nächtigte und gleichwohl später noch eine ganz repulische Person geworden ist. Aber so etwas wird bekanntlich leicht vergessen, wenn man's zu etwas gebracht hat. Der Arbeits- und Obdachlose von ehedem stimmt heute, wo es ihm gut geht, weil er selber zu den Arbeitsausbeutern und Deutschesindern gehört, eifrig ein in das Geschrei über das „arbeitscheue Gefindel“.

Bürgerliche Blätter teilen mit, daß unser Parteigenosse Antrid infolge von Vorgängen privater Natur von der Parteileitung aufgefördert worden sei, seine Ehrenämter in der Partei niederzuliegen. Wir können zu dieser Angelegenheit mitteilen, daß Antrid vor kurzem bereits die Erklärung abgegeben hat, sein Stadterordnetenmandat niederlegen zu wollen.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Hochbau-Deputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramskau legte Stadtbaurat Ludwig Hoffmann die speziellen Entwürfe für die 6. städtische Volkshochschule auf dem Bedding vor. Diese Anstalt soll zwei Schwimm bassins, einen für Männer und einen für Frauen an der Gerichtstraße erhalten. Die Kosten sind auf zirka 1 000 000 M. veranschlagt. Die Deputation genehmigte die Pläne und gleichzeitig die für das Inventarium für das Märkische Provinzial-Museum, das rund 456 600 M. kosten wird. Nach Genehmigung durch die Gemeindebehörden soll mit dem Bau des Volkshochs und der Einrichtung des Museums begonnen werden.

Der Stadthaushalts-Etat

der Stadt Berlin für 1905 schießt in Einnahme und Ausgabe mit rund 135 1/2 Millionen Mark ab, wobei die Abschläßern der städtischen Werke natürlich außer Rechnung gelassen sind. Der Etat kann sich jetzt schon mit dem der größten Bundesstaaten nicht nur in Bezug auf die Höhe, sondern auch in Bezug auf Klarheit und Uebersichtlichkeit messen. Die Steuern sind wie folgt angelegt:

Gemeinde-Grundsteuer: 22 Millionen Mark, Gewerbesteuer: 9 1/2 Millionen Mark, Warenhaus-Steuer: 3/4 Millionen Mark, Einkommensteuer: 31 3/4 Millionen Mark, Hundesteuer: 844 000 Mark, Brauabgabe-Steuer: 3/4 Millionen Mark, Betriebssteuer: 293 000 Mark, Wanderlager-Steuer: 600 Mark und Umsatzsteuer: 5 Millionen Mark, zusammen 70 690 000 Mark. Ferner sind bei der Kammerei in Einnahme gestellt 907 000 M., bei den Werken 9 200 000 M., Kapital- und Schuldenverwaltung: 18 1/2 Millionen Mark, beim Unterricht: 3 1/2 Millionen Mark, beim Armenwesen 1 1/2 Millionen Mark, bei der Krankenhaus- und öffentlichen Gesundheitspflege: 3 1/2 Millionen Mark, bei der Parkverwaltung: 25 700 Mark, beim Bauwesen: 13 1/2 Millionen Mark, bei den Verwaltungskosten: 1 1/2 Millionen Mark, bei der öffentlichen Straßenbeleuchtung und -reinigung: 138 750 Mark und bei verschiedenen Einnahmen (Renten und Beiträge der Straßenbahnen, Elektrizitätswerke, Gaswerke u.): 13 1/2 Millionen Mark. Diefen Einnahmen stehen folgende Ausgaben gegenüber: rund 178 000 Mark bei der Kammerei, 2 1/2 Mill. Mark bei den städtischen Werken, 1 1/2 Millionen Mark bei den Steuern, 21 Millionen Mark bei der Kapital- und Schuldenverwaltung, 25 1/2 Millionen Mark beim Unterricht, 15 1/2 Millionen Mark beim Armenwesen, 10 1/2 Millionen Mark beim Krankenhaus- und öffentlichen Gesundheitswesen, 1 Million Mark bei der Park-Verwaltung, 27 1/2 Millionen Mark beim Bauwesen, 13 1/2 Millionen Mark bei den Verwaltungskosten, 7 Millionen Mark bei den Polizeikosten u., 5 1/2 Millionen Mark bei der Straßenreinigung und 3 1/2 Millionen Mark bei dem Kapitel über verschiedene Einnahmen.

Den Alkoholenkel

scheinen auch die preussischen Minister in gar zu gruseliger Gestalt zu stehen. Der Kultusminister, der Minister des Innern und der Minister für Handel und Gewerbe haben an die Oberpräsidenten einen gemeinsamen Erlaß gerichtet, in dem um ein Gutachten über Mißstände im Flaschenbierhandel, die in einem an die Regierung gelangten Bericht namentlich hinsichtlich der Verteilung der gewerblichen Arbeiter zur Trunksucht behauptet worden war, und gegebenen Falles auch um eine Verhütung über die Zweckmäßigkeit der Einführung einer von dem Bedürfnis abhängigen Erlaubnis zum Flaschenbierhandel ersucht wurde. Dieser Ministerialerlaß ist von den Kellern der Berliner Kaufmannschaft zum Gegenstand der Beratung sowohl mit Sachverständigen außerhalb und innerhalb des Kollegiums gemacht worden. Dabei ist die Ueberzeugung zum Ausdruck gekommen, daß, soweit Berlin und seine Vororte in Frage kommen, kein Grund vorliegt, durch irgend eine Maßnahme auf eine Einschränkung des Handels mit Flaschenbier hinzuwirken. Sie würde lediglich zur Folge haben, daß der Absatz von Flaschenbier sich in den Händen weniger, bedorogierter Händler konzentrierte, unter schwerer Schädigung aller übrigen Materialwaren-, Grünfram- und Vorstoffhändler usw., deren Absatz infolge dieser Maßnahme auch in allen anderen Artikeln ihres Betriebes zurückgehen würde, da die Hausfrau natürlich nach Möglichkeit ihre Waren für die Haushaltung nur bei einem Händler einzukaufen wünscht. Wenn die Schädigungen, die in dem Ministererlaß von den Haushaltungen der Arbeiter entworfen worden sind, für Berlin zuträfen, dann müßte der Konsum von Flaschenbier angenommen haben. Es ist aber trotz der Zunahme der Bevölkerung ein Rückgang eingetreten. 1900/01 wurden 725 815 Hektoliter Flaschenbier abgesetzt, 1902/03 aber nur 677 932 Hektoliter, also 47 883 Hektoliter weniger. Da es sich nun hier um einen neuen und empfindlichen Eingriff in die Gewerbetreibend handelt, so empfiehlt es sich, auf der Hut zu sein.

Auch wir unterschätzen die durch den Alkohol bewirkten Schädigungen gewiß nicht, glauben aber ebenfalls, daß Maßnahmen gegen den Flaschenbierhandel das n u t z l o s e wären, was geschehen kann. Es scheint übrigens, daß die preussischen Minister nur die Schädigungen an Vermögen durch den Alkohol ins Auge fassen und nicht die Schädigungen an geistiger und körperlicher Gesundheit. Andererseits wäre es Christenspflicht der Minister, in Polizeiverordnungen auch einem etwaigen Zuviel im Sekt- und Rheinwein-Genuss zu steuern. Denn es ist bei der Gleichheit vor dem Gesetz, die laut Verfassung trotz allem noch in Preußen gang und gäbe sein soll, gar nicht einzusehen, warum die moralische und physische Gesundheit notleidender Junker und Kohlenbarone nicht ebenso hoch im Kurse stehen soll, wie die eines Flaschenbier trinkenden Bauarbeiters.

Die Beteiligung an dem geplanten Kinderhilfsfest haben mehrere Vereine endgültig abgelehnt. Zu diesen gehören der Verein der Berliner Ferienkolonien, der Verein „Mädchenhort“ und der Verein für häusliche Gesundheitspflege.

Festnahme eines Diebers. Eine Fundgrube für die Kriminalpolizei ist die Gegend der Pfandkammer in der Schönhauserstraße. Dort treiben Hehler und Diebe oft ungeschäm einen schwärzhaften Handel, und manche Beobachtung, die hier gemacht wurde, führte schließlich zur Aushebung ganzer Bedrochnerreihen. Die Hehler suchen sich in der Regel damit herauszugeben, daß sie behaupten, die Spitzbuben nicht zu kennen. Aber sie wissen ganz genau, von wem sie laufen, und zahlen daher auch durchweg so niedrige Preise, daß für die Diebe meist nichts herauskommt. Jetzt wurde wieder ein Mann gefaßt, der die Hehlerrei im großen Betrieb, ein Handelsmann Julius Marcus, dessen Absatzgebiet besonders die Provinz Posen ist. Er kaufte alles; es gibt nichts, für das er keine Verwendung gehabt hätte. Trotz des großen Umfangs seiner Geschäfte aber wollte es nicht gelingen, sein Lager zu ermitteln, bis es nach langen Beobachtungen jetzt endlich in der Weinstraße entdeckt wurde, wo ein Verwandter des Handelsmannes wohnt. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte in dem Lager eine ganze Wagenladung Waren aller Art: Kognak, Sekt, Schirme, Perzentstoffs, Champagner, Gummi-schläuche, chemische und technische Instrumente usw. Die Schirme stammen aus einem Diebstahl in der Graefenwallstraße, seidene Hüfen aus einem Diebstahl am Hermannplatz. Der Ursprung vieler anderer Waren ist noch nicht ermittelt.

Der Weis. Auf ärmllichem Lager und ganz abgezehrt wurde geftern die 78 Jahre alte unerscheldichte Christiane Heinde in ihrem Stübchen, das sich im vierten Stockwerk des Quergebäudes Hennigsdorferstraße 26 befindet, tot aufgefunden. Sie hatte sich anscheinend mühsam ihren Lebensunterhalt verdient. Als man heute ihren Nachlaß feststellte, fand man unter altem Gerümpel etwa 11 000 M. in Wertpapieren und barem Gelde.

Der Tod der Frau Professor Baginsky ist, wie die Obduktion ergeben hat, nicht auf Infektion durch Bleigift, sondern auf eine Bauchfellentzündung zurückzuführen.

Mit einer Schußwaffe ist gestern ein fürchtbares Unglück angerichtet worden. Der Koffereibesitzer Berner in der Prinz Eugenstraße 9 hatte an der Wand seines Zimmers einen geladenen Revolver hängen. Er beschäftigte einen 14-jährigen Knaben mit Milchkanstragen und dieser Knabe hielt sich am Nachmittag im Wohnzimmer auf, in der Frau Berner mit Handarbeiten beschäftigt war, während das einzige Kind des Ehepaars, ein anderthalb Jahre alter Knabe, in der Wiege lag. Gegen 4 Uhr wurde die Frau von einer Nachbarin in die Küche gerufen, und diesen Augenblick benutzte der Knabe, den Revolver zum Spielen von der Wand zu nehmen. Die Waffe entlud sich und der Schuß traf das Kind an der Stirn. Der Vater hatte Geistesgegenwart genug, mit dem blutenden Kleinen Geschöpf nach der Unfallstation zu eilen, doch war die Hilfe vergebens. Die Frau, welche hochschwangler ist, mochte in ihrer Verzweiflung sich mit der Unglücks-Waffe erschießen und mußte durch Nachbarn von diesem Vorhaben abgehalten werden.

Schwer verunglückt ist gestern, Mittwoch nachmittag die Arbeiterin Schornstein aus der Koburgerstr. 4 in einer elektrischen Fabrik in der Strelitzerstraße. Sie verdrückte sich an beiden Füssen so stark, daß sie mit einem Koppischen Krankenwagen nach dem Lazarus-Krankenhaus gebracht werden mußte.

Stechbriefflich verfolgt wird jetzt der Bankier Paul Schmidt, der seine Gläubiger und Betrogenen so lange an der Nase herumgeführt hat, daß er unangesehen ins Ausland entkommen konnte. Den Geprüften stellte er in Aussicht, daß seine reichen Verwandten ihren Verlust decken würden, wenn keine Strafanzeige gegen ihn vorliege. In der Hoffnung, ihr Geld zu retten, unterließen sie daher die Anzeigen, obwohl er sich der Depotunterschlagung, der Urkundenfälschung usw. schuldig gemacht hat. So gewann der Schwindler Zeit zur Flucht und ist wahrscheinlich nach Brasilien entkommen. Seine Frau und Kinder ließ er zurück. Sie leben in auskömmlichen Verhältnissen und werden wohl von den Verwandten unterstützt. Erst jetzt, nachdem alle Aussichten geschwunden sind, kommen Anzeigen gegen den Tächtigen. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte namentlich alle Bücher und schloß die Geschäftsräume. Schmidt ist Bizelektromechaniker eines Garderegiments und tritt sehr schmeichelig auf. Er ist ziemlich groß, hat blondes Haar und blonden Schnurrbart und trägt einen Kneifer ohne Fassung.

Feuerbericht. Mittwoch früh gegen 6 Uhr wurde die Wehr nach der Ritterstr. 17 gerufen, weil dort in der Lampenfabrik von G. N. Vogel ein größeres Schadenfeuer ausgebrochen war. Der Brandherd lag in der in den Parkterrassen des Quergebäudes untergebrachten Zinkgießerei. Als der 18. Löschzug eintraf, standen schon große Regale, in denen die zum Gießen dienenden Messingformen aufgestellt waren, in Flammen und dichter Rauch drang aus den Fenstern. Es mußte nun längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Ueber die Entstehungsbursache ist nichts ermittelt. Der verursachte Schaden ist erheblich, da teure Messingmodelle teils ganz zerstört, teils entwertet wurden. — In der Basewalkstr. 11 waren dann Möbel und Kleidungsstücke in einer Küche in Brand geraten, dessen Abloschung aber vom 18. Zuge mit Leichtigkeit erfolgen konnte. — Die übrigen Alarmierungen, die noch in den letzten 24 Stunden aus der Leipzigerstr. 77 und noch aus einigen anderen Orten einliefen, waren auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Eine Aufführung der „Brant von Messina“ im Freien, und zwar in den „Terrassen von Halensee“, beabsichtigt ein „geschäftsführender Ausschuss für die Völlschillerfeier in Berlin 1905“. Der mehrwöchentliche Sprechchor soll aus der Bürgerschaft gebildet werden. Der Ausschuss schreibt dazu: „Sorgfältige Sprechproben haben schon jetzt, ehe noch die schallenden und langstehenden Bauten vorhanden sind, überraschend günstige Resultate ergeben, so daß eine sorgfältige, künstlerische Abschattung der Sprache auch für die Einzelsprecher verbürgt ist. Damit fällt das Hauptbedenken gegen den Plan. Der Zuschauerraum, den Garten und erste Terrasse bilden, faßt 4000 Personen, die Zahl der Plätze kann aber unter Zufußnahme der beiden oberen Terrassen und so weiter auf über 7000 erhöht werden. Auch sind Vorkehrungen geplant, daß bei schlechter Witterung das Spiel ohne Unterbrechung stattfinden kann. Für die Berechnungen ist zur Deckung sämtlicher Unkosten ein Besuch von nur ungefähr 1100 Personen für jede Vorstellung zu einem niedrig angenommenen Durchschnittspreis der Eintrittskarten vorgesehen, der einem etwa ausverkauften Theater entspricht, also in überaus günstigem Verhältnis zur Größe und Bedeutung der Veranstaltung steht. Zur Sicherstellung der Gesamtkosten ist ein Garantiefonds erforderlich, dessen Zeichnung bereits so weit vorbereitet ist, daß mehr als die Hälfte der Summe in fester Aussicht steht. Der Reinertrag soll für humanitäre und künstlerische Zwecke, im Sinne Schillers, bereitgestellt werden.“

So der Ausschuss. Unserer Meinung nach ist die „Brant von Messina“ etwas sehr Schönes und die Maßnahme ebenfalls. Daß beide sich aber betragen werden, erscheint uns zweifelhaft. Wenn das nur kein Reinsfall wird!

Der Verein für völkstümliche Kurie von Berliner Hochschullehrern veranstaltet in den Monaten Februar bis April eine dritte Reihe von Vortragskurien. Es finden vier Kurien von je sechs Vorträgen statt, die alle um 8 1/2 Uhr abends beginnen und 1 1/2 Stunden dauern. Das Programm lautet: 1. Montags: Privatdozent Dr. Wilbrandt: „Die Frauenarbeit in der deutschen Volkswirtschaft“ in der Aula des Französischen Gymnasiums, Reichstags-Str. 6; Anfang 6. März. 2. Mittwochs: Privatdozent Dr. Bornstein: „Ueber Heizung und Beleuchtung“ im Hörsaal 158 der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Berlinerstr. 151; Anfang 22. Februar. 3. Donnerstags und Sonnabends: Privatdozent Dr. R. Delbrück: „Gilder aus der Geschichte der antiken Kunst“ im Hörsaal des Kunstgewerbe-Museums, Prinz-Albrechtstr. 7; Anfang 2. März. 4. Donnerstags: Professor Dr. Potonié: „Die Entstehung der Steinlohlen und verwandter Bildungen“ im großen Hörsaal der Bergakademie, Javalidenstr. 44; Anfang 23. Februar. Ausführliche Programme sowie Eintrittskarten zum Preise von 1 M. für jeden Kursus sind zu haben bei: Georg Belling, Zigarrenhandlung, W., Leipzigerstr. 128; A. Schütz, Rentant, O., Holzmarktstr. 60; Chr. Tischendorf, C., Sophienstr. 20; Bernhard Starck, Buchhandlung, SW., Friedrichstr. 250; Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, SW., Dessauerstr. 14 (8 bis 3 Uhr).

Aus den Nachbarorten.

Selbst in konservativen Kreisen geben sich Sympathien für die Bergarbeiter im Ruhrrevier kund. Im Verein reichstreuher Männer zu Wilmersdorf steht der Antrag eines Herrn v. Winterfeldt am Freitag auf der Tagesordnung, wonach dem Pastor v. Wobeslawing für die notleidenden Familien im Ruhrrevier eine Geldsumme vom Verein aus überwiesen werden soll. Man muß natürlich abwarten, ob dieser Antrag angenommen wird. Immerhin ist es bemerkenswert, daß den konservativen Hebern in Parlament und Presse im eigenen Parteilager Gegner erstehen.

Rixdorf.

Der Entwurf des Stadthaushaltsplans für 1905 ist jetzt vom Magistrat fertiggestellt worden und liegt acht Tage lang im Rixdorfer Rathaus zur öffentlichen Einsicht aus. Das Ordinarium schließt in Einnahme und Ausgabe mit 4 424 600 M., ab gegen 3 945 700 M. im Vorjahre. Die einzelnen Kapitel stellen sich wie folgt: Aus Vorjahren 220 810 M. Allgemeine Verwaltung: 147 589 M. Einnahme, 919 300 M. Ausgabe. Grundstücke und Gebäude: 44 200 M. Einnahme, 101 600 M. Ausgabe. Gewerbliche Unternehmungen: 309 200 M. Einnahme, 2100 M. Ausgabe, also Ueberschuß 307 100 M. Veranlagungen und Einrichtungen: 130 300 M. Einnahme, 86 300 M. Ausgabe, Ueberschuß 44 000 M. Schulverwaltung: Einnahme 151 700, Ausgabe 1 102 900, also ein Zuschuß von 951 200 M. erforderlich. Armen- und Waisenpflege erfordern einen Zuschuß von 233 200 M.; die Einnahme beträgt 84 800 M., die Ausgabe 368 000 M. Die Krankenanstalt erfordert an Zuschuß 55 300 M., da einer Ausgabe von 141 200 M. nur eine Einnahme von 85 800 M. gegenüber steht. Für öffentliche Straßen und Plätze ist ein Zuschuß von 302 200 M. erforderlich, während Kapital- und Schuldenverwaltung einen Zuschuß von 691 300 M. beanspruchen. An Gemeindesteuern sollen 2 549 700 M. aufgebracht werden, 308 800 M. mehr als im Vorjahre. Der Zuschlag zur Einkommensteuer soll auf 120 Proz. herabgesetzt werden.

Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Der für den aus Weißensee bezogenen Genossen Schumann gewählte Genosse Schmutz wurde in der letzten Sitzung eingeführt. Ganz besonderes Interesse zeigte sich in der Vertretung für den Etat der höheren Knabenschule. Die Zuschauereinnahme war zum Überfließen voll und Lehrern der

Volksschule besetzt, da die Meinung vorherrscht, daß die Lehrerschaft es sei, welche eine künstliche Agitation gegen die Schule betreibt und vor allem dahin arbeitet, daß die Volksschule beseitigt werde. Und sie hatten sich nicht getraut. Die Herren König und Appeltat verlangten von dem anwesenden Direktor der höheren Schule Auskunft darüber, welche Lehrer und Beamte ihre Söhne nach Berlin in die Schulen schickten. Sie standen auf dem Standpunkt, daß diese Personen verpflichtet seien, ihre Kinder hierorts die höhere Schule besuchen zu lassen und beriefen sich auf das Recept: „Weß' Brot ich esse, deß' Lied ich singe!“ Genosse Taubmann hatte die Aufgabe, den Herren die Wahrheit zu sagen. Er sprach die Ansicht aus, daß man bedenken sei, vor allem den Etat der höheren Schule unter Dach und Fach zu bringen, um nachher die berechtigten Forderungen der Volksschullehrer und sonstigen Beamten zurückzuführen, mit der Begründung, daß keine Mittel vorhanden seien. Er wies nach, daß der Etat des Vorjahres um ein bedeutendes überschritten worden ist, ohne daß die Gemeindevertretung diese Ueberschreitungen bewilligt habe. Geradezu ungeheuerlich ist, daß der Zuschuß gegen 5800 M. im Vorjahre auf 19 300 M. in diesem Jahre gestiegen ist. Für Inventar, Unterrichtsmittel und sonstige Ausgaben sind pro Klasse (inkl. Volksschule) 326,50 M. erforderlich, während für den gleichen Posten in der Volksschule 40,50 M. ausgeworfen sind. Der Volksschüler kostet der Gemeinde 44 M., der Schüler der höheren Schule dagegen 111,50 M., der Schüler der Vorschule sogar 131,50 M. Er betrachtete diese Mehrausgabe als Geschenk für die Besichtigenden und forderte auf, dafür zu stimmen, daß die Besichtigenden diese Kosten auf ihre Schultern nehmen. Der besoldete Schöffe Dr. Rabe und Gemeindevertreter Appeltat benutzten die Gelegenheit, der Sozialdemokratie eine Lektion zu halten, erhielten aber von unseren Genossen eine gehörige Abfertigung. Ersterer stellte fest, daß in diesem Jahre bereits 600 fruchtlose Pfändungen wegen Steuerrückständen vorgenommen worden sind, und diese zumeist bei Sozialdemokraten. Diese sind es, welche sich allein davor drücken, Steuern zu zahlen. Im übrigen schwiegen sich die Herren aus und nahmen den Etat an, ohne mit der Wimper zu zucken. — Nachdem die Volksschule von der Regierung anerkannt ist, verlangt das Provinzial-Schulkollegium Vorlegung einer Ordnung betreffend die Verpflegung der Hinterbliebenen der Lehrer und Beamten. Auch hier lag bereits ein Entwurf vor, woraus zu ersehen war, daß die Gemeinde wohl die Kosten zu tragen hat, aber im übrigen das Provinzial-Schulkollegium über die Verwendung der aufgebrauchten Kosten bestimmt. Unsere Genossen verlangten, daß die Gemeinde verpflichtet sei, das Bestimmungsrecht für sich in Anspruch zu nehmen, jedoch „mit schwerem Herzen“, wie sich einige Herren ausdrückten, wurde die Vorlage mit 20 gegen 11 Stimmen angenommen. — Die Oppositionswut der aus dem alten Ortsteil hingewählten Gemeindebeordneten hat sich auch schon gezeigt, denn bei der Frage der Uebernahme der Beamten aus Alt-Weißensee stimmten sie für den Antrag, über die Anstellung des ehemaligen Gemeindevorstehers Klingenberg in geheimer Sitzung zu verhandeln. Die Verhandlung ergab übrigens, daß Klingenberg nicht angestellt wird; dafür stimmten nur der Gemeindevorsteher und der besoldete Schöffe. Ebenso soll die Klage gegen Klingenberg auf Herauszahlung der erhaltenen Provision ihren Fortgang nehmen, falls er Ansprüche an die Gemeinde stellen sollte. — Das Ortsstatut betr. das Kaufmannsgericht erfuhr eine Abänderung insofern, daß nur für unüberänderte Vorschlagslisten gestimmt werden darf. Das Kaufmannsgericht soll am 1. April in Kraft treten.

Charlottenburg.

In der vergangenen Nacht suchten Einbrecher die Gastwirtschaft von Lude am Stuttgarter Platz in Charlottenburg heim. Sie drangen in der dritten Morgenstunde vom Keller, dessen Tür sie erbrochen hatten, durch die Eisengasse in das Schanklokal ein. Hier beraubten sie die Beschäftigten und trafen unter den Zigarren und Schwären eine reiche Auswahl. Dann schlichen sie durch das Schlafzimmer, in dem des Nachts der Sohn des L. schläft, in das Schlafzimmer der Wirtin und nahmen deren Ude sämtliche auf einem Stuhl vor dem Bett liegenden Kleidungsstücke fort und entnahmen mit diesen unbemerkt wieder in den Keller. Hier durchsuchten sie eingehend die Kleidungsstücke, in deren Taschen sie eine Uhr, ein Portemonnaie mit 41 Mark sowie ein Taschentuch fanden. Im Keller veranfaßten sie dann ein Hodgelege. Schließlich durchsuchten sie dem Keller aus noch die Fußboden der in demselben Hause befindlichen Niederlagen von Koefer u. Wolff sowie der Bogega anzubohren. Sie hatten jedoch hier keinen Erfolg. Bei ihrem Weggange schrieben die Diebe noch an die Kellertüren mit Bleistift die Worte: „Stehlen verboten!“ und „Achtung, der Hund beißt!“ Leider entliefen die Spitzbuben unbehelligt.

Gerichts-Zeitung.

Die Leidensgeschichte der Anna Drewh.

Der unheimliche Einfluß, welchen die Zubälter auf die unter ihrer Kränne stehenden Opfer ausübten, wurde gestern in einer Verhandlung vor dem Schwurgericht I in grellem Lichte beleuchtet. Wegen wissenschaftlichen Reineides war die 20jährige Anna Drewh angeklagt, eines jener Mädchen, welche im Strudel der Großstadt, jeden moralischen Halts beraubt, sich dem Laster in die Arme werfen. Die Angeklagte stammt aus einer einfachen aber anständigen Familie. Nach ihrer Einsegnung trat die D. in ein Zeitungsausgabere-Bureau ein. Durch leichtsinnige Mädchen wurde sie dazu verleitet, gewisse große Tanzlokale in den Vororten Berlins zu besuchen, wo sie sich ein „Verhältnis“ anschaffte. Seitens der Eltern wurde dies natürlich nicht gebilligt; die Angeklagte zog es vor, das Elternhaus zu verlassen und fiel bald dem Laster in die Arme. Die betrübten Eltern veranlassen eine Ueberführung des Mädchens in eine Zwangs-erziehungsanstalt. Von dieser erhielt die Angeklagte, als angeblich „gebessert“, einen Dienst bei einem Kaufmann Bodrowski in Steglitz. Der Hong zum Leichtsinne war indessen bei ihr so weit vorgeschritten, daß sie eines Tages eine günstige Gelegenheit benutzte und unter Mitnahme von 413 Mark verschwand. Von dem Gelde kaufte sie sich elegante Kostüme und war bald ständiger Gast in der Friedrichstraße und in gewissen Cafés. Hier lernte sie auch einen Vereiter Philipp Simons, einen typischen Verbrecher im schlimmsten Sinne des Wortes, kennen. Als Zuhälter, Verräter, Dieb, Hehler, Desraudant und schließlich als Zubälter hat S. jahrelange Zucht- und Gefängnisstrafen verbüßt. Mit diesem Menschen, welcher der Kriminalpolizei und in Dirnentreisen als gefährlichster und gewalttätigster Zubälter der Friedrichstraße bekannt war, trat die Angeklagte in Verbindung und erzählte ihm, daß sie ihre neue Kleidung durch das gestohlene Geld erlangt habe. Von diesem Augenblick an war das Mädchen ganz und gar in den Händen des gewissenlosen Patronen. „Wenn Du nicht tun willst, was ich Dir befehle, zeige ich Dich wegen des Diebstahls an!“ Simons zwang das Mädchen dadurch, ganglich seinem Willen gefügig zu sein. Bei einer Zimmervermieterin in dem Hause Friedrichstr. 217 hatte die Angeklagte ein Zimmer für den Preis von 4,50 Mark pro Tag gemietet. Dort ersah S. jeden Tag und nahm der Angeklagten das Geld ab, beließ sie nur einen geringen Betrag, mit welchem sie notdürftig ihr Leben freisen mußte. Der geradezu unheimliche Einfluß, welchen der verbrecherische S. auf die Drewh ausübte, ließ diese die schwersten Mißhandlungen seitens des Simons ertragen, wenn sie einmal nicht genug Geld nach Hause brachte; Stockschläge, Fußtritte und noch schlimmere Mißhandlungen waren an der Tagesordnung. Als die Angeklagte einmal versuchte, den Kampf sich vom Halse zu schaffen, erhielt sie noch schwerere Mißhandlungen dafür. Einmal legte ihr Simons ein Messer auf die Brust und sagte: „Wenn Du mich anzeigst, steche ich Dich tot und springe dann ins Wasser.“ Gleich hinterher lagte er höhnisch auf: „Denkste, ich werde Dich totschlagen, damit ich 15 Jahre Zuchthaus frische? Fällt mir gar nicht ein!“ In derselben Weise setzte Simons seine verbrecherische Tätigkeit fort,

nachdem die Angeklagte nach dem Hause Friedrichstr. 215 ihr Quartier bezogen hatte. Am 25. Mai v. J. wurde Simons am Bahnhof Friedrichstraße von Kriminalbeamten beobachtet, wie er, nach neuen Bekannten suchend, sich an verschiedene Prostituierte heranschlangelte. Bei der Festnahme des Simons, welche auf Grund der Bekundungen einer gewissen Eise Hafner geschah, gab diese an, daß S. der Zubälter der Drewh sei. Es wurde daraufhin ein Verfahren wegen Zuhälterei gegen S. eröffnet. Mittlerweile war die Angeklagte wegen jenes Diebstahls in Steglitz festgenommen worden. Ein eigenartiger Zufall fügte es, daß sich in dem sogenannten „grünen Wagen“, welcher die Festgenommenen vom Polizeipräsidium nach dem Roabitler Untersuchungsgefängnis transportiert, die Diebin und ihr Zubälter wiederfanden. Dieses „Kendezvous im grünen Wagen“ benutzte Simons dazu, seinen Einfluß auf die Angeklagte nochmals geltend zu machen und diese unter Drohungen zu veranlassen, in der Verhandlung gegen ihn wegen Zuhälterei nicht beizustehen auszusagen. Am 18. Juli v. J. fand die Verhandlung gegen S. vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I statt. Die Angeklagte bestritt als Zeugin unter ihrem Eide, daß ihr Simons irgendwelche Zuhälterdienste geleistet habe und blieb auch auf wiederholte Vorhaltungen und ernstliche Ermahnungen bei dieser Aussage. Der verbrecherische Zubälter wurde durch die Bekundung der Beklagten vor der ihm gebührenden schweren Strafe bewahrt und erhielt nur wegen versuchter Erpressung drei Monate Gefängnis. Die Angeklagte war schon vorher wegen des Steglitzer Diebstahls zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach Verbüßung dieser Strafe wurde die Drewh in dem Erziehungsheime „Saleb“ in Lichterode untergebracht. Cines Tages ließ sich die Angeklagte bei der Stiftoberin melden und erklärte unter Tränen, sie könne des Nachts nicht mehr schlafen, da ihr Gewissen ihr keine Ruhe mehr lasse. Von den Furien des bösen Gewissens gepeinigt, bat die Angeklagte die Oberin, sie möchte an die Staatsanwaltschaft schreiben, daß sie, die Angeklagte, einen Reineid geleistet habe, und zwar auf Veranlassung des Simons. Dieser war nach Verbüßung seiner Strafe schamlos verkommen und konnte bis heute nicht wieder ermittelt werden. Der Brief mit dem Geständnis der Angeklagten hatte die Eröffnung des Reineidverfahrens zur Folge. — Vor Gericht zeigte die D. alle Anzeichen von Reue und wiederholte ihr offenes Geständnis. Nur aus Furcht, daß Simons seine Drohungen wahr machen würde und aus Mitleid habe sie den Reineid geleistet. Auf Antrag des Rechtsanwalts Dr. Herzfeld wurde neben der Schuldfrage nach wissenschaftlichem Reineid noch eine Nebenfrage im Sinne des Paragraphen 158 Str.-G.-B. gestellt, nach welchem ein Täter, der einen Reineid geleistet hat und, bevor ein Verfahren gegen ihn eröffnet ist oder Rechtsnachteile entstanden sind, seine Aussage widerruft, eine Strafmitteilung erwirken kann. Die Geschworenen bejahen beide Schuldfragen. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß es sich um ein schweres Verbrechen handele, durch welches einer der schlimmsten Zubälter frei ausging, eine Zuchthausstrafe von einem Jahre. Der Gerichtshof ließ noch größere Milde walten, da die Angeklagte nur in einem geradezu unbegreiflichen Wanne einen Reineid geleistet habe und sie noch besserungsfähig sei. Das Urteil lautete deshalb auf nur 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten der erlittenen Untersuchungsstrafe.

Rechtsbureau des ausländischen Anwalts und Gewerbe-Ordnung.

Wegen Haltens eines Rechtsbureaus, ohne es bei der Polizei anzumelden, war ein Herr Kohnakki in zweiter Instanz vom Berliner Landgericht I zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Es handelte sich um das von zwei namhaften englischen Rechtsanwälden in der Schützenstraße zu Berlin unterhaltenen Bureau, in welchem Aufträge in Rechtsangelegenheiten, die in England zu erledigen sind, angenommen werden. Umgekehrt werden durch das Bureau Rechtsfachen zur Erledigung in Deutschland an hiesige Anwälte übermittelt. Belehrung wird ebenfalls gegeben. Das Landgericht meinte nun, es handle sich hier um die Verletzung fremder Rechtsangelegenheiten im Sinne der Vorschriften der Gewerbe-Ordnung, welche sich mit den Inhabern von Rechtsbureaus befassen. Der Angeklagte wurde als „selbständiger Leiter“ des Berliner Bureaus jener Anwälte in London vom Landgericht für strafrechtlich verantwortlich erachtet, namentlich im Hinblick auf § 151 der Gewerbe-Ordnung. — A. legte Revision ein und betonte, daß nicht angenommen werden könne, daß das Bureau fremde Rechtsangelegenheiten im Sinne der Gewerbe-Ordnung „beforgt“ habe.

Das Kammergericht hob am 13. Februar die Vorentscheidung zunächst auf, verurteilte A. dann aber doch wieder, und zwar zu der niedrigst zulässigen Geldstrafe wegen Nichtbeachtung der ministeriellen Vorschriften über die Durchführung der Inhaber von Rechtsbureaus. Der § 6 der Gewerbe-Ordnung schütze allerdings die abollatorische Praxis, erkläre die Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung auf sie für nicht anwendbar. Aber damit seien nur gemeint die in Deutschland praktizierenden Rechtsanwälden, § 6 umfasse somit nicht das hiesige Bureau der beiden Londoner Anwälte.

Vermischtes.

In München ereigt der im letzten Augenblick erfolgte Ausschub einer Hinrichtung Aufsehen. Wegen Doppelmordes an der Witwe Glas und deren Enkel sollte der Schneider A. t a m s e d e r hingerichtet werden. Dem Staatsanwalt hatte er seine Unschuld beteuert und gesagt, daß ein gewisser Huber der Täter sei. Der Verurteilte hatte Dienstag abend persönlich sein Geheiß um Wiederaufnahme des Verfahrens eingereicht und damit begründet, daß er bei dem Doppelmord als Täter nicht in Betracht kommen könne, er habe bei dem Verbrechen nur als Dieb mitgewirkt, und nach dem von einem gewissen Josef Huber ausgeführten Worden die bei ihm vorgefundenen Schmudgegenstände und Wertfachen, sowie die beiden Sparfassenbächer gestohlen. Der Mörder Huber sei ein Mann, der mit ihm auf der Wittärsstrafgefängnis-Anstalt eine längere Freiheitsstrafe verbüßt und mit ihm die Zelle geteilt habe. Der von ihm, A. t a m s e d e r, in der Verhandlung vorgebrachte Neumann aus Friedberg sei dieser Huber. Er habe damals einen falschen Namen angegeben, da er den Huber von keinen Preis habe betrauen wollen. Da die Staatsanwaltschaft von vornherein den Verdacht gehegt hatte, daß zwei Personen an der Tat beteiligt wären, ließ sie sofort telegraphische Recherchen pflegen. Es ergab sich die Richtigkeit der Angabe des A. t a m s e d e r bezüglich des Huber insofern, als festgestellt wurde, daß die beiden gemeinsam eine Haftstrafe verbüßt hatten. Am Morgen wurden in Stadelheim alle Vorbereitungen zur Hinrichtung getroffen. Die aus der Bürgerstraße abgeordneten Urkundspersonen waren im Hofe der Anstalt erschienen, der Leidenwagen stand bereit, der Scharfrichter prüfte gegen 1/7 Uhr die Guillotine, alles wartete auf die Exekution. Es schlug sieben Uhr, aber die Armesünderglocke begann nicht zu läuten, der Verurteilte wurde nicht herausgeführt, die Richter zeigten sich nicht. Nach zehn Minuten trat denn der Staatsanwalt heraus und teilte den Anwesenden mit, die Hinrichtung könne nicht stattfinden, die Wiederaufnahme des Verfahrens sei vom Gerichtshof beschlossen worden. Nicht uninteressant ist, daß A. t a m s e d e r in den Briefen an seine Angehörigen gar nichts von seiner angeblichen Unschuld erwähnte. Die „Neueften Nachrichten“ glauben Grund zur Annahme zu haben, daß A. t a m s e d e r bei dem Doppelmord nicht als alleiniger, sondern als Mittäter in Betracht kommen dürfte. Jedenfalls steht die Sistierung eines Todesurteils wenige Stunden vor der Hinrichtung in den Annalen der Justiz einzig da.

In der Dresdener Gemäldegalerie ist am 12. Februar ein Bild der Diebstahl entdeckt worden. Das im Kabinett Nr. 21 unterbrochene kleine Oelgemälde: „Der Nachtturm“ von Breguel dem Älteren, ist spurlos verschwunden. Das Bild stellte eine Landschaft im Meere dar. Es war 8 1/2 Zentimeter hoch und 12 Zentimeter breit. Das ist in neuerer Zeit bereits der zweite Diebstahl in der Dresdener Galerie. Bereits vor 1 1/2 Jahren ist ein Gemälde ebenfalls spurlos verschwunden.

Eingegangene Druckschriften.

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatsschrift der Zentralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Götter, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 10 des 8. Jahrganges unter anderem: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes, Bergbau: Bergarbeiterstreik und internationaler Kohlenmarkt, Kohlenförderung Englands, Amerikanische Kohlen in Europa, Textilgewerbe: Textilwarenausfuhr im Jahre 1904, Steigerung der Ausfuhr nach Britisch-Indien und Argentinien, Ungünstiger Export für das Seidengewerbe, Bekleidung: Die Wirkung der neuen Handelsverträge auf den Beschäftigungsgrad der Kaufleute, Kleiderexport im Jahre 1904, Niedrige Löhne, Günstiger Geschäftsgang im Schuhgewerbe, Steigende Lederpreise, niedrige Schuhwarenpreise, Tarifbestrebungen der Arbeiter, Tabakgewerbe: Rohstoffversorgung im Jahre 1904, Erleichterung der Verarbeitung der Tabakblätter, Lohnverhältnisse der Arbeiter, Zunahme der Beschäftigten, Statistisches Monatsmaterial: Wetterbericht, Arbeitsnachweise, Streikverzeichnisse für Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz, Verwaltung der Arbeitsnachweise: Ermäßigung der Telegraphengebühren für Arbeitsnachweise, Verhandlungen des Reichstages, Arbeitsnachweise in Genf, Kommunale Arbeitsnachweise in Schweden, Hinweise auf Arbeitsbeschäftigung, Arbeitsbeschäftigung in Lothringen, Arbeitslosen-Versicherung: Fürsorge für wandernde Arbeitslose, Verhandlungen des preussischen Abgeordneten-Hauses, Arbeitslosigkeit in Kopenhagen, Literarische Neuerungen, Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über Januar 1905.

Wolff, Dr. P., Moderne Kultur, Berlin, Kommissionsverlag von Leonhard Simon Riefel. W. Verbe-Bredlau, Panlab, Halle a. S., Gebauer-Schwefelke, Buchh., Heimatbuch und Volkswirtschaft, Halle a. S., Gebauer-Schwefelke. Prof. Dr. E. Jesser, Ueber die Beschäftigung und Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Bena, Gustav Fischer, 1904.

Briefkasten der Redaktion.

W. G. 25. 1. Wir bitten um Ihren Besuch vormittags 10 bis nachmittags 2 Uhr. 2. Im juristischen Teil. - W. 78. Anfragen: Zentralverband der Zimmerer hier, Gewerkschaftsbund, Eingel. 15. - C. Rominten. Doppelbild des ersten und des letzten Engels. Wo kein weißlicher Kopf. - Sachsenberg R. 2. Brieflich antworten wir auf dergleichen nicht. Im Briefkasten wäre eine Abhandlung nötig. Das geht also auch nicht. Schwindler und Wissenschaft, sowie Wahrheit und gemeine Erziehung gehen nicht nebeneinander in dieser angeleglichen Kultur-Bewegung. Mühen dreimal Vorwärts! - W. N. 100. Cuitung und Frage wiederholen. - Weissenfee 100. Rein, wasu auch? - Moabit R. 2. In den besten Jahren. Näheres durch die „Referentin“ selbst. - W. G. Sonnabend und Sonntag nicht. An allen übrigen Tagen zwischen 7 und 9 Uhr abends juristische Sprechstunde. Herzje und Rechtsanwältin empfehlen wir nicht. - W. G. (Homer). Nur für Leute, die nicht alle werden. - C. N. 64. Näheres durch das Sekretariat oder die Direktion der Akademie der bildenden Künste in Charlottenburg.

die Direktion der Akademie der bildenden Künste in Charlottenburg. - Problem. Wenden Sie sich freundlichst selbst an die Verwaltung der betreffenden Kasse. - Strohhut? Zeitung und unbekannt. - Wahlbezirk 61. 1.-3. Sehen Sie sich in Verbindung mit dem Vorstehenden des A. S. D., Julius Meyer, Berlin, Urbanstr. 131. - 5. W. Zwei Kartellgenossen: Rein. - 13. N. Ja. - Religiös. Mächtige Götter haben wohlgebährte Priester. - Grasmus. W. ... - Vermählung R.'s 10. Mai 1881, Beltera-Kalastrophe: 30. Januar 1889. - Streitende. (Polizei.) Ja. - Hannover. Nicht geeignet.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr. W. G. 45. Sie müssen das Reklamationsgesetz noch vor dem 20. Februar an die Igl. Erbschaftskommission richten. - Vornand, E. 3. Ja. - Hand 43. 1. Leider ja; soweit das Gesetz bei dem Widerruf noch vorhanden ist. 2. Nein. - 2. N. Der Betreffende soll sich mit dem Antrag, die Kasse zu verurteilen, an den dortigen Magistrat wenden. - W. N. 1000. Wenn Ihr Mietvertrag - das ist in und um Berlin die Regel - nicht das Gegenteil besagt, brauchen Sie sich diese bauliche Veränderung nicht gefallen lassen. - Gefährlich. Innerhalb einer Woche nach Verkündung eines Strafammerurteils kann bei der Strafammer Revision eingelegt werden. Die Revision ist innerhalb einer Woche nach Zustellung des Urteils durch Protokoll des Gerichtsschreibers oder durch einen Rechtsanwalt zu rechtfertigen. - Neuroth. Ihr Einspruch beruht auf irriger Gesetzesauslegung, er ist unbegründet. - W. D. P. 30. Ist nichts anderes dereinbart, so ist bei monatlicher Mietzahlung bis am 15. zum 1. zu kündigen. - G. W. 5. Rein. - W. G. 92. Nehmen Sie die Zahlung ab; als Sohn sind Sie rechtlich nur soweit zur Zahlung verpflichtet, als dies ohne Beeinträchtigung des standesmäßigen Unterhalts Ihrer Frau und Kinder und Ihres eigenen Unterhalts möglich ist. Lassen Sie es also auf eine Klage ankommen. - W. P. 77. 1. Ja. 2. Oberverwaltungsgericht. 3. Ja, aber nicht sofort. 4. Nein. - G. 1. Soweit Sie dies aus eigenem Vermögen ohne Beeinträchtigung Ihrer Pflichten gegen sich und Ihre Kinder vermag; ja. 2. u. 3. Nein. - G. 99. 1.-4. Die Kinder erben, falls die Ehe nach dem 31. Dezember 1899 geschlossen ist, drei Viertel, der Wittwe ein Viertel des gesamten Nachlasses der Mutter. 5. Rein. - G. P. N. 3. Ihre am 16. Januar hier eingelaufene Frage ist in Nr. 17 dahin beantwortet: Eine Klage hätte wenig Aussicht auf Erfolg. - R. 24. Anfragen über Rechte oder Pflichten aus einem Verträge sind ohne Kenntnis des Vertrages nicht zu beantworten. Wiederholen Sie also Ihre Frage unter Beifügung einer Abschrift des Vertrages oder suchen Sie die juristische Sprechstunde mit dem Verträge auf. - Bajant, Golzgr. Ja. - G. S. 50. Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt, Dreifaltigkeits-Platz. - W. G. 500. Sie müssen gegen den Weiterbau Klage erheben. - W. C. P. C. Rein. - John Korbach. Rein. - Streit W. G. 1. und 2. Nein. 3. und 4. Gehörte werden könnten die Sachen der Ehefrau. Die Ehefrau kann dann aber mit Erfolg eine Widerspruchsklage und einen Antrag auf Einstellung der Zwangsversteigerung beim Gericht einreichen. Ihre Ansprüche müssen glaubhaft gemacht werden. Beispiele für solche Eingaben finden Sie Seite 594 der vierten Ausgabe des in den öffentlichen Leihbibliotheken ausliegenden „Arbeiterrechts“. 4. Wenn keine Scheidung (Ehegerichts) vor-

liegt, nein. - R. Hoffmann 13. 1. Wenn der ursprüngliche Vertrag nicht anders vorliegt, kann bis am 15. zum Ersten gefordert werden. 2. Ihr Sohn befragt zur Debatte lediglich der Einwilligung seiner Braut. Geburtsurkunde und Militärpapiere hat er beim Standesbeamten vorzulegen. - W. R. 25. 1. Bis zum vollendeten 16. Jahr. 2. In 30 Jahren. 3. 15 bis 25 Mark werden für angemessen erachtet. - R. N. Woklan. Ja. - H. 106. Breitere. 2a. - 2. G. M. Mantensfeldt. Falls nicht während Ihrer Krankheit Kündigung erfolgt; ja. - G. S., Weissenfee. Neben der Unfallrente ist Invaliden im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes die Invalidenrente zu zahlen solange und soweit die Unfallrente mit der Invalidenrente zusammen bei in der I. Klasse Versicherten 450, bei in der II. Klasse Versicherten 525, bei in der III. Lohnklasse Versicherten 600, bei in der IV. Lohnklasse Versicherten 675, bei in der V. Lohnklasse Versicherten 750 M. nicht übersteigt.

Marktpreise von Berlin am 14. Februar. Nach Ermittlungen des Igl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Yentner: Weizen**, gute Sorte 17,60-17,57 M., mittel 17,54-17,51 M., geringe 17,48-17,45 M. Roggen**, gute Sorte 13,90-13,89 M., mittel 13,88-13,87 M., geringe 13,86-13,85 M. Futtergerste*, gute Sorte 16,40-15,10 M., mittel 15,00 bis 13,80 M., geringe 13,70-12,50 M. Hafer*, gute Sorte 16,40-15,70 M., mittel 15,60-14,90 M., geringe 14,80-14,10 M. Erbsen, gelbe, zum Roden 45,00-30,00 M. Speisebohnen, weiße 50,00-30,00 M. Rinsen 60,00-30,00 M. Kartoffeln 10,00-8,00 M. Rühstroh 4,66-4,32 M. Senf 9,00-7,30 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80-2,00 M. Eier per Schock 6,00-3,80 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 14. Februar. Elbe bei Hufsch + 0,52 Meter, bei Dresden - 0,88 Meter, bei Magdeburg + 2,78 Meter. - Unstrut bei Straußfurt + 1,50 Meter. - Oder bei Ratibor + 1,32 Meter, bei Dresden Ober-Regel + 5,08 Meter, bei Bredlau Unter-Regel - 0,30 Meter, bei Frankfurt + 2,47 Meter. - Elbe bei Strahmünde + 4,23 Meter. - Rabe bei Wsch + 1,17 Meter.

Witterungsübersicht vom 15. Februar 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen. Rows include Eutin, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., München, Wien, Japaranda, Peterstburg, Scilly, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 16. Februar 1905. Zunächst aufklarend, etwas kälter bei schwachen südwestlichen Winden; später neue Erwärmung, Trübung und geringe Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 16. Februar. Anfang 7 1/2 Uhr: Opernhaus. Carmen. Neues königl. Opern-Theater. Geschlossen. Deutsches. Die Brüder von Sant Bernhard. Berliner. Hofopernhaus. Veffing. Nebeneinander. Westen. Die neugierigen Frauen. Zentral. Die Jurcheit. National. Die Fledermaus. Neues. Der Graf von Charolais. Thalia. Der Kilometerfresser. Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Pension Schöller. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Fuhrmann Denksel. Kleines. Die Neudemählten. - Hofopernhaus. Hotel Pompadour. Lustspielhaus. Der Familienstag. Trianon. Die glückliche Gilberte. (Haurouso.) Deutsch-Amerikanisches. Rein Jork. Luifen. Der neue Stiftsarzt. Hofopernhaus. Die Herren von Maxim. Belle. Alliance. Der beste Tip. Carl Weik. Geld und Name. Apollo. Berliner Luft. Radrennen Robl-Arend. Spezialitäten. Passage-Theater. Lucia Krall. Gassfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck. Wasak. Wie man Weiber fesselt. Spezialitäten. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Urania. Landentour 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau. Im Götteraal abends 8 Uhr: Prof. Dr. Müller: Stoffanfall und Stoffverbrauch. Invalidentstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater. Anfang 7 1/2 Uhr. Der Graf von Charolais. Freitag, Sonnabend, Sonntag: Ein Sommernachts Traum. Montag: Der Graf von Charolais.

Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Zum 25. Male: Die Neudemählten. Hieran: Abschiedssouper. Freitag: Nachtasyl. Sonnabend, Sonntag: Angela. Der Bär. Montag: Die Neudemählten. Abschiedssouper.

National-Theater. Weinbergsweg 19. Donnerstag, den 16. Februar 1905: Die Fledermaus. Anfang 7 1/2 Uhr. Freitag: Zar und Zimmermann.

Zentral-Theater. Abends 7 1/2 Uhr: Die Juxheirat. Operette in 3 Akten von Jul. Bauer. Musik von Franz Lehar. Morgen u. folg. Tage: Die Juxheirat.

Urania, Taubenstr. 48/49. 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau. Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. Müller: Stoffansatz und Stoffverbrauch.

Sternwarte Invalidentstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Neu! Rosa Wedsted, das finn-ländische Riesen-Mädchen!!! 2 Meter 20 cm groß! Neu! Das Erwachen des Poseidon!

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Der neue Stiftsarzt. Freitag: Dorf und Stadt. Sonnabend: Gastspiel des Operntheaters des Weltens: Undine. Sonntag, nachmittags: Dorf und Stadt. Abends: Der neue Stiftsarzt. Montag: Hofopernhaus Erden.

Kasino-Theater. Lothringerstraße 87 (Rosenthaler Tor.) Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2-8 Uhr. Heirat auf Probe. Vorher das völlig neue Programm. Sonntag 4 Uhr: In Vertretung.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Die glückliche Gilberte. Anfang 8 Uhr. Sonntag nachm.: Das elfte Gebot.

Apollo-Theater. Täglich 10 Uhr: Radrennen auf der Bühne. Schilling-Arend-Mündner. Vorher:

Berliner Luft von Paul Lincke und die Februar-Attraktionen. Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 3 Uhr (ermäßigte Preise): Bennis auf Erden und Radrennen Robl-Arend.

Residenz-Theater. Dir.: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Hotel Pompadour. Schwank in 3 Akten v. Vinthons Mars u. Leon Karroff. Deutsch v. R. Schönau. Sonntag, 19. Februar, nachmittags 3 Uhr: Nora.

Lustspielhaus. Täglich 8 Uhr: Der Familientag. Sonntag nachmittags: Das Lumpengefindel.

Schiller-Theater. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Donnerstag, abends 8 Uhr: Pension Schöller. Poffe in 3 Aufzügen von Carl Laufs. Nach einer Idee von W. Jacoby. Freitag, abends 8 Uhr: Im Hafen. Sonnabend, abends 8 Uhr: Familie Schierke.

Zirkus Busch. Voranzeige. Am Donnerstag, den 23. Februar 1905, findet eine Gala-Fest-Vorstellung statt, deren Gesamt-Ertrag dem Zentral-Komitee des Deutschen Roten Kreuzes für seine Tätigkeit in Südwest-Afrika und Ostafrika zugewandt wird. Billets sind schon jetzt an der Zirkuskasse sowie im Invaliden-dant und bei A. Berthelm zu haben. - Preise der Plätze: Logenplatz R. 20,-, Parterre R. 10,-, Balkon R. 8,-, I. Platz R. 5,-, II. Platz R. 2,-. Alle Ermäßigungen sind aufgehoben. Heute Donnerstag, den 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Mit noch nie dagewesenem Erfolge die große Ausstattungs-Beier Katharina II. Fr. Martha Wöhnte, Schulleiterin, auf dem Rippizaner Gengst „Albo-Jobory“; hieran der Steiger „Tischeran“. Herr Ernst Schumann mit seinen neuesten Dressuren und die vorzüglichsten Programm-Kummern.

Fortsetzung der Großen Ringkampf-Konkurrenz. Internationalen. M. 7500.- Geldpreise in bar! Ehrenprotectorat: Herr Professor Reinhold Vegas. (Beginn der Ringkämpfe circa 8 1/2 Uhr.)

Metropol-Theater. Die Herren von Maxim. Große Ausstattungsgesellschaft mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. Inszeniert vom Direktor Richard Schultz. Henry Bender. Josef Giampietro. Josef Josephi. Anton Grünfeld. Frid Frid. Fritz Massary. Das Fest des Lichts. (Ballett.) Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67/68. Zum Jeden Abend 8 Uhr: Gastspiel Ad. Philipp: 87. New-York Male. Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise Ueber'n grossen Teich.

Stadt-Theater Moabit. Ull. Moabit 47/49. Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters: Der Hausdrache. Original-Poffe mit Gesang von Robert Linderer. Musik v. R. Thiele. Anfang 8 Uhr. Nach der Vorstellung: Gr. Ball. Eintritt 30 Pf. Nummer. Platz 50 Pf. Sonntag: Der Hausdrache.

Volksgarten-Theater (früher Weimann). Heute keine Vorstellung. Nächste Vorstellung: Sonntag, den 19. Februar.

Zirkus Schumann. Heute Donnerstag, den 16. Februar, abends präzis 7 1/2 Uhr: Elite-Abend. Gala-Programm u. die glänzenden neuen Spezialitäten. U. a.: Neu! Der Heldentanz zu Pferde. Mons. Cramo Hoffmann. Neu! Der Bernhardiner Hund als Kunstreiter. Mons. Meegutter. Dir. Alb. Schumanns neueste Monstredressuren. Um 9 1/2 Uhr: Beispiellos Erfolg: Eine Nordlandreise. Im Stralbe der Mitternachtssonne. Romisch-phantastische Pantomime in 7 Akten Entworfen und aufs glänzendste inszeniert vom Dir. Alb. Schumann. Sonnabend, den 18. Februar, abends präzis 7 1/2 Uhr: Extra-Gala-Fest-Vorstellung m. besonders gewähl. Sportprogramm zum Besten der Krankenküche Brüderstr. 10. Zu der Vorstellung ladet ergebenst ein Das Fest-Komitee. Ihre Durchlaucht Herzogin v. Ratibor, Ehren-Vorsitzende.

W. Noacks Theater. Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16. Der tolle Wenzel. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

Passage-Theater. Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr. Anf. nachm. Sonntag, 8. Nachm. 5 Uhr.

Lucia Krall, die berühmte Gesangs-künstlerin. Smeralda und Senitza, d. unbekannt. Akrob. Tänzerinnen u. d. glänz. Febr.-Programm. Voranzeige: Sonnabend, den 18. Februar: Passage-Theater-Ball.

Carl Weiß-Theater. Or. Frankfurterstr. 132. Nur noch zwei Abende-Vorstellungen: Geld und Name. Anf. 8 Uhr. Freitag: Geld u. Name. Sonnabend, nachm. 4 Uhr: Kinder-vorstellung: Frau Hells. Ab. 8 Uhr: Zum 1. Male: Die Kinder des Kapitän Grant. Sonntag 3 Uhr: Geld und Name.

Sanssouci. Rotluiser Tor - Stat. der Hochbahn. Sonntag, Montag, Donnerstag: Hoffmanns Norddeutsche Sänger u. Tanzkünstlerchen. Jeden Dienstag und Mittwoch: Theater-Abend.

Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anf. Bochenstags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Skala-Theater. Vincenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.). An der Grenze, oder: Beerschlafen. Poffe mit Gesang in einem Akt. Großer Boxer-Kampf sowie 30 Internat. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Vor der Vorstellung: Konzert.

Palast-Theater. Burgstr. 22. früher Keen-Palast. Bis-a-bis d. Börse, 2 Min. v. Hof. Börse. 8 Uhr: Das epochenmachende Februar-Programm. 9 1/2 Uhr: Novität! Der größte Erfolg: Wie man Weiber fesselt. Militär-Gesangspoffe von Reisingen, Verfasser von „Ritter Gräber“, „Onkel Tönn“, „Wie einst im Mai“. Anfang 8 Uhr. Vorher: Konzert. Entree 50 Pf. Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenspreise. Freitag: Elite-Abend. Kahahe und Liebe. - Sonnabend: Bockbier-Jubiläum und Tafelfest. Nach der Vorstellung: Familien-Freizeitang.

WINTER GARTEN. Die 4 Niards Akrobaten. Diane de Fontenoy Lebende Bilder. Die Snowdrops Engl. Tänzerinnen. Lafayette Akrobatische Hande und 10 erstklassige Nummern außerdem.

Otto Pritzkows Abnormitäten-Ausstellung. Münzstraße 16. Täglich Vorstellung. Die Riesin Hlona, 485 Pf. schwer, die schwerste Dame, die je gelebt.

Medizinische Rätsel, anatomische Wunder. Riesen! Zwerge! Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. In den unteren Sälen jeden Abend: Bockbierfest. KONZERT. Der dumme Nag u. der kluge Hans. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Fritz Steidl-Sänger. Nach jeder Vorstellung im Hofsaal: Tanz.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85. Das großartige Februar-Programm. Sehen Hören Staunen und weiter empfehlen.

Freie Volksbühne

Zwei Extra-Vorstellungen:

Sonntag, den 26. Februar und 5. März, nachm. 3 Uhr, im **Kleinen Theater**: Eintrittskarten nur bei Beyer, G. Schulz, Horach, Brückho, Kumke, Vogel II, Böttcher, Rama, Löwenberg; zugleich auch für den

Nachtsyl.

Montag, den 27. Februar, im **Kathaus-Saal**, pünktl. 8 1/2 Uhr.

V. Kunstabend Maxim Gorki.

IX. Beethoven-Sinfonie

(350 Sänger, 60 Musiker und Solisten) am **18. März** im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain. Festmarken a 80 Pf. bis zum 10. März in allen Zahlstellen; Gastkarten a 1 M. vom 10. März ab in beschränkter Anzahl.

Ein erläuternder Vortrag über die **Neunte Sinfonie** findet am Donnerstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus statt, zu dem die Mitglieder unentgeltlich Zutritt haben.

Ordner-Sitzung: Sonnabend, d. 25. Februar, abends pünktlich 9 Uhr.

Sonntag, den 19. Februar 1905, nachmittags 2 1/2 Uhr: **Metropol-Theater.** Berliner Theater.

Madame Bonivard. Die Räuber.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Thalia-Theater. Belle Alliance-Theater.

Dresdenerstr. 72/73. Direktion: Kren & Schönfeld. Heute u. folgende Tage 8 Uhr: **Stürmischer Nacherfolg!** Der Kilometerfresser. Sonntag nachm. 3 Uhr: Charleys Tants.

Heute u. folgende Tage 8 Uhr: **Novität: Durchschlagend. Lacherfolg!** Der beste Zip. Hr. Kunst- u. Pöffe m. Gef. u. Tanz i. d. Mitt. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin. Donnerstag, den 16. Februar 1905, abends 8 1/2 Uhr, bei Lipps, Am Friedrichshain 22/29:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Stoffsbericht. Bericht des Vorstandes. Bericht des Arbeitsvermittlers, des Bibliothekars und der Kontrollkommission. 2. Erläuterung für Ortsverwaltung, Stoffsbericht des Arbeitsvermittlers. Wahl eines zweiten Arbeitsvermittlers und eines Bureauarbeiters. Stoffsbericht für ein Mitglied zum Gewerkschaftstreffen. 3. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftstreffen. 4. Verhandlungsgegenstände. 5. Eintritt nur mit Mitgliedsbuch. 6. Um zahlreiches Erscheinen ersucht [80/3] Die Ortsverwaltung.

Achtung! Bautischler. Achtung!

Sonntag, den 19. Februar, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wie regeln wir unsere Löhne? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Es ist Pflicht, daß jede Werkstatt einen Vertrauensmann entsendet. Die Kommissionsmitglieder werden gebeten, eine Stunde früher bei Brüner zu erscheinen.

Zentral-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltung Berlin. Donnerstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Fortsetzung der letzten Generalversammlung vom 9. Tages-Ordnung: Neuwahl des Verwalters. Berichte und Reuewahl der Kommissionen. Verschiedenes. 20/8 Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Bezirks-Versammlung der Spandauer Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Der Gürtler- und Drückerstreik, bezugl. die Aufsperrung“. Referent: Kollege Hartmann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Kollegen und Kolleginnen! Die Tagesordnung erfordert es, daß alle in der Versammlung erscheinen. 5. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zur besonderen Beachtung!

Zur leichteren und einfacheren Erleichterung unserer Bureauangelegenheiten ersuchen wir unsere Mitglieder, ihren Wohnortwechsel unverzüglich unter Angabe der Orts- oder Hauptnummer schriftlich durch Postkarte dem Bureau mitzuteilen. Gleichzeitig machen wir darauf aufmerksam, daß Gesandbücher für verlorene nur nach genauer Angabe der Orts- oder Hauptnummer als auch wann und wo der Verlierer seinen letzten Beitrag gezahlt hat, im Bureau gegen Zahlung von 20 Pf. ausgestellt werden können. Schriftliche Gesuche ohne Einzahlung obiger Angaben und des Betrages werden nicht berücksichtigt. 112/1 Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin

Sonntag, den 18. Februar 1905, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8:

Fortsetzung der Mitglieder-Versammlung.

Diskussion über den Vortrag des Genossen Davidsohn: 4/10 „Neuere Bildungsbestrebungen des Proletariats“. Mitgliedsbuch legitimiert.

Stukkateure.

Die arbeitslosen Kollegen, Weiharbeiter, werden ersucht, sich rechtzeitig täglich im Arbeitsnachweis, Gormannstr. 13, einzufinden. 173/4 Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Stukkateure Deutschlands, Hll. Berlin.

Achtung! Bauarbeiter!

Alle Kollegen der Treppengeländer-Branche, die auf Bauten arbeiten, müssen rote Berechtigungskarten vorzeigen. Alle anderen arbeiten für Betriebe, die nicht bewilligt haben. Wir bitten, daß die Bauarbeiter darauf achten. 79/20 Die Kommission.

Zentral-Verband Deutscher Maurer

Zweigverein Berlin. (Sektion der Gips- und Zement-Branche.) Freitag, 17. Februar, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (gr. Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäfts- und Stoffsbericht. 2. Diskussion. 3. Wahl des Sektionsvorstandes und der Revisoren sowie der Bezirksleiter. 4. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder. — Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt. Der Vorstand.

Nach langem, schwerem Leiden verstarb am 13. Februar mein lieber Mann und unser guter Vater, der Formier

Karl Bauer.

Dies zeigt tiefbetäubt an Witwe E. Bauer. P. Bauer nebst Frau. Die Beerdigung findet Samstag, den 18. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichshain aus statt. 217/5

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin I. Den Verbandskollegen zur Nachricht, daß unser langjähriger Mitglied, der Hausdiener

Hermann Alpermann

nach langem, schwerem Leiden am 14. d. Mts. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Thomas-Kirchhofes, Rixdorf, Hermannstr. 6, aus statt. 67/12 Die Ortsverwaltung Berlin I.

Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Todesanzeige.

Am 13. d. M. starb unser altes Mitglied

Wilhelm Warlich.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Febr., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwig-Kirchhofes in Reinickendorf, Berlinstr. 10, aus statt. 257/3 Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Zur Anschaffung empfehlen wir: „Der Klassenkampf im Ruhrgebiet.“

Die vorliegende Schrift gibt eine ausführliche Darstellung über die Entstehung des Streiks der Bergarbeiter und die Ursachen, die den Anstoß dazu gegeben haben. Ferner schildert sie die Stellungnahme der Regierung und der Parteien zu den Forderungen der Arbeiter, die durch die Vorgänge im Ruhrrevier erhöhtes Interesse beanspruchen können. Preis 20 Pf.

„Germinal“ von Emile Zola.

Dieser Roman beansprucht infolge der Vorgänge im Ruhrrevier zurzeit erhöhtes Interesse. Der Verfasser entwickelt in fesselnder Weise ein Bild von den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Kohlenarbeiter, deren Leben und Gesundheit ständig bedroht ist, und die unter einer brutalen Ausbeutung leiden, bis sich schließlich die Empörung über diese Zustände in einem mit elementarer Wucht ausbrechenden Streik kundgibt. Preis der billigen Ausgabe 1.- M. Die bessere Ausgabe kostet brosch. 3.- M., geb. 4 M.

Die übrigen Romane Jolas halten wir ebenfalls vorrätig. 233/10

Ferner empfehlen wir: „Die Nonne“ von Denis Diderot. Dieser von Goethe und Schiller empfohlene Roman wurde auf Antrag der Leipziger Staatsanwaltschaft in Stuttgart beschlagnahmt, aber (oben) wieder freigegeben. Preis brosch. 2.-, eleg. geb. 3.50 M. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69 (Aden).

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.

Am Montag, den 13. Februar, verstarb nach schwerem Leiden unser treues Mitglied

Albert Reischock.

Als langjähriger Bezirksführer des 2. Bezirks, Lokalkommissionsmitglied und auch sonst bei der Partei gewirkt. Mit der Witwe und seinen fünf noch nicht erwachsenen Kindern, deren er stets in liebevoller Fürsorge gedachte, trauern die Parteigenossen um sein frühes Hinscheiden und werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren!

Die Beerdigung findet Freitag, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause Kirchhofstraße 1 aus nach dem neuen Rixdorfer Kirchhof (am Mariendorfer Weg) statt, zu welcher rege Teilnahme erwartet 232/6

Statt besonderer Meldung.

Am 14. Februar 1905 verstarb plötzlich mein lieber Mann und mein herzenguter Sohn, der Restaurateur

Eduard Bandow.

Beerdigung Freitag, den 17. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Friedhofshalle des Arbeiterbildungsvereins, Weihensee, Nollnerstraße.

Um stilles Beileid bitten Die trauernde Witwe und Mutter, 21765 Weidenweg 77.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwalt. Berlin. — Zahlstelle II, (Hilfsarbeiter).

Todes-Anzeige.

Am 13. Februar ex. starb nach schwerem Leiden unser Mitglied

Julius Mahrenholz

im vollendeten 62. Lebensjahre. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. Februar, nachmittags 3 Uhr vom neuen Judo-Kirchhof, Hermannstraße, aus statt. Der Vorstand.

Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.

Todes-Anzeige.

Am 13. d. M. verstarb das Mitglied

Constantin von Bialinski.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Schönberger Kirchhofes in Schönberg, Maxstraße (Station Ubersstr.) aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht 138/3 Die Ortsverwaltung.

Tischler-Verein zu Berlin

E. H. No. 89. Unser Mitglied, Herr

Franz Knöchel

ist am Montag im 61. Lebensjahre nach längerer Krankheit gestorben. Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung erfolgt am Freitag, den 17. Februar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof der „Heiligkreuz“-Gemeinde in Mariendorf. Um rege Beteiligung ersucht 198/6 Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter

Albert Reischock

am 13. d. Mts. gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Wohnung, Rixdorf, Kirchhofstr. 1, aus statt. Rege Beteiligung erwartet 111/20 Die Ortsverwaltung.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3. Täglich: Großes Urbock-Jubelfest. Internationale Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung. Spezial-Ausgang der Berliner Bock-Brauerei.

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29. Heute sowie jeden Donnerstag: **Grosse Soiree** von Horsts Norddeutschen Sängern. Avis! Sonntag, den 19. März ist der Saal für grössere Vereine noch frei. 1906L

Gelegenheitskauf! Schlafdecken in Wolle, extra schwer a 350, 450, 500, 600 M. **Pferdedecken** a 250, 350, 450, 550 M. **Reisedecken** Neueste Tiger-Muster a 455, 600, 800, 1000 M. Versand per Nachnahme. **Emil Lefèvre,** Berlin S. Oraniensstr. 158. Fehlerhafte Decken spottbillig! 1896L. Inventur-Extralistie gratis und franko.

Victoria-Brauerei Lützowstr. 111-112. Heute 8 Uhr: **Tanzkränzchen.** Montag u. Freitag: **Nordd. Sängern.** Ganze Werkstätten-Einrichtung, als: gebräute Drehbänke, Schraubendänke, Transmissionsen, Riemenmaschinen, Treibriemen etc. etc. neu und verkauft preiswert. 15772* Rengert, Abmiralstraße 18 s.

Wald- und Landparzellen am Borsighof, herrlich gelegen, umweilt See, verkauft gegen geringe An- u. Abzahlung Aug. Puchert, Tabendorf bei Rössen. 19222*

Warnung! Herrenschnneider beider Branchen! Warnung! Wir warnen hiermit unsere Kollegen aus beiden Branchen der Herrenschneiderei, an dem Preisansetzen der Firma Baer Sohn (f. Inzerat vom vorgestrigen Tage) sich zu beteiligen. Die Firma, die keine Werkstätten besitzt und keine tarifmäßigen Löhne zahlt, beabsichtigt ihre Leistungsfähigkeit zu erhöhen, indem sie durch ein geschicktes Manövrier, das Prämiensystem, die Kosten auf die Schneider abzuwälzen versucht. Von hunderten zugeschnittener Stücke werden zehn prämiert, während die übrige gut geleistete Arbeit nur mit dem Geschäft zu machen; die Arbeiter haben sich hingegen dadurch in Zukunft durch die angesprochene Leistung zu ihrem Schaden dauernd festgelegt. Das Preisansetzen der Firma Baer Sohn ist also für jeden Schneider ein Danaer-Geschenk schlimmster Art! — Jeder Kollege, der auf angemessene Löhne in unserem Gewerbe hält, kann sich an dem Preisansetzen nicht beteiligen. — Zum Schluss appellieren wir, im Interesse der Arbeitnehmer sowohl als auch der Arbeitgeber, an die Herren Fachleute und Sachverständigen, sich nicht zu Marionetten einer Neffene ideofer Geschmackslosigkeit herzugeben. Verband der Schneider und Schneiderinnen (Hilfsale Berlin), Engel-Ufer 21. J. H.: Ad. Ritter. Berantto. Redakteur: Paul Sattler, Berlin. Für den Inzeratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW